Historischer Verein für Mittelbaden
Mitgliedergruppe Schiltach/Schenkenzell e.V.
www.geschichte-schiltach-schenkenzell.de

Die Revolution von 1918

und ihre Auswirkung auf Schiltach in Baden

von Dr. Helmut Horn ©2019

Die viel zu wenig gewürdigte Revolution von 1918 ist der Grundbaustein unserer heutigen Demokratie. Entscheidenden und richtungsweisenden Anteil hatten die Mehrheitssozialdemokraten. Zu keiner Zeit, und in Baden noch weniger als im Deutschen Reich, gab es eine Mehrheit für eine weitergehende Revolution hin zu einem Rätesystem.

In diesem Artikel soll aufgezeigt werden, wo sich bei der Revolution 1918 in Deutschland die wahren Entscheidungen abspielten und wie marginal der Einfluss der „badischen Provinz" war. Dazu ist es von Nöten, die revolutionären Ereignisse in Schiltach in die revolutionären Abläufe des Deutschen Reiches, Badens und Württembergs einzubinden. Es zeigt sich, dass in Baden die Revolution einen ähnlichen und doch anderen Verlauf nahm als in Berlin oder Stuttgart. Aufgrund zahlreicher Quellenzitate werden positive aber auch negative Entwicklungen und Folgen der Revolution herausgearbeitet.

Viel zu wenig wird die Novemberrevolution von 1918 gewürdigt. 2018 weder in Deutschland noch in Schiltach.

Dabei war es eine umwälzende Revolution mit nachhaltigen Folgen. „Die größte aller Revolutionen"[1] schuf „eine Demokratie, von deren Errungenschaften wir noch heute profitieren"[2].

Statt die Revolution vor 100 Jahren an ihren positiven Ergebnissen zu messen, werden aus nachträglicher und damit besserwisserischer Sicht oft nur die negativen Aspekte herausgehoben.

So spricht der Autor Joachim Käppner von einem traurigen Paradox:

---

[1] Buchtitel von Robert Gerwarth: Die größte aller Revolutionen: November 1918 und der Aufbruch in eine neue Zeit, München, 2018. Nach einem Zitat von Theodor Wolff, Chefredakteur des Berliner Tageblatts am 10.11.1918 über die Ereignisse des Vortages.

[2] Robert Gerwarth im Gespräch mit Dieter Kassel; ein Beitrag des Deutschlandfunkes vom 30.10.218, Deutschland - Kultur https://www.deutschlandfunkkultur.de/november-revolution-1918-in-deutschland-revolution-mit.1008.de.html?dram:article_id=431854.

> *Sowohl die bürgerlich-konservative Geschichtsschreibung als auch die orthodox-marxistische betrachteten die Revolution von 1918 als Fremdkörper, als Ereignis ohne Potential zu einem dritten Weg*.[3]

Aus Sicht der DDR und der Linken hatte die SPD (gemeint sind die Mehrheitssozialdemokraten)[4] „die Revolution verraten und die wahren Revolutionäre ermorden lassen, deren Ideale dann die SED verwirklichte".[5] Linke und Kommunisten trauern noch immer der nicht erfolgten Errichtung einer proletarischen Diktatur in Deutschland nach.

So titelte der Spiegel 1968 „November 1918: ‚Kartoffeln – keine Revolution'"[6] und der ehemalige deutsche Außenminister Joschka Fischer schreibt 2018:

> *Die deutsche Revolution von 1918 war durch und durch ein Trauerspiel, nicht weil es den führenden Akteuren etwa an besten Absichten gemangelt hätte, aber was ihnen fehlte, waren revolutionärer Mut, Phantasie und Geschlossenheit. Die Spitzen der „Friedenskoalition", bestehend aus Sozialdemokraten, Zentrum und Liberalen, wollten die bürgerlich-demokratische Revolution eigentlich gar nicht, die von den Massen vorangetrieben wurde. Sie bejahten rückhaltlos die volle Parlamentarisierung, aber bereits der Republik hätte Ebert gerne eine konstitutionelle Monarchie unter einem liberalen Hohenzollern vorgezogen.*[7]

Der deutsche Publizist Sebastian Haffner äußerte 1969 in seinem Buch *Der Verrat* heftige Kritik an der Sozialdemokratie.

> *Die deutsche Revolution war eine sozialdemokratische Revolution, die von den sozialdemokratischen Führern niedergeschlagen wurde*.[8]

Die führenden Sozialdemokraten, allen voran Ebert, sah er als Verräter und Mörder an.

> *Hätte die Ebert-SPD die Massenbewegung genutzt, statt sie zu fürchten, das alte Militär zum Teufel gejagt, statt sich mit ihm zu verbünden, wäre die Republik 1933 wahrscheinlich nicht untergegangen oder wenigstens nicht den Nazis in die Hände gefallen*.[9]

Seine Ansichten aus dem Buch wirken bis in die Neuzeit nach, obwohl er schon zehn Jahre später zugab, dass er einiges anders schreiben würde.

Fehler, nicht nur von ihm, war und ist, dass die handelnden Personen nach den Ergebnissen ihrer Politik beurteilt werden und „nicht, wie es Historiker tun", „nach den Motiven jenseits der Revolutionsfurcht" gefragt werden, „nach den Handlungsspielräumen der Akteure, nach ihrem Wissen und ihren Vorstellungen".[10] Haffner verdrängte völlig die Probleme, die auf den Entscheidungen der entstehenden Regierungen auf Reichs- wie auf Landesebene lastete.

So betont Robert Gerwath, dass wir fälschlicherweise die Geschichte der Novemberrevolution wie auch die Geschichte der Weimarer Republik allgemein sehr stark vom Ende her lesen, gewissermaßen als Vorgeschichte zum Aufstieg des Nationalsozialismus.[11]

---

[3] Käppner 2017, 17.
[4] SPD = Sozialdemokratische Partei Deutschlands, von Mitte 1917 bis 1922 MSPD (Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands) auch genannt zur Abgrenzung zur USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands), solange die Spaltung von MSPD und USPD bestand.
[5] Vgl. taz 2018.
[6] Malanowski, Wolfgang: November 1918:"Kartoffeln - keine Revolution", Spiegel, 46/1968, 100.
[7] Fischer, Joschka: Risiko Deutschland: Krise und Zukunft der deutschen Politik, ebook, 2018.
[8] Käppner 2017, 17-18.
[9] Käppner 2017, 18.
[10] Vgl. Käppner 2017, 18.
[11] S. Pkt. 2.

Der 9. November erschien somit „vielen als trostloses Symbol der defizitären deutschen Geschichte“[12]. Viele denken bei *Weimarer Republik*, wenn sie heute überhaupt eine Vorstellung davon haben, an eine „schwache Republik, die kurzlebige, die von Anfang an zum Scheitern verurteilt“ war.[13]

Mit der Wiedervereinigung 1990 sank das Interesse an der Revolution von 1918 gar auf den völligen Nullpunkt[14], erst ab 2008 sind zarte Neuansätze einer korrekteren Bewertung zu finden, die die Revolution nicht aus der Perspektive des späteren Scheiterns[15] sondern aus der Sicht der Akteure im damaligen Kontext beurteilt.

Obwohl „die Idee, dass 1918 keine ordentliche Revolution war“, „in der Forschung lange ad acta gelegt“ ist, hält sich „im öffentlichen Bewusstsein das verächtliche Bild einer bloß halben Revolution, das seit Längerem solidem Desinteresse gewichen ist“.[16]

Auch wenn Autoren gnädiger mit der Rolle der Sozialdemokratie wurden, so bleibt unbestreitbar, dass diese „im Bestreben, das Reich 1918/19 nicht in Chaos, Not und Bürgerkrieg entgleiten zu lassen, einen zu hohen Preis zahlten“[17]. Leider entfaltete sich eine „fatale Dynamik 1919 zwischen Eberts MSPD, die allzu devot den alten Eliten gegenüber war, und den Linksradikalen, die hilf- und besinnungslos versuchten, die Oktoberrevolution zu inszenieren“[18], was dazu führte, dass nicht nur Eberts MSPD 1919 „den faschen Feind mit den falschen Verbündeten“[19] bekämpfte, sondern auch die Landesregierungen.

Negativ miteinander verwoben sind Revolution, Weimarer Republik und deren Verfassung.

In der BRD wollte man sich immer „in sicherer Distanz zu Weimar“[20] wissen. Mit dieser Demokratie wollte man nichts gemein haben. „*Bonn ist nicht Weimar* - geprägt 1956 durch den Titel eines Werks des Schweizer Journalisten Fritz René Allemann - avancierte so zu einem Leitsatz, der ganzen Schülergenerationen vermittelt wurde“.[21] Laut Autor Gerwath wurde Weimar zur „Negativmatrize“ der Bundesrepublik.[22]

> *Der Konstitution haftete jedoch bis in die letzten Jahre hinein eher ein negativer Charakter an, der sich schon zu Zeiten der Republik selbst manifestierte, vor allem aber auf den immer wieder betonten Charakter des Grundgesetzes als eine Art „Antithese“ zur Weimarer Verfassung gründete.*
>
> *Allzu oft wurde die Verfassung aus der Perspektive des Scheiterns der Weimarer Republik betrachtet.*[23]

Und die Zeit zwischen 1918 und 1933 bezeichnete man gar als „Vorhof des Dritten Reiches“ oder wurde als „Lehrstück des Scheiterns einer Demokratie“ dargestellt.[24]

---

[12] Taz 2018.
[13] S. Pkt. 2.
[14] Käppner 2017, 19.
[15] Vgl. Käppner 2017, 20.
[16] Taz 2018.
[17] Käppner 2017, 18.
[18] Taz 2018.
[19] Vgl. taz 2018. Nach Nieß.
[20] Taz 2018.
[21] Wissenschaftliche Dienste, Deutscher Bundestag: Stärken und Schwächen der Weimarer Reichsverfassung, WD 1 – 3000-034/12, 4.
[22] Taz 2018.
[23] Wissenschaftliche Dienste, Deutscher Bundestag: Stärken und Schwächen der Weimarer Reichsverfassung, WD 1 – 3000-034/12, 4.
[24] Ebd.

In den letzten Jahren hat sich der Blick der zeithistorischen Forschung auf die Weimarer Republik jedoch stark verändert.[25]

So kommt der Rechtswissenschaftler Christoph Gusy zu dem Ergebnis, dass die „Weimarer Verfassung eine gute Verfassung in schlechter Zeit (war).[26]

Und so muss immer wieder, und das ist auch ein wesentliches Anliegen dieses Artikels, auf die positiven Errungenschaften dieser Revolution hingewiesen werden, die man nicht verdrängen oder vergessen darf. „Die Revolution 1918 ist ein Meilenstein in der verkannten und vernachlässigten Geschichte der deutschen Freiheitsbewegungen“ resümiert Buchautor Käppner zu Recht. Und er fordert, dass „im Pantheon dieser Freiheitsbewegungen“ „der Revolution von 1918/19 und jenen, die sie wagten, für immer ein besonderer Platz“ gebührt.[27]

Der November 1918 gilt als Geburtsstunde der deutschen Demokratie.[28]

„Der wahre Beginn unserer Demokratie“[29] brachte das Ende der Monarchie, ganz im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern, in denen noch immer die Monarchie in abgeschwächter Weise existiert. Unter schwierigsten Bedingungen etablierte sich eine parlamentarische Demokratie, die den unterschiedlichsten Herausforderungen, von dem verlorenen Krieg bis hin zur Demobilisierung von Millionen von Menschen, standhielt.[30]

Der Schutz der Menschenrechte wurde durch die Verfassung eingeführt. Das allgemeine und bis heute geltende Verhältniswahlrecht ist eine der vielen Weimarer Errungenschaften. Deutschland war 1919 die erste Industrienation, in der Frauen wählen konnten (USA 1920, Großbritannien 1928, Frankreich 1944). Der Achtstundentag wurde eingeführt sowie die Anerkennung der Gewerkschaften als Tarifpartner. Es kam zu zahlreichen sozialpolitischen Reformen wie der Arbeitslosenversicherung und dem Mutterschutz sowie zu Schulreformen. Eine liberale Strafrechtsfassung war in Teilen fortschrittlicher als zu Zeiten der BRD. Die Weimarer Reichsverfassung wurde zu einem „echten Exportschlager“[31]. „Zahlreiche Staaten griffen im Rahmen ihrer Verfassungsgebung auf das Werk von 1919 zurück, das in den 20er Jahren als das modernste seiner Art galt,“[32] selbst auch Frankreich. „Dem Pluralismus der Kunst korrespondierte eine gesellschaftliche Vielfalt und Toleranz, die es vorher nicht gegeben hatte und die es nachher lange nicht wieder geben sollte.“[33]

Die Weimarer Republik, die Inflation und Putschversuche von links und rechts überstand, die unter den Versailler Friedensbedingungen leiden musste, Angriffen, denen die Bundesrepublik nie ausgesetzt war, erwies sich nicht als schwach sondern widerstandsfähig.[34]

Verglichen mit den anderen Nachfolgestaaten ehemaliger Großreiche und den neuen demokratischen Staaten in Europa nach 1918 war die Weimarer Republik relativ stabil und ungewöhnlich langlebig.[35]

---

[25] Ebd.
[26] Ebd. Zit. n. Gusy, Christoph (2010): Die Weimarer Verfassung und ihre Wirkung auf das Grundgesetz. In: Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte 32 (2010), S. 222f.
[27] Käppner 2017, 20.
[28] Friedrich-Ebert-Stiftung: Novemberrevolution und Weimarer Republik; https://www.fes.de/hfz/arbeiterbewegung/epochen/novemberrevolution-und-weimarer-republik-1918-19-1933.
[29] Untertitel von Niess, Wolfgang 2017.
[30] Vgl. Pkt. 2.
[31] Konzept für ein Haus der Demokratie in Weimar, 4; https://www.weimarer-republik.net/files/konzept_haus_der_demokratie.pdf.
[32] Ebd.
[33] Ebd, 3.
[34] Vgl. taz 2018. Nach Gerwarth.

Was ist überhaupt „die größte aller Revolutionen“? Ganz bestimmt misst sich die Größe einer Revolution nicht an der Anzahl der Toten. So war Theodor Wolff, der dies 1918 geschrieben hatte, nicht naiv, sondern es war ihm wichtig, darauf hinzuweisen, was die Revolution ohne großes Blutvergießen geschaffen hatte und dass man allen Grund hatte, stolz darauf zu sein, was geschehen war.[36] So war die deutsche Revolution von 1918 nicht nur wesentlich friedlicher, sondern erreichte, gemessen an ihren Zielen, viel mehr als die 30 politischen Revolutionen in Europa von 1917 bis 1923.[37]

Natürlich gibt es bei jeder Revolution Menschen, die mit dem Ergebnis nicht zufrieden sind. Vor allem diejenigen, die die Regeln einer Demokratie mit Kompromissen und Nichterreichbarkeit von Minderheitszielen nicht akzeptieren können. Insbesondere diejenigen von links und von rechts, die ihren in der parlamentarischen Demokratie nicht erreichbaren Zielen nachtrauern.

Das zentrale Ziel der Revolution war, den Krieg zu beenden, was innerhalb weniger Tage erfüllt wurde, nämlich schon zwei Tage nach Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann. So handelte es sich in erster Linie bei dieser Revolution um eine Kriegsbeendigungsrevolution. Die Kernforderung der Revolutionäre, nicht unbedingt der Bevölkerung, war die Abschaffung der Monarchie und die Schaffung einer Republik. Im Januar 1919 entschied sich die überwältigende Mehrheit der Deutschen nicht für ein Rätesystem ohne freies Wahlrecht sondern für eine parlamentarische Demokratie mit freiem Wahlrecht für alle.[38]

> *Diese Revolution war alles drei zugleich: Endpunkt jahrzehntelanger Liberalisierungs- und Demokratisierungsbestrebungen, spontane Volkserhebung zur Beendigung des faktisch schon verlorenen Krieges und sozialdemokratisch geprägte Klassenbewegung mit antikapitalistischer Tendenz.*[39]

Dieser Artikel soll keine Neubewertung der Revolution von 1918 darstellen. Dafür gibt es fundiertere Autoren, hier auch öfters zitiert, auf die hingewiesen und deren Literatur empfohlen wird. Dies soll nur eine Auswahl der aktuellen Forschung sein. Aus Platzgründen wird hier auch kein detaillierter Ablauf der Geschehnisse geschildert werden. Wer sich genauer informieren will, sei auf die angegebenen lesenswerten Quellen verwiesen.

Tauchen wir ein in die Tage der deutschen Revolution von 1918 und schauen auf das Deutsche Reich, auf Baden und Württemberg und auf die Auswirkungen auf Schiltach in Baden im Laufe der revolutionären Ereignisse.

Ende der Monarchie

> *„Noch kann man diese Umwälzung in unserem Vaterlande weder begreifen noch fassen, es kam alles so plötzlich, so unvorbereitet, und die Zukunft steht schwer und dunkel vor uns. Wie kann ein irregeleitetes Volk so weit gehen, sein angestammtes, geliebtes Fürstenhaus zu stürzen, von dem es […] nur Gutes, seinem Wohle ersprießliches erfahren hat. Es ist unfaßbar, so unbeschreiblich traurig, so viele tausende von Herzen schlagen in höchster Liebe,*

---

[35] Zitat von Gerwarth in: Taz 2018.
[36] Vgl. Widmann, Arno, Berliner Zeitung, 08.11.2018; https://www.berliner-zeitung.de/berlin/9--november-1918-die-groesste-aller-revolutionen-31562230.
[37] Vgl. Gerwath in Pkt. 2.
[38] Vgl. Gerwath in Pkt. 2.
[39] Brandt 2008, 3.

Dankbarkeit und Treue für Eure Königlichen Hoheiten und doch steht man mit gebundenen Händen, blutenden Herzens [da] und kann nicht helfen."[40]

Für den Adel war die Revolution bzw. der Zusammenbruch der Monarchie ein Schock. Er traf viele Adelige unerwartet und „unvorbereitet". „Viele Adelige konnten oder wollten nicht begreifen, dass die von ihnen gelebte Ordnung, die sie als gottgegeben ansahen, einfach aufgehoben werden konnte. Sie lebten im Bewusstsein ihrer gesellschaftlichen Überlegenheit, sahen sich als besondere und bessere, dem Rest der Bevölkerung überlegene Menschen an." Die von „Standesdünkel geprägte Haltung stand einem demokratischen Menschenbild mit seinem Postulat der Gleichheit aller diametral entgegen".[41] Insofern kam die Revolution einem Weltuntergang gleich.

Ein Volk, durch Jahrhunderte hindurch von den harten Händen des Militarismus und der Bürokratie niedergehalten, zu Knechtseligkeit und dumpfem Gehorsam erzogen, steht auf und handelt.[42]

Und in der Tat war dieser Aspekt der Revolution wohl der revolutionärste, der epochalste und umwälzendste. Jahrhunderte, nein Jahrtausende hatte die aus den Steppen Eurasiens eingewanderte Kriegerkaste der Indoeuropäer die Bevölkerung mehr oder weniger unterdrückt und als Abhängige zu ihren Diensten gehalten. Ob als Sklaven (Kelten, Römer) oder als Leibeigene oder Lehensträger (Germanen, Deutsche), die Freiheiten der normalen Bevölkerung war seit Menschengedenken und schon mehr als 3.000 Jahre vor unserer Zeit nachweisbar durch den Adel eingeschränkt. Das edle Geschlecht (ahd. *adal = Edles Geschlecht* oder *edili = die Eldelsten*) gründete seinen exklusiven Herrschaftsanspruch auf die Abstammung und unterstellte vor allem unter dem Christentum göttliche Absicht. Dabei ist dies nichts anderes als eine „Fiktion", „ein „kollektiver Mythos" oder eine „erfundene Wirklichkeit"[43], auf die diese Kaste ihrer Vorherrschaft in der ihr genehmen Hierarchie gründete.

Die Befreiung von diesem Joch war keine Selbstverständlichkeit und selbst zu Beginn der Revolution noch der Mehrheit der Bevölkerung und auch den Revolutionären nicht in dieser Radikalität vorstellbar. Mit dieser Novemberrevolution wurde auf deutschem Boden zum ersten Mal der freie Mensch geschaffen.

In Gegensatz zu dem, was seit karolingischen Zeiten galt, nämlich dass die Staatsgewalt vom Adel ausgeht, gilt seit der Revolution von 1918, wie es in §1 der Verfassung der Weimarer Republik steht, „die Staatsgewalt geht vom Volke aus". Es ist völlig unverständlich, dass genau diese entscheidende Veränderung fast völlig übergangen wird. Sie alleine, wäre schon eine gewaltige Revolution, bis zu diesem Moment fast für unmöglich gehalten, gewesen.

An diesem Punkt wollen wir reflektieren, wie es dazu gekommen war.

Vor der Revolution

Am 4. 8. 1914 stimmten die Sozialdemokraten wie alle Fraktionen des Reichstags den von der Reichsleitung verlangten Kriegskrediten zu. Dies zeigte, „in welchem Maß die sozialdemokratische

[40] Engehausen & Weber 2018, 203: Zit. nach Generallandesarchiv Karlsruhe FA N 2848: Irma Reichlin von Meldegg vom 20.11.1918.
[41] Engehausen & Weber 2018, 203.
[42] Brandt 2008, 2; Zit. nach D. Lehnert, Sozialdemokratie und Novemberrevolution, Frankfurt 1983, S. 73, 92, 100.
[43] Harari, Yuval Noah: Eine kurze Geschichte der Menschheit, München 2015, 38-56.

Arbeiterschaft bereits in die bestehende Gesellschaft hineingewachsen war“[44].

Karl Liebknecht stimmte als erster sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter am 2.12. 1914 bei einer erneuten Abstimmung über Kriegskredite dagegen. Im Dezember 1915 folgten 19 weitere Parlamentarier diesem Beispiel. Nach dem Ausschluss aus der Fraktion der Sozialdemokraten bildete sich die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“, aus der 1917 die USPD[45] hervorging.

Nachdem im Verlaufe des 1. Weltkrieges sich nicht der erwartete Sieg abzeichnete, bemühte sich die bürgerliche Mitte um den Zentrumsabgeordneten Matthias Erzberger um eine parlamentarische Mehrheit für einen Verständigungsfrieden. Sozialdemokraten, Zentrum und Fortschrittliche Volkspartei einigten sich im Juli 1917 auf eine Entschließung, die einen Frieden ohne „erzwungene Gebietsabtretungen, politische, wirtschaftlich und finanzielle Vergewaltigungen“ forderte. „Diese *Friedensresolution* markierte den Beginn einer engen Zusammenarbeit der drei Parteien, die im Reichstag über die Mehrheit der Sitze verfügten“.[46]

> *Gegen die neue Reichstagsmehrheit machten sogleich die Anhänger eines „Siegfriedens“ mobil. Die 1917 gegründete „Deutsche Vaterlandspartei“, die sich zu einem ausufernden Eroberungsprogramms bekannte und einen starken Rückhalt bei den führenden Militärs besaß, wuchs binnen kurzem zu einer Massenbewegung an. Gleichzeitig radikalisierte sich die Stimmung in der kriegsmüden Arbeiterschaft*.[47]

Im April 1917 entstanden die ersten Massenstreiks als Echo auf die russische *Februarrevolution*[48].

> *Spätestens seit dem Frühjahr 1917 lässt sich von einer Massenbewegung der Arbeiterschaft sprechen, die sich gegen die unzureichende Lebensmittelversorgung, gegen politische Unterdrückung und die Kriegspolitik der Herrschenden wandte.*[49]

Im Januar 1918 kam es zu einem großen Streik der Berliner Rüstungsarbeiter, ausgelöst durch die *Revolutionären Obleute* der Metallindustrie, meist Anhänger der USPD. Bis zu einer halben Million Arbeiter beteiligte sich an dem Streik, der „zum einen ein Protest gegen den Krieg, den wachsenden Einfluß der Vaterlandspartei und die schlechte Ernährungslage“[50] war, „zum anderen ein Ausdruck der Sympathie mit den russischen Arbeitern und der *Oktoberrevolution*[51]“[52].

„Nach Massenverhaftungen und Tausenden Einberufungen zum Heerdienst brachen die Revolutionären Obleute die aussichtslose Aktion ab.“[53] Mitverantwortlich waren für das Ende der Proteste aber auch drei führende Mehrheitssozialdemokraten, Friedrich Ebert[54], Philipp Scheidemann[55] und Otto Braun[56]. Der Januarstreik führte aber vor Augen, „daß der Rückhalt für die Politik des *Burgfriedens* bei den Arbeitern weiter geschrumpft war“.[57]

---

[44] Winkler 1993, 18.
[45] Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, eine Abspaltung von der SPD.
[46] Ebd., 20.
[47] Ebd., 20.
[48] Die Februarrevolution von 1917 beendet die Zarenherrschaft in Russland. Anstelle des Zaren tritt ein Nebeneinander von Parlament (Duma) und Arbeiter- und Soldatenräten (Sowjets).
[49] Brandt 2008, 5.
[50] Winkler 1993, 20.
[51] Die Oktoberrevolution ist die gewaltsame Machtübernahme durch Bolschewiki unter der Leitung von Lenin.
[52] Winkler 1993, 20.
[53] Ebd., 21.
[54] Friedrich Ebert, *4.2.1871 in Heidelberg; † 28.2.1925 in Berlin, seit 1913 Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und von 1919 bis zu seinem Tode erster Reichspräsident der Weimarer Republik.
[55] Philipp Scheidemann, *26.7.1865 in Kassel; † 29.11.1939 in Kopenhagen, vom 13.2.1919 bis zum 20.6.1919 Reichsministerpräsident und somit erster Reichskanzler der Weimarer Republik, bis 1933 im Reichstag, musste dann unter dem Nationalsozialismus ins Exil gehen.

Ziemlich einig waren sich aber sowohl die Mehrheitssozialdemokraten (MSPD) wie die unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) in der Beurteilung der revolutionären russischen Ereignisse. Obwohl die Sozialdemokraten anfangs die Machtergreifung der Bolschewiki begrüßt hatten, „weil sie den Frieden näherzubringen versprach“[58], so wandten sie sich infolge der blutigen Politik der Leninisten gegen das eigene Volk zur Durchsetzung der Diktatur des Proletariats im Frühjahr 1918 ab. Der Bürgerkrieg in Russland hatte mit dem Sieg der Bolschewiken geendet, „der zugleich das endgültige Verbot der anderen sozialistischen Parteien und die Unterdrückung auch der Arbeiteropposition mit sich brachte“[59].

Diese Meinungsänderung innerhalb der Sozialdemokratie war ganz entscheidend für die weiteren Abläufe der Novemberrevolution 1918 in Deutschland. Die russische Revolution galt nicht mehr als Vorbild sondern als abschreckendes Beispiel, wie es in Deutschland unter keine Umständen laufen durfte.

> *Was die Bolschewiki betrieben, war nicht Sozialismus oder Demokratie, sondern Putschismus und Anarchie…*
>
> *Deutschland ein solches Schicksal zu ersparen, erschien den Mehrheitssozialdemokraten fortan eine ihrer vordringlichsten Aufgaben*.[60]

Und für die Mehrheit der USPD wirkte die Diktatur einer Minderheit über die Mehrheit reaktionär und man fürchtete, dass sie nur die Gegenrevolution anbahne, hatte doch Marx den Weg zur Versöhnung der Diktatur des Proletariats mit der Demokratie gezeigt. Aus Sicht der USPD konnte nur die Diktatur des Proletariats als Herrschaft der Volksmehrheit über eine Minderheit ersprießlich sein. Nur wenige Mitglieder, Mitgründer des Spartakusbundes, schlugen sich auf die Seite Lenins.

Im Laufe des Jahres 1918 versuchte die Oberste Heeresleitung (OHL) dem deutschen Volk zwar noch immer Hoffnung auf einen Siegfrieden zu machen, die Situation war aber nach Eintritt der USA in den Krieg desolat. Trotz der Erfolge im Osten. Und auch bei den Bauern und dem Mittelstand zeigte sich immer mehr Überdruss am Krieg, und eine allgemeine Unzufriedenheit und Missstimmung machte sich in der Bevölkerung breit.

Am 23.09.1918 berichtete auf einer MSPD-Sitzung der in Offenburg geborene sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Oskar Geck, dass es in Süddeutschland eine „ungeheure Erbitterung gegen Preußen, nicht gegen das preußische Volk, sondern gegen die Junker und die Militärkaste“ gebe.

> *Es herrscht bei uns die Stimmung: Preußen muß kaputt gehen, und wenn Preußen nicht kaputt geht, geht Deutschland an Preußen kaputt.*[61]

Ebert, als die führende Figur der Sozialdemokratie und eine der entscheidenden Personen bei der Revolution 1918/19, kann man in seinem Verhalten der nächsten Monate am besten verstehen, wenn man sich die gleiche Sitzung vom 23. September 1918 näher anschaut. Er stellte seine Parteifreunde vor eine klare Alternative:

> *Wollen wir jetzt keine klare Verständigung mit den bürgerlichen Parteien und der Regierung, dann müssen wir die Dinge laufen lassen, dann greifen wir zur revolutionären Taktik, stellen*

---

[56] Otto Braun, *28.1.1872 in Königsberg i. Pr.; † 15. Dezember 1955 in Locarno, Schweiz, ein führender sozialdemokratischer deutscher Politiker in der Weimarer Republik; von 1920 bis März 1921 sowie von November 1921 bis 1932 Ministerpräsident des Freistaates Preußen; machte Preußen bis zum Preußenschlag zu einem demokratischen Bollwerk; ging dann ins Exil.
[57] Winkler 1993, 21
[58] Ebd., 21.
[59] Brandt 2008, 6.
[60] Winkler 1993, 21.
[61] Ebd., 22.

uns auf die eigenen Füße und überlassen das Schicksal der Partei der Revolution. Wer die Dinge in Rußland erlebt hat, der kann im Interesse des Proletariats nicht wünschen, daß eine solche Entwicklung bei uns eintritt.[62]

Hier also die eindeutige Aussage gegen die Entwicklung in Russland und damit gegen ein Rätesystem mit der Diktator einer Minderheit gegen die Mehrheit. Er wollte in Deutschland keinen revolutionären Verlauf „wie in Russland, die in Gewaltherrschaft, Bürgerkrieg und Chaos endete“[63]. Die russische Revolution war für ihn, aber auch für die überwiegende Mehrheit der Deutschen, zum absoluten Negativbeispiel geworden, die es um Biegen und Brechen zu vermeiden galt.

Wir müssen uns im Gegenteil in die Bresche werfen, wir müssen sehen, ob wir genug Einfluß bekommen, unsere Forderungen durchzusetzen und, wenn es möglich ist, sie mit der Rettung des Landes zu verbinden, dann ist es unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, das zu tun.[64]

Ebert setzte auf „eine Politik der friedlichen Reformen“, verwirklicht durch eine Regierung der Mehrheitsparteien, „oder marxistisch gesprochen, einen Klassenkompromiß mit den gemäßigten Teilen des Bürgertums“.[65]

Diese Zuwendung zum Bürgertum, vor dem Krieg noch „als unmarxistisch verworfen“, war nur noch die logische Konsequenz längst getroffener Entscheidungen. Und so ließ sich der Parteiausschuss und die Reichstagsfraktion von der Linie des Parteivorstandes überzeugen und segnete diese Linie mit deutlicher Mehrheit im September 1918 ab.[66]

So wie die MSPD das Bündnis mit den bürgerlichen Parteien suchte, so sahen auch das Zentrum und die Fortschrittliche Volkspartei in der Allianz mit den Sozialdemokraten „die einzige Chance, einer revolutionären Zuspitzung der inneren Krise vorzubeugen, und zugleich eine notwendige Voraussetzung, um zu einem erträglichen Frieden zu gelangen“[67].

Entscheidend für den Übergang von der Monarchie in die parlamentarische Demokratie war jedoch die Forderung der Obersten Heeresleitung unter Ludendorff und Hindenburg, die aufgrund der militärisch aussichtslosen Lage die sofortige Absendung eines Waffenstillstandsangebotes an die gegnerischen Allierten forderte und eine Parlamentarisierung für erforderlich hielt. Zum einen erhoffte man damit bessere Friedensbedingungen, zum anderen wurde hier schon ein Grundstein für den Untergang der Weimarer Republik gelegt, in dem man die Voraussetzungen für die *Dolchstoßlegende* schuf. So äußerte sich Ludendorff am 1. Oktober 1918:

Ich habe S. M. (=Seine Majestät) gebeten, jetzt auch diejenigen Kreise an die Regierung zu bringen, denen wir es in der Hauptsache zu verdanken haben, daß wir soweit gekommen sind. Wir werden also diese Herren jetzt in die Ministerien einziehen sehen. Die sollen nun den Frieden schließen, der jetzt geschlossen werden muß. Sie sollen die Suppe jetzt essen, die sie uns eingebrockt haben.[68]

Also übernahm nicht die Oberste Heeresleitung die Verantwortung für das von ihnen verschuldete Debakel, sondern sie gab die Verantwortung an die Parlamentarier ab. In der Folge wurde die Oberste Heeresleitung weder moralisch noch juristisch zur Verantwortung gezogen, dass sie das Ende des Weltkrieges in völliger Verkennung der Realitäten in die Länge gezogen hatte und damit für

[62] Winkler 1993, 22.
[63] Ebd.
[64] Ebd., 22.
[65] Ebd., 22.
[66] Ebd., 22.
[67] Ebd., 23.
[68] Von Thaer, Albrecht, Generalstabsdienst an der Front und in der OHL: Aus Briefen und Tagebuchaufzeichnungen 1915-1919, hg. von Siegfried A. Kaehler, Göttingen 1958, 234.

Millionen von Toten verantwortlich war. Ludendorff und Hindenburg, die seit 1916 wie Militärdiktatoren am Kaiser vorbei herrschten, schoben die Verantwortung der vom Militär verschuldeten Niederlage vom militärischen in den zivilen Bereich ab.

> *Nicht die Kriegsziele, die Fehler der Kriegs- und Armeeführung, die Erschöpfung der Soldaten oder die wirtschaftliche und militärische Überlegenheit der gegnerischen Staaten wurden für die Niederlage verantwortlich gemacht, sondern bestimmte Gruppen deutscher Zivilisten*.[69]

Die militärische Perspektive war gewesen, dass die „Heimat", das Hinterland, die dem Feind zugewandte „Front" rückhaltlos unterstützen sollte; nur mit diesem Zusammenhalt sei der Sieg erreichbar; dieser hänge allein vom Siegeswillen einer Nation ab; nur das Durchhalten im Sinne einer Nibelungentreue gereiche ihr zur Ehre, alles andere sei Defätismus und Sabotage.[70] https://de.wikipedia.org/wiki/Dolchsto%C3%9Flegende_-_cite_note-7Schon bei den Aprilstreiks 1917 und vor allem beim Januarstreik 1918 wurde in den vom Militär zensierten Zeitungen den Arbeitern „Verrat" und den streikenden Arbeitern „Brudermord" vorgeworfen, völlig verkennend, dass das Festhalten an einem „Siegfrieden" mit Annexionszielen bei immer höherer Zahl an Kriegsopfern, an Lebensmittelknappheit, Hunger, Schwarzhandel, verschärften sozialen Gegensätzen und fehlenden politischen Reformperspektiven zu einem breiten Autoritätsverlust in der Bevölkerung führte.[71]

Der „hinterhältige Angriff auf den Rücken des Heeres" und die durch die Niederlage verbundenen parteiübergreifend als schändlich empfundenen Friedensbedingungen waren Grundlage aller rechten Gruppierungen zur Denunziation der politischen und demokratischen Mitte der Weimarer Republik und sie trugen erheblich zum Ende der Weimarer Republik bei. Erstaunlich dabei ist, dass einer ihrer Haupturheber, der Totengräber der Weimarer Republik, Hindenburg, bis heute noch vielerorts in Ehren gehalten wird.

Als es sich herumsprach, dass die Oberste Heeresleitung selbst die Waffenstillstandsbemühungen veranlasst hatte, bewirkte dies einen „Stimmungszusammenbruch" im Reich. „Gleichzeitig unterminierte eine schwere Grippe-Epidemie die letzten Reste von Kampfeswillen." „Die breite Masse, so das Generalkommando, wollte nun *Frieden um jeden Preis*." Die *Preußen* und die *Großkopfeten* als die vermeintlichen Kriegsverlängerer zogen jetzt größeren Haß auf sich als die Feindmächte."[72] Der Forderungen nach „sofortiger Beendigung des Krieges und Beseitigung der dominierenden Machtstellung des preußischen Militärs sowie Verbesserung der Ernährungslage" wurden immer lauter geäußert.[73]

Hatte sich der Fraktionsvorsitzende der MSPD, Philipp Scheidemann, noch am 23. September 1918 für eine Mehrheitsregierung mit Beteiligung der MSPD ausgesprochen, so warnte er am 2. Oktober 1918 „im Augenblick der schlimmsten Verhältnisse eine Verantwortung zu übernehmen, die die Partei wohl kaum zu tragen in der Lage sei"[74]. Es war dann Friedrich Ebert, der am Vortag des neuen Kabinetts unter Prinz Max von Baden „mit einem Appell an das Verantwortungsbewusstsein der Sozialdemokratie die große Mehrheit der Fraktion schließlich dazu brachte, dem Eintritt in das Kabinett des Prinzen Max zuzustimmen"[75].

Die Antwort vom 23. Oktober 1918 auf die am 3. Oktober abgesandte Note an Präsident Wilson mit der Bitte um Verhandlungen über einen Waffenstillstand, zerstörte alle verbliebenen Illusionen.

---

[69] https://de.wikipedia.org/wiki/Dolchstoßlegende.
[70] Ebd., Zitat 7 mit Verweis auf Petzold, Joachim: Die Dolchstosslegende: eine Geschichtsfälschung im Dienst des deutschen Imperialismus und Militarismus. Akademie-Verlag, Berlin 1963, 23.
[71] https://de.wikipedia.org/wiki/Dolchstoßlegende.
[72] Brandt & Rürup 1991, 69.
[73] Ebd.
[74] Winkler 1993, 24.
[75] Ebd., 24.

Verlangt wurden in kaum verschlüsselter Form die militärische Kapitulation des Reiches und die Abdankung des Kaisers. Die Reaktion der OHL war ein Rundumtelegramm an die Truppenführer zum *Weiterkämpfen bis zum Untergang*, so dass der Reichsleitung keine andere Wahl blieb, als den Kaiser zum Personenwechsel in der OHL aufzufordern. Dem kam Wilhelm nur teilweise entgegen, indem allein Ludendorff seinen Abschied nehmen musste.

Am 25. Oktober verabschiedete der Reichstag jene Änderungen der Reichsverfassung von 1871, die notwendig waren, um Deutschland in eine *parlamentarische Monarchie* nach britischem Vorbild zu verwandeln. Es war die sogenannte *Oktober-Reform*. Am 28. Oktober trat das Gesetz zur Abänderung der Reichsverfassung in Kraft.[76] Damit war aber weder das unmittelbare Ziel der Massen erreicht, nämlich der Friedensschluss, noch war „die Machtstellung des Militärs im Reichsinnern, namentlich die diktatorische Gewalt der Kommandieren Generäle“ „beseitigt“[77].

> *Die Reform hätte bei Änderung der militärischen oder politischen Konjunktur unter Umständen zurückgenommen werden können; erst der Umsturz vom November 1918 hat diese Möglichkeit definitiv ausgeschlossen*.[78]

Am 29. Oktober verließ Wilhelm II. auf Anraten Hindenburgs Berlin und begab sich in das Große Hauptquartier im belgischen Spa. Auf der einen Seite sah es nach einer verantwortungslosen Flucht des Kaisers aus, auf der anderen Seite war es ein Versuch, „die alte Militärmonarchie wiederherzustellen“[79].

Von Prinz Max von Baden war angedacht, dass der Kaiser freiwillig abdanke und der älteste Kaiserenkel Wilhelm, mit 12 noch minderjährig, Thronprätendent werde, für den Prinz Max als Reichsverweser die Regentschaft führe. Die neue Reichsregierung sollte auf eine breite parlamentarische Basis gestellt und Friedrich Ebert Reichskanzler werden. Dieser mit Ebert abgesprochene Plan wurde aber wohl durch Kaiserin Auguste Viktoria verhindert, die dem verheirateten Prinz Max drohte, seine Homosexualität öffentlich zu machen, worauf dieser einen Nervenzusammenbruch bekam und erst am 3. November wieder die Amtsgeschäfte übernehmen konnte.[80]

Am 30. Oktober erging der Befehl zum Auslaufen der Hochseeflotte durch die Seekriegsleitung ohne Zustimmung des Reichskanzlers. Einen militärischen Sinn gab es keinen. Es drohten allein Verluste. Das einzige Ziel des vom Kaiser abgesegneten Befehls, war „die Machtverschiebung im Innern wieder rückgängig zu machen und dem Militär wieder zu jener beherrschenden Stellung zu verhelfen, auf die es einen historischen Anspruch zu haben meinte“[81]. Es war der Versuch einer Gegenrevolution.

> *Mit dem Kaiser an der Spitze hofften die Frondeure, das Blatt in der Heimat noch einmal wenden zu können. Wenn der Krieg fürs erste auch nicht mehr zu gewinnen war, so vielleicht doch ein Bürgerkrieg, der als Kampf gegen die drohende Bolschewisierung Deutschlands geführt wurde*.[82]

In der Kabinettssitzung vom 5. November erklärte der Nachfolger von Ludendorff in der OHL, der württembergische General Wilhelm Groener:

---

[76] Ebd., 25.
[77] Brandt 2008, 7.
[78] Ebd.
[79] Winkler 2009, 25. Zitat von Historiker Wolfgang Sauer.
[80] Machtan; Lothar: Prinz Max von Baden. Der letzte Kanzler des Kaisers, Berlin 2013, 440–445.
[81] Winkler 1993, 25.
[82] Ebd.

> *Der schlimmste Feind, dessen das Heer sich zu erwehren hat, ist die Entnervung durch die Einflüsse der Heimat, ist der drohende Bolschewismus.*[83]

Hier widersprach niemand im Kabinett, selbst Scheidemann sah im Bolschewismus jetzt die größere Gefahr als den äußeren Feind.[84] Jedoch waren die Sozialdemokraten davon überzeugt, dass dieser Kampf gegen den Bolschewismus nur erfolgreich geführt werden könne, wenn der Kaiser abdankte.

Prinz Max beabsichtigte, nach Spa aufzubrechen und den Kaiser zur Abdankung zu überreden. Vorher fragte er Ebert: „Sie wissen, was ich vorhabe. Wenn es mir gelingt, den Kaiser zu überzeugen, habe ich Sie dann auf meiner Seite im Kampf gegen die soziale Revolution?“ Darauf habe Ebert geantwortet: „Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale Revolution unvermeidlich. Ich aber will sie nicht, ja ich hasse sie wie die Sünde.“[85] Jedoch schreibt später Scheidemann, dass Prinz Max unter „Revolution“ etwas anderes verstanden habe, als das, „was Ebert und die gesamte Sozialdemokratie haßte: den russisch-asiatischen Bolschewismus“.[86] Am 8. November erklärte Scheidemann in einer Kabinettssitzung:

> *Meine Partei wird dafür sorgen, daß Deutschland vom Bolschewismus verschont bleibt.*[87]

Aber nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die Fortschrittliche Volkspartei drängten auf einen Thronverzicht des Kaisers. Doch selbst die Sozialdemokraten sahen am Vorabend der Revolution am 6. November die Frage Monarchie oder Republik nur von theoretischer Bedeutung.

Dabei war die Revolution schon seit dem 29. Oktober in vollem Gange.

Die Vorgeschichte des Matrosenaufstandes

Am 11. August 1918 kam es zur Bildung der Seekriegsleitung (SKL), eines einheitlichen Oberbefehls unter Admiral Scheer analog zur OHL. Vorausgegangen war das Drängen des Seeoffizierskorps auf Einsatz, nachdem insbesondere durch den Kaiser der Großeinsatz der Flotte unterbunden worden war. „Der Weg zur großen Seeschlacht mit der englischen Flotte schien frei."[88]

Am 29. September 1918 wurde Scheer von Ludendorff über die Waffenstillstandsforderung der OHL unterrichtet.

> *Am 1. Oktober machte der Staatssekretär des Auswärtigen Amts von Hintze seine Forderungen in einem Gespräch mit dem stellvertretenden Chef des Admiralstabes in Berlin, noch deutlicher und erklärte, dass eine Voraussetzung für den von der OHL geforderten Abschluss eines Waffenstillstands die Einstellung des U-Bootkrieges während der Dauer des Waffenstillstands sei*.[89]
>
> *Gleichzeitig erreichte die Lagebeurteilung des Chefs der Operationsabteilung der OHL, Oberst Heye, Admiral Scheer, die unmissverständlich klarmachte, dass der Krieg verloren sei und Frieden geschlossen werden müsse*.[90]

---

[83] Ebd.
[84] Ebd..
[85] Scheidemann 2002, 96. Zit. nach Prinz Max von Baden: Erinnerungen und Dokumente.
[86] Scheidemann 2002, 96.
[87] Scheidemann, Philipp: Memoiren eines Sozialdemokraten, 1928, 289.
[88] Kuhl 2014, 5.
[89] Kuhl 2014, 7.
[90] Kuhl 2014, 7.

Gegen diese Anordnung aber mit Duldung Ludendorffs wurde am 10. Oktober 1918 das Schiff RMS15 LEINSTER, ein Passagierschiff, durch das deutsche U-Boot UB 123 versenkt. 531 Menschen starben. Es war eine bewusste Torpedierung der Friedensgespräche. Es gab starke Hinweise dafür, dass die Versenkung der LEINSTER eine von der Marineführung beabsichtigte Provokation der USA gewesen sein könnte.

Am 11. Oktober billigte die SKL den Plan zum Flottenvorstoß in die Straße von Dover.

> *Es wird solange wir noch kämpfen können, nie und nimmer zugegeben werden, im Friedensschluß einem Vertrag zuzustimmen, der auf eine Verschlechterung oder Verkümmerung unserer Flotte ausgeht*.[91]
>
> *Nachdem sich am 20.10. herausgestellt hatte, dass weder die OHL noch der Kaiser es vermochten, den Widerstand des Kanzlers und des Kriegskabinetts gegen die Weiterführung des U-Boot-Kriegs zu brechen, unternahm Admiral Scheer am Abend dieses Tages noch einen letzten, ebenfalls ergebnislosen Versuch, den Kanzler zu einer Befristung des Zugeständnisses zu bestimmen*.[92]

Hierbei beschwor Prinz Max von Baden „den Admiral noch auf das eindringlichste, dass sich die Marine in das Unabänderliche fügen müsse, da Zwischenfälle, die die Friedensaktion stören könnten, auf jeden Fall vermieden werden müßten“.[93]

Das deutsche Flottenaufrüstungsprogramm vor dem Weltkrieg hatte die Weltmachstellung Englands herausgefordert und die Hinwendung von England zu Frankreich und Russland beschleunigt. Dies war mit eine der Ursachen für die Isolierung Deutschlands in Europa und daher mitverantwortlich für die spätere Niederlage im Ersten Weltkrieg. Für die breite Mehrheit der Seeoffiziere war die große Seeschlacht mit England zur Durchsetzung der Weltmachtambitionen das Leitbild.[94]

„Mit dem Flottenbefehl vom 24.10.1918 sollte die letzte Möglichkeit für eine große Seeschlacht genutzt werden.“[95] Die Motive der Seekriegsleitung, des Kommandos der Hochseeflotte und der Seeoffiziere sind nie eindeutig nachgewiesen worden. Ehrenkodex, Erreichung von besseren Friedensbedingungen, Erhalt des Machtanspruches der Marine und der Stellung des Seeoffizierkorps waren einige der Motive. Vielleicht nicht als Selbstmordkommando geplant, aber eine Niederlage und immense Verluste wurden billigend in Kauf genommen.

Der Armeebefehl und der O-Befehl Nr. 19 der Flotte zum Vorstoß, beide vom 24. Oktober 1918, „waren die Konsequenzen, die von der obersten Führung der Armee und der Marine in seltener Einheitlichkeit des Denkens und Handelns aus der politischen, nicht militärischen Situation des Oktobers 1918 gezogen wurden“[96].

Die SKL informierte weder den Kaiser noch den Reichskanzler Georg von Hertling von ihrer konkreten Absicht aus Furcht vor Eingriffen der Reichsleitung. Insofern war sie sich der Regelwidrigkeit ihres Verhaltens bewusst. In einer reichsweiten Kampagne von OHL, SKL, Vaterlandspartei und evangelischer Kirche wurde gemeinsam versucht, die Friedensgespräche abzubrechen und in erneuerter nationaler Einheit den Krieg fortzusetzen. Die rechtsradikale Vaterlandspartei führte Kundgebungen durch, und die evangelisch/lutherische Kirche unterstützte diese Bestrebungen durch

[91] Deist 1966, 354.
[92] Deist 1966, 356.
[93] Deist 1966 357.
[94] Kuhl 2014, 25.
[95] Kuhl 2014, 25.
[96] Deist 1966, 359.

Einschwören ihrer Gläubigen auf einen ehrenvollen Untergang. Diese Einstellung wurde offenbar auch von vielen Seeoffizieren geteilt.[97]

Der Publizist Sebastian Haffner sah daher nicht in den Matrosen die eigentlichen Meuterer. Vielmehr bezeichnete er das Vorhaben der Admiralität als „eine Meuterei der Flottenführung gegen die Regierung und ihre Politik".[98]

Der Armeebefehl führte zwei Tage später zur Entlassung Ludendorffs.

Am 29.10. erteilten SKL und das Kommando der Hochseestreitkräfte (KdH) der vor Wilhelmshaven versammelten deutschen Flotte den Befehl zum Auslaufen am folgenden Tag.

Die Revolution der Matrosen

Schon am selben Tag, am 29. Oktober, erhält das KdH um 22:00 Uhr erste Meldungen von „Ausschreitungen" auf den Schiffen des III. Geschwaders SMS König, SMS Markgraf und SMS Kronprinz, auf den Kleinen Kreuzern SMS Regensburg und SMS Straßburg sowie auf dem Linienschiff SMS Nassau. Auf Adolf von Trothas Vorschlag befiehlt der Flottenchef Franz von Hipper am 30. Oktober um 2:00 Uhr, den geplanten Vorstoß aufzugeben.[99]

Nun plant das KdH für die Nacht vom 31. Oktober auf den 1. November einen Vorstoß von Torpedobooten gegen die englische Ostküste.[100]

31. Oktober 1918

Offiziersmeldung 21:00 Uhr: „Meuterei in der Flotte! Mit Mühen auf den Schiffen unterdrückt."[101] Matrosen auf den Schiffen des I. Geschwaders SMS Thüringen und SMS Helgoland verweigern den Seeklarbefehl und begehen bis zum 31. Oktober Sabotageakte. Als Torpedoboote und ein U-Boot drohen, ihre Schiffe zu beschießen, geben sie auf. Mehrere hundert Matrosen werden verhaftet und nach Bremen-Oslebshausen gebracht.

1. November 1918

Der als Geschwaderchef unerfahrene Vizeadmiral Hugo Kraft schickt das III. Geschwader, das als Hauptunruheherd gilt, in den Heimathafen Kiel zurück und lässt während der Fahrt durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal 48 Matrosen und Heizer der SMS Markgraf verhaften.[102] Am Abend registriert die Kieler Polizei eine Versammlung von 250 Matrosen des III. Geschwaders im Gewerkschaftshaus, die die Freilassung ihrer Kameraden fordern

2. November 1918

Bis 19 Uhr versammeln sich etwa 600 Mann, die die Befreiung ihrer Kameraden fordern.

3. November 1918

Weitere 57 Matrosen der SMS MARKGRAF werden verhaftet sowie ein Stadtalarm angeordnet. Dieser hat jedoch nicht den erhofften Effekt und bis 17:30 versammeln sich ca. 6.000 Menschen, zumeist Matrosen, auf dem Exerzierplatz in Garden. Um 18:00 Uhr ziehen die Soldaten los, stürmen das Lokal *Waldwiese*, erbeuten Waffen und befreien Arrestanten. Kurz vor 19 Uhr wird der

---

[97] Kuhl 2014, 10.
[98] Haffner, Sebastian: Der Verrat. 2002, 43.
[99] https://de.wikipedia.org/wiki/Kieler_Matrosenaufstand.
[100] Ebd.
[101] Lübcke, Christian: Zehn Tage im November. In: Kinzler & Tillman 2018, 97, auch die folgenden Ereignisse.
[102] https://de.wikipedia.org/wiki/Kieler_Matrosenaufstand.

Demonstrationszug durch eine Abteilung der Ausbildungskompanie blutig gestoppt. Admiral Souchon meldet nach Altona und Berlin, dass man in Kiel Herr der Lage sei.

4. November 1918

Bereits um 2 Uhr kommt es zu neuen Unruhen. Als Reaktion fordert Souchon Unterstützung aus Altona an. Zur gleichen Zeit treten die Arbeiter der Germaniawerft und der Torpedowerkstatt in Streik. Um 13 Uhr, nachdem die Loyalität der I. Marinedivision immer fraglicher wird, kündigt auch die I. Torpedodivision an, sich der Bewegung anzuschließen.

Um 13:45 meldet der Stadtkommandant: „Die militärischen Machtmittel zur Unterdrückung der Meuterei sind erschöpft, es stehen keine sicheren Truppen mehr zum Einsatz zur Verfügung.“ Souchon stimmt 14:10 den Verhandlungen mit den Matrosen zu. Gegen 15 Uhr geht die Masse der Marineverbände an Land zu den Aufständischen über. Souchon muss die Forderungen der Matrosen nach Freilassung der Verhafteten und auf Unterlassung eines weiteren Flottenvorstoßes akzeptieren.

Weitere Heeresverstärkungen, die aus Schleswig und Kiel eintreffen, werden am Abend entwaffnet oder schließen sich der Bewegung an. Die Zahl der Meuterer ist auf 20.000 angewachsen. Inzwischen treffen der Abgeordneten Noske von der MSPD und der Staatssekretär Conrad Haußmann von der Fortschrittlichen Volkspartei in Kiel ein. Bei der Sitzung am Abend werden die „14 Kieler Punkte“ ausformuliert.

5. November 1918

Nachdem die Stadt Kiel in der Hand der Meuterer ist, werden ab 07:30 alle Schiffe, teils gewaltsam, unter Kontrolle gebracht und auf ihnen die rote Flagge gehisst. Im Laufe des Tages organisieren sich die Soldaten zu einem zentralen Kieler Soldatenrat. Am Vormittag nimmt ein zu gleichen Teilen aus USPD und MSPD zusammengesetzter Kieler Arbeitsrat seine Arbeit auf und unterstellt sich sämtliche zivile Verwaltungsbehörden. Zahlreiche Offiziere werden durch Matrosen entwaffnet und verhaftet, der Kieler Stadtkommandant Heine erschossen. Ein eilig gebildeter Sicherheitsdienst versucht die Ordnung in der Stadt wieder herzustellen.

6. November 1918

In Kiel normalisiert sich die Lage, aber die Bewegung erfasst im Laufe des Tages ganz Schleswig-Holstein, Hamburg, Wismar, Rostock, Schwerin, Cuxhaven und Bremen. „In Kiel versucht sich Noske an die Spitze der neuen Bewegung zu setzen und zugleich die Arbeiter- und Soldatenräte in ihren Forderungen und Aktionen abzubremsen.“[103]

7. November 1918

Noske wird neuer Gouverneur für Kiel, der örtliche Vorsitzende der USPD Vorsitzender des Soldatenrates.

> *Noske schwächt den Soldatenrat jedoch in der Folge erheblich, indem er als eine seiner ersten Amtshandlungen einen Großteil der Kieler Matrosen beurlaubt. Damit sorgt er zwar einerseits für eine deutliche Entspannung der Lage in Kiel, gleichzeitig verbreitet sich nun die Kieler Bewegung über das Reichsgebiet*.[104]

8. November 1918

Mit der zunehmenden Schwächung der Garnison verhindert Noske die Schaffung eines neuen Obersten Soldatenrates als Exekutivorgan, indem er einen Vorstoß der Engländer auf Kiel vorgibt.

---

[103] Lübcke, Christian: Zehn Tage im November. In: Kinzler & Tillman 2018, 102.
[104] Ebd.

9. November 1918

Schrittweise übernehmen die Offiziere wieder alte Aufgaben. Es beginnt „bereits an dieser Stelle eine Entwicklung, die die Strukturen der Verbände schrittweise in alte antidemokratische Bahnen zurückführt“.[105]

10.November 1918

Das III. Geschwader kehrt nach Kiel zurück; die Offiziere wurden durch die Mannschaften entwaffnet. Teile der beurlaubten Besatzungen werden zurückgerufen und die Desarmierung der Schiffe und U-Boote beginnt.

11.November 1918

Der Waffenstillstand wird geschlossen.

Die Revolution auf Reichsebene

Die SPD hatte immer „die Überwindung des herrschenden politischen und ökonomischen Systems“ propagiert.[106]

> *Als der Kollaps des Kaiserreiches im Herbst 2018 eintrat, hatte die Partei kein genuin sozialdemokratisches Konzept für die Zukunft. Ihre beiden Kernziele, die Etablierung einer Regentschaft oder Reichsverweserschaft (die mit dem 9. November obsolet geworden war) und die Wahl einer verfassunggebenden Nationalversammlung als Ausgangspunkt für eine parlamentarische Demokratie, knüpften an die bürgerliche Revolution von 1848/49 an. Diese Kernpunkte waren nicht originell, aber sie waren die einzigen, die mehrheitsfähig waren, und sie blieben ohne echte Alternative*.[107]

9. November 1918

Der sozialdemokratische Staatssekretär Philipp Scheidemann ruft um 7 Uhr in der Reichskanzlei an und fragt, ob der Kaiser schon zurückgetreten sei. „Noch nicht“, war die Antwort. Dieser hat am Abend zuvor dem Reichskanzler Prinz von Baden gedroht, sofern man „nicht anderen Sinnes“ werde: „So komme ich mit meinen Truppen nach Berlin und schieße die Stadt zusammen.“

Elf Arbeiterkolonnen aus den Industrievierteln im Norden und Osten der Reichshaupstadt setzen sich in Marsch auf das Stadtzentrum.

Preußens Kriegsminister Heinrich Scheüch ruft aus Furcht, dass die Demonstration in die Revolution umschlagen könnte, zur Verteidigung auf: „Alles kommt darauf an, daß wir Berlin halten. So lange das gelingt, ist nichts verloren.“

Riesige Demonstrationszüge, teils bewaffnete radikale Arbeiter, teils auch nur Frauen und Kinder mit roten Fähnchen, aber auch viele Schaulustige, rücken immer weiter ins Stadtzentrum vor. Als Soldaten und Demonstranten aufeinandertreffen, erscheint die Konfrontation unvermeidlich. Denn noch haben die Regierungstruppen Befehl, von der Schusswaffe Gebrauch zu machen. Aber es fallen keine Schüsse sondern es kommt zu Verbrüderungsszenen und die Soldaten schließen sich den Demonstranten an. So bricht in Berlin in kürzester Zeit das Militärsystem zusammen.

---

[105] Ebd., 103.
[106] Braun, Bernd: Friedrich Ebert. Er schritt voran. In: Zeit online, 14.11.2018; https://www.zeit.de/2018/47/friedrich-ebert-spd-demokratie-parteigeschichte/komplettansicht.
[107] Ebd.

Als gegen Mittag der Kaiser immer noch nicht abgedankt hat, erklärt Prinz Max von Baden eigenmächtig den Rücktritt von Kaiser Wilhelm II. „Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Throne zu entsagen.“ Wenig später empfängt der Prinz die Sozialdemokraten und appelliert an Ebert, das Reichskanzleramt zu übernehmen. Friedrich Ebert sagt zu: „Es ist ein schweres Amt aber ich werde es übernehmen.“ Er verspricht auch, dass die künftige Staatsform einer Nationalversammlung überlassen werden solle.

Ebert, ein Mann mit organisatorischem Talent, taktischem Geschick und strategisches Kalkül, gepaart mit einem ausgeprägten Machtinstinkt[108], ist seit 1913 Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei in Deutschland. Vom Elternhaus ist er geprägt von einem ausgeprägten Sinn für Ordnung. Bei ihm zuhause galt es Disziplin zu üben. „Pünktlich zu Tisch, geordnetes und geregeltes Leben, absolutes Einhalten der höheren Orts aufgestellten Hausordnung“.[109] Ebert hat, wie Golo Mann es später ausdrückt, den „unerschütterlichen Glauben eines deutschen Handwerkermeisters an die Ordnung.“[110] Und doch tut man ihm Unrecht, wenn man in dieser Phase nicht erkennt, was hinter seinem Drang nach Ordnung steckt. So sagt er ein paar Tage später:

> *Unsere erste Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, daß die Ordnung in jeder Beziehung aufrechterhalten bleibt, sonst können wir die geordnete Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln nicht betreiben*.[111]

Wie wichtig ihm die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung ist, zeigt sich drei Tage später bei einem Gespräch mit Joseph Koeth, dem Leiter der Demobilisierungsbehörde.

> *Das ist nun die Stunde der Machtübernahme, die sich so viele dereinst als Fest und Jubelstunde geträumt hatten: Der Existenzdruck von 70 Millionen meist hungernder und verzweifelter Menschen senkt sich auf einige wenige Menschen herab.*[112]

Sofort appelliert Ebert an seine Mitbürger, wie es zu ihm am besten passt:

> *Mitbürger!*
> *Der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden hat mir unter Zustimmung der sämtlichen Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriff, die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden und werde daher über das Ergebnis der Öffentlichkeit in Kürze berichten.*
> *Die neue Regierung wird eine Volksregierung sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen Volke den Frieden schnellstens zu bringen und die Freiheit, die es errungen hat, zu befestigen.*
> *Mitbürger! Ich bitte Euch alle um Eure Unterstützung bei der schweren Arbeit, die unser harrt, Ihr wisst, wie schwer der Krieg die Ernährung des Volkes, die erste Voraussetzung des politischen Lebens bedroht.*
> *Die politische Umwälzung darf die Ernährung der Bevölkerung nicht stören.*
> *Es muss die erste Pflicht aller in Stadt und Land bleiben, die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhr in die Städte nicht zu hindern, sondern zu fördern.*
> *Nahrungsmittelnot bedeutet Plünderungen und Raub, mit Elend für alle! Die Ärmsten würden am schwersten leiden, die Industriearbeiter am bittersten getroffen werden. Wer sich an Nahrungsmitteln oder sonstigen Bedarfsgegenständen oder an den für ihre Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergreift, versündigt sich aufs schwerste an der Gesamtheit.*

---

[108] Braun, Bernd: Friedrich Ebert. Er schritt voran. In: Zeit online, 14.11.2018, 3.
[109] So sein Sohn Karl in: Friedrich-Ebert-Stiftung: Friedrich Ebert 1871-1925 - Vom Arbeiterführer zum Reichspräsidenten; http://library.fes.de/fulltext/historiker/00211005.htm.
[110] Malanowski, Wolfgang: November 1918:“Kartoffeln - keine Revolution“, Spiegel, 47/1968, 122.
[111] Ebert an Walter Oehme. Aus: Käppner 2017, 245.
[112] Ebert: Private Schriften. Aus: Käppner 2017, 248.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle dringend: Verlasst die Straßen! Sorgt für Ruhe und Ordnung!
Berlin, den 9. November 1918
Der Reichskanzler gez. Ebert[113]

Noch am selben Tag appelliert er an die deutschen Beamten:

Die neue Regierung hat die Führung der Geschäfte übernommen, um das deutsche Volk vor Bürgerkrieg und Hungersnot zu bewahren und seine berechtigten Forderungen auf Selbstbestimmung durchzusetzen. Diese Aufgabe kann sie nur erfüllen, wenn alle Behörden und Beamten in Stadt und Land ihr hilfreiche Hand leisten. Ich weiß, dass es vielen schwer werden wird, mit den neuen Männern zu arbeiten, die das Reich zu leiten unternommen haben, aber ich appelliere an ihre Liebe zu unserem Volke. Ein Versagen der Organisation in dieser schweren Stunde würde Deutschland der Anarchie und dem schrecklichsten Elend ausliefern. Helft also mit mir dem Vaterlande durch furchtlose und unverdrossene Weiterarbeit ein jeder auf seinem Posten, bis die Stunde der Ablösung gekommen ist.[114]

Doch die Massen lassen sich nicht mehr zur Ordnung rufen. Überall bilden sich Arbeiter- und Soldatenräte. Das Oberkommando, das Haupttelegraphenamt, Rathäuser und Polizeiwachen werden von Soldaten und Arbeitern besetzt, Zeitungsredaktionen erobert und Häftlinge aus den Gefängnissen befreit. Am Alexanderplatz kapituliert Polizeipräsident von Oppen im Polizeipräsidium.

Als General von Linsingen, der Oberkommandierende in den Marken zur Mittagszeit dem Kriegsminister meldet, dass die größte Zahl der Truppen nicht mehr zuverlässig seien, erhält er um 13:25 Uhr die Antwort, dass von der Schusswaffe Gebrauch gemacht werden solle zum Schutz des Lebens und des Eigentums der Bürger. Doch von Linsingen sieht ein, dass es zwecklos ist und erteilt Schießverbot.

Eduard Bernstein, der Vordenker des „revisionistischen“ Flügels der Sozialdemokratie und selbst aktiv als Redner an den Ereignissen des 9. November 1918 beteiligt, schildert das folgende Geschehen so:

Mittlerweile rückte der Nachmittag heran. Auf dem Platz vor dem Reichstag hatten sich ungeheure Züge von Arbeitern und Soldaten, denen sich ein nicht minder zahlreiches gemischtes Publikum zugesellt hatte mit wehenden roten Fahnen und Plakaten, auf denen die Worte »Frieden! Freiheit! Brot!« standen, aufgestellt, eine unabsehbare singende und rufende Menschenmenge.[115]

Als Scheidemann, der gerade mit Ebert über einer Suppe sitzt, von fünfzig Arbeitern und Soldaten, die in die Kantine stürzen, aufgefordert wird, dass er herauskommen und reden soll, ruft Scheidemann gegen 14 Uhr spontan und ohne Rücksprache mit Ebert vom Balkon die Republik aus. Über den Text der Rede kursieren verschiedene Versionen, so dass hier die offiziell anerkannte des Journalisten Jesse-Klingenberg zitiert wird:

Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das alte Morsche ist zusammengebrochen; der Militarismus ist erledigt! Die Hohenzollern haben abgedankt! Es lebe die deutsche Republik!

Der Abgeordnete Ebert ist zum Reichskanzler ausgerufen worden. Ebert ist damit beauftragt worden, eine neue Regierung zusammenzustellen. Dieser Regierung werden alle sozialistischen Parteien angehören. Jetzt besteht unsere Aufgabe darin, diesen glänzenden

---

[113] Parteiarchiv SPD, Flugblatt, zit. nach Ritter/Miller a. a. O., 79 f.
[114] Reichsanzeiger vom 12. November 1918, zit. nach Wolfgang Malanowski, Novemberrevolution 1918. Die Rolle der SPD, Frankfurt 1969, 148.
[115] Bernstein, Eduard (1921). Die deutsche Revolution: ihr Ursprung, ihr Verlauf und ihr Werk. Bd 1, 33.

Sieg, diesen vollen Sieg des deutschen Volkes nicht beschmutzen zu lassen, und deshalb bitte ich Sie, sorgen Sie dafür, dass keine Störung der Sicherheit eintrete! Wir müssen stolz sein können, in alle Zukunft auf diesen Tag! Nichts darf existieren, was man uns später wird vorwerfen können! Ruhe, Ordnung und Sicherheit, das ist das, was wir jetzt brauchen! Dem Oberkommandierenden in den Marken und dem Kriegsminister Scheüch werden je ein Beauftragter beigegeben. Der Abgeordnete Genosse Göhre wird alle Verordnungen des Kriegsministers Scheüch gegenzeichnen. Also es gilt von jetzt ab, die Verfügungen, die unterzeichnet sind von Ebert, und die Kundmachungen, die sind gezeichnet mit den Namen Göhre und Scheüch, zu respektieren. Sorgen Sie dafür, dass die neue deutsche Republik, die wir errichten werden, nicht durch irgendetwas gefährdet werde! Es lebe die deutsche Republik![116]

Tausende werfen die Arme in die Luft und jubeln: „Hoch“[117]

Später wird Scheidemann sagen, dass er Liebknechts Proklamation der Sozialistischen Revolution zuvorkommen wollte, aber das ist ungewiss. Beweggrund sei für ihn gewesen, dass er die Situation klar vor Augen gehabt habe.

Wir erinnerten uns auch einer Rede Lenins, gehalten schon Anfang April 1918 in Petersburg: »Die Stunde naht, in der alle Völker auf ein Zeichen Karl Liebknechts sich erheben werden!« Nun war die Situation klar zu erkennen, wir kannten seine Forderung!: »Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten!« - Deutschland also eine russische Provinz, eine Sowjetfiliale? Tausendmal Nein! Kein Zweifel: Wer jetzt die Massen vom Schloß her »bolschewistisch« oder vom Reichstag zum Schloß hin »sozialdemokratisch« in Bewegung bringt, der hat gesiegt! Ablösung der zaristischen Schreckensherrschaft durch die bolschewistische? Nein! Nein! Nur nicht auch das noch in Deutschland nach alle dem anderen Elend![118]

Als er zurückkehrt, herrscht ihn Ebert an:

Du hast kein Recht, die Republik auszurufen. Was aus Deutschland wird, ob Republik oder was sonst, das entscheidet eine Konstituante.

Gegen 16 Uhr steht Karl Liebknecht auf dem Balkon des Kaiser-Schlosses und ruft noch eine Republik aus:

Wer von euch die freie sozialistische Republik Deutschland und die Weltrevolution erfüllt sehen will, erhebe seine Hand zum Schwur.

Alle, die unten stehen, erheben die Hand. So haben die Deutschen, die in der Mehrheit überhaupt keine Republik möchten, plötzlich zwei davon: eine „deutsche“ und eine „sozialistische“. Dies ist ein Spiegelbild dessen, was in der kommenden Zeit immer wieder zur Entscheidung steht: Parlamentarische Demokratie nach westlichem Muster oder eine sozialistische Räterepublik nach dem Muster der russischen Oktoberrevolution. Oder auch Mehrheitsherrschaft oder Klassenherrschaft, Souveränität beim gesamten Staatsvolk oder Souveränität beim Proletariat, Kompromiss und Koalition oder Diktatur, Gewaltenteilung oder Interessenidentität bei Exekutive, Legislative und Justiz, freies Mandat oder imperatives Mandat,[119] Freiheit und Wohlstand oder „all animals are equal – but some animals are more equal than the others“[120]. Und es ist die große

[116] Deutscher Bundestag: Die Republikproklamation am 9. November 1918 durch Philipp Scheidemann, WD 1 - 3000 - 034/18, 2018, 6.
[117] Malanowski, Wolfgang: November 1918:“Kartoffeln - keine Revolution“, Spiegel, 47/1968, 122.
[118] Scheidemann 2002, 100.
[119] Rätesystem oder parlamentarische Demokratie; https://www.zum.de/Faecher/G/BW/abbl/weimar/raete.htm.
[120] Bezug zu Orwell, George: Animal Farm, 1945.

Entscheidung, wird es zur Herrschaft nach dem Willen der Mehrheit des deutschen Volkes kommen oder zur Herrschaft nach dem Willen einer Minderheit. Einer verschwindenden Minderheit.

Zuerst versucht Ebert Prinz Max von Baden in Berlin als *Reichsverweser* zu behalten, aber dieser lehnt ab.

Daraufhin beginnt Ebert mit der USPD über einen Eintritt in sein Kabinett zu verhandeln. Jedoch Parteichef Haase ist in Hamburg statt Berlin und der Spartakist Liebknecht stellt die Bedingung: „Alle exekutive, alle legislative und alle richterliche Gewalt bei den Arbeiter- und Soldatenräten."

> *Karl Liebknecht und Rosa Luxemburgs Spartakisten forderten den Räte-Staat:*
>
> - *Übernahme der sämtlichen militärischen und zivilen Behörden durch Vertrauensmänner des Arbeiter- und Soldatenrates;*
> - *Übergabe aller Verkehrsanstalten, der Fabriken und Banken an die Beauftragten der Arbeiter- und Soldatenräte;*
> - *Auflösung des Reichstags und aller Parlamente;*
> - *Entlassung des Reichskanzlers" aller Minister und Staatssekretäre sowie aller Beamten, die sich nicht in den Dienst des sozialistischen Volkes stellen.*[121]

Die Spartakisten stellen jedoch nur eine kleine Minderheit in der USPD dar. Die Mehrheit der USPD lehnt den Rätestaat ab. Ein fertiges Programm haben sie aber genauso wenig wie die Spartakisten, die im Verbund mit den Revolutionären Obleuten zwar schon geheime Waffenlager angelegt und revolutionäre Kader in den Großbetrieben gebildet haben, die aber erst am 11. November mit der Revolution losschlagen wollten.

In den Verhandlungen mit der MSPD fordern sie, dass Deutschland „eine soziale Republik“ sein soll. Mit der Forderung geht die MSPD konform. Die weiteren Forderungen der USPD gehen jedoch der MSPD zu weit.

> "*In dieser Republik", so die USPD, "soll die gesamte exekutive, legislative und jurisdiktionelle Macht ausschließlich in den Händen von gewählten Vertrauensmännern der gesamten werktätigen Bevölkerung und der Soldaten sein." Dazu die SPD: "Ist mit diesem Verlangen die Diktatur eines Teils einer Klasse gemeint, hinter dem nicht die Volksmehrheit steht, so müssen wir diese Forderung ablehnen." Die USPD verlangte, alle Bürgerlichen aus der Regierung zu entfernen. Die SPD widersprach: Das würde "die Volksernährung erheblich gefährden, wenn nicht unmöglich machen".* [122]

Da eine Einigung nicht möglich ist, wird die eine Entscheidung auf den Folgetag bis zur Ankunft von Haase vertagt.

Die Karlsruher Zeitung weiß am 10.11. noch nichts von der revolutionären Veränderung sondern schreibt:

> *Die Fortschrittliche Volkspartei , das Zentrum und die Mehrheit der Nationalliberalen stimmen darin überein, wobei aber vor allem die Nationalliberalen den höchsten Wert darauf legen, im Interesse der nationalen Einheit an dem deutschen Kaisertum festzuhalten.*
>
> *In politischen Kreisen war gestern abend das Gerücht verbreitet, daß der Kanzler Prinz Max von Baden zum Reichsverweser, Prinz August Wilhelm als Regent von Preußen, sowie*

[121] Malanowski, Wolfgang: November 1918:“Kartoffeln - keine Revolution“, Spiegel, 47/1968, 129.
[122] Ebd. 129.

Vizekanzler v. Payer als Reichskanzler und Staatssekretär Scheidemann als Vizekanzler ausersehen sei.[123]

10. November 1918

Kaiser Wilhelm begibt sich ins holländische Exil.

Die Waffenstillstandsbedingungen der Entente werden bekannt (u. a. die Räumung aller besetzten Gebiete sowie von Elsaß-Lothringen innerhalb von 15 Tagen).

Überall in Berlin werden an die Stelle der zuvor spontan gebildeten Vertretungen Räte gewählt, die nach dem Willen der Revolutionären Obleute am Nachmittag im Zirkus Busch die Macht übernehmen sollen. Geplant ist von den Obleuten, die Regierung Ebert abzusetzen und die Revolution auf einen linksradikalen Kurs zu bringen.

Jedoch einigen sich am Morgen Eberts Sozialdemokraten und Haases Unabhängige auf eine gemeinsame paritätisch besetzte Regierung, so dass sie den Räten zuvorkommen. Beide Seiten müssen Zugeständnisse machen. Die USPD akzeptiert Bürgerliche in der Regierung und die MSPD, dass alle politische Gewalt „in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte“ liege.

Ebert bildet rasch ein Kabinett, um den Räten am Nachmittag zuvorzukommen. Für die MSPD gehören Friedrich Ebert (Inneres und Militär), Philipp Scheidemann (Finanzen) und Otto Landsberg (Presse – und Nachrichtenwesen) dem Kabinett an, für die USPD Hugo Haase (Äußeres und Kolonien), Wilhelm Dittmann (Demobilisierung und Gesundheitswesen) und Emil Barth (Sozialpolitik).

Barths Plan, am Nachmittag eine Gegenregierung mit Hilfe der revolutionären Obleute und Spartakisten zu installieren, obwohl er Kabinettsmitglied ist, kontern die Sozialdemokraten, indem Otto Wels die MSPD-treuen Räte zusammenruft und sie auf eine Forderung nach paritätischer Besetzung des Vollzugsrats einschwört. Bei den Wahlen zu den Arbeiter- und Soldatenräten erringen die MSPD-nahen Räte eine klare Mehrheit, auch weil die Soldatenräte mehrheitlich nicht linksradikal orientiert sind. Eine Mehrheit für MSPD-nahe Entscheidungen ist somit gesichert.

Um 17 Uhr wird die Versammlung von 3.000 in den Berliner Betrieben und Kasernen gewählten, Vertretern der Arbeiter und Soldaten eröffnet. Barth teilt ihnen mit, dass Deutschland eine „sozialistische Republik“ geworden ist und Ebert gibt bekannt, dass sich MSPD und USPD auf eine gemeinsame Regierung geeinigt haben. „Kein Bruderkampf“ ruft er aus und erhält brausenden Beifall.

Barths Versuch, den Vollzugsrat des Großberliner Arbeiter- und Soldatenrats, der die Volksbeauftragten kontrollieren soll, ausschließlich mit Revolutionären Obleuten und Spartakisten zu besetzen, scheitert an der sozialdemokratischen Mehrheit, die „Parität“ und „Einigkeit“ verlangen.

Als oberster Souverän proklamiert der Arbeiter- und Soldatenrat die „Deutsche Sozialistische Republik“, bestätigt die sechs Mitglieder der MSPD/USPD Regierung als „Rat der Volksbeauftragten“, der vom 10. November 1918 bis zum 13. Februar 1919 als provisorische Regierung Deutschlands amtiert und den Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik gestaltet, bestimmt Ebert und Haase zu dessen Vorsitzenden und wählt den paritätisch zusammengesetzten Vollzugsrat zur Kontrolle der Regierung.

Am Ende stehen die 24 Mitglieder mehrheitlich der MSPD nahe, da er aus sieben Linkssozialisten, sieben Sozialdemokraten und 14 Soldaten besteht. Der Vollzugsrat gilt zwar als oberstes Organ der Republik, in Wirklichkeit wird er aber bedeutungslos bleiben.

[123] Karlsruher Zeitung vom 10.11.1918.

Regiert wird Deutschland bis zur Nationalversammlung durch die sechs Volksbeauftragten, die quasi über diktatorische Gewalt verfügen, ohne Kontrolle durch ein Parlament.

Otto Wels (MSPD) wird Stadtkommandant, Emil Eichhorn (USPD) Polizeipräsident von Berlin.

Am Abend ist das Reich zwar eine „sozialistische Republik“ geworden, aber die breite Mehrheit der gemäßigten Sozialisten hat sich gegen die linksradikale Minderheit durchgesetzt.

> *In Wirklichkeit blieb es, was es schon vor dem 9. November 1918 geworden war: eine bürgerliche Demokratie*.[124]

Dass letztendlich keine „sozialistische“ Republik bei der Revolution herausspringt, mag für Sozialisten bedauerlich sein. Die Mehrheit des deutschen Volkes hätte sie aber nicht gewollt. Und aus heutiger Sicht, haben bürgerliche Demokratien zu mehr Menschenrechten und zu mehr Wohlstand geführt als sozialistische.

Aber nun beginnen die ersten Fehler der Regierenden. Zugegebenermaßen wird das aus späterer Sicht kommentiert und niemand weiß, wie er entschieden hätte, wäre er selber vor der Verantwortung gestanden, aber die Folgen dieser Entscheidungen sind bremsend für den weiteren Revolutionsverlauf, sie sind nachteilig für die Demokratie und, was das Schlimmste ist, sie tragen zum Untergang der Weimarer Republik, die hier auf dem Papier noch gar nicht existiert, wesentlich bei.

Die Volksbeauftragten bestimmen, dass sechs der zehn Staatssekretäre im Amt bleiben. Nur zwei Reichsämter werden mit Sozialdemokraten besetzt. August Müller erhält das Reichswirtschaftsamt, Gustav Bauer das Reichsarbeitsamt, das er aber schon seit 4.10. unter Prinz Max hat.

Der preußische General Schëuch, der noch am 9.11. die Revolution mit Waffengewalt stoppen wollte, lehnt frech und kategorisch seine Demission ab. Aber statt ihn von der Stelle weg zu verhaften, darf er unverständlicherweise Kriegsminister bleiben und so sein Unwesen treiben. Außenminister wird ebenso unverständlich der Monarchist Wilhelm Heinrich Solf. Und an die Spitze des neu geschaffenen Reichsamtes für Demobilisierung, eine Erfindung der Schwerindustrie, wird der bayrische Oberst Joseph Koeth berufen. Wie gewünscht von den Schwerindustriellen, kann so ihr Wirtschaftszweig vor der drohenden Sozialisierung bewahrt werden. Ihr Dank wird nicht der Demokratie gelten.

Rückblickend kann man nicht nachvollziehen, warum die Sozialisten nicht mehr und entscheidende Posten mit ihren sicherlich qualifizierten Männern besetzt haben. Doch wie sagt später Ebert:

> *Das konnten wir sechs Mann allein nicht schaffen; hätten wir die erfahrenen bisherigen Leiter der Reichsämter entfernt, dann wären wir in einigen Tagen am Ende unseres Lateins gewesen.*[125]

Kaum vorstellbar, dass ein für parlamentarische Demokratien normaler Austauschprozess damals nicht gelungen wäre.

Am Abend kommt es durch ein Telefongespräch zum verhängnisvollen Pakt mit dem Militär, als General Wilhelm Groener im Namen der Obersten Heeresleitung Ebert anruft.

> *Beide waren an der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung interessiert, beide waren Gegner der Revolution und des Bolschewismus, beide wollten eine disziplinierte und gehorsame Armee als Ordnungsmacht aufrechterhalten.*[126]

---

[124] Malanowski, Wolfgang: November 1918:“Kartoffeln - keine Revolution“, Spiegel, 47/1968, 132.
[125] Käppner 2017, 251. Zit. nach Elben: Problem, 33

Aufgrund der Bedeutung dieses Paktes werden wir später noch ausführlicher darauf eingehen.

11. November 1918

In dem berühmten Eisenbahn-Salonwagen wird der Waffenstillstand in Compiègne zwischen dem Deutschen Reich und den beiden Westmächten Frankreich und Großbritannien geschlossen und beendet die Kampfhandlungen im Ersten Weltkrieg.

Die Waffenstillstandsbedingungen werden verheerende Folgen für die Weimarer Republik haben.

12. November 1918

Aufruf des Rats der Volksbeauftragten an das deutsche Volk vom 12. November 1918:

> *An das deutsche Volk!*
> *Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Sie verkündet schon jetzt mit Gesetzeskraft folgendes:*
> *1. Der Belagerungszustand wird aufgehoben.*
> *2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.*
> *3. Eine Zensur findet nicht statt. Die Theaterzensur wird aufgehoben.*
> *4. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei.*
> *5. Die Freiheit der Religionsausübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.*
> *6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergeschlagen.*
> *7. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen.*
> *8. Die Gesindeordnungen werden außer Kraft gesetzt, ebenso die Ausnahmegesetze gegen die*
> *Landarbeiter.*
> *9. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt.*
> *Weitere sozialpolitische Verordnungen werden binnen kurzem veröffentlicht werden. Spätestens am 1. Januar 1919 wird der achtstündige Maximalarbeitstag in Kraft treten. Die Regierung wird alles tun, um für ausreichende Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Eine Verordnung über die Unterstützung von Erwerbslosen ist fertiggestellt. Sie verteilt die Lasten auf Reich, Staat und Gemeinde.*
> *Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wird die Versicherungspflicht über die bisherige Grenze von 2500 Mark ausgedehnt werden. Die Wohnungsnot wird durch Bereitstellung von Wohnungen bekämpft werden.*
> *Auf die Sicherung einer geregelten Volksernährung wird hingearbeitet werden.*
> *Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrechterhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen.*
> *Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen; direkten allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.*
> *Auch für die Konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung noch erfolgen wird, gilt dieses Wahlrecht.*

---

[126] Bernecke, Walter L.: Die Revolution 1918/19. Von der Monarchie zur Republik, 95. http://popp-sport.de/02%20Geschichtsunterricht/12%20Pruefung/11%20Mat%20Pruef/PDF%20ZSF/02%20Rev1918%20+%20von%20Mon%20z%20Rep.pdf.

Die Karlsruher Zeitung berichtet von der Umwälzung in Berlin:

> *Hier hat die Revolution einen glänzenden, fast unblutigen Sieg errungen…Es herrscht ungeheurer Jubel und große Begeisterung*.[127]

Bezüglich des Waffenstillstandes, der in der Zeitung Vorrang vor der Revolution hat, warnt sie aber:

> *Die deutschen Gesandten im Haag und in Brüssel berichten, daß nach ganz zuverlässigen Nachrichten aus Ententekreisen die Entente mit einem bolschewistischen Deutschland keinen Frieden schließen würde, weil sie in einem solchen Staate keine Regierungsgewalt finden würde, deren Autorität und Dauer genügend verbürgt sein würde Die Entente würde sich berufen fühlen, in diesem Falle in Deutschland einzumarschieren und in Deutschland Ordnung zu schaffen.*[128]

15. November 1918

Der Vorsitzende der Unternehmerverbände Hugo Stinnes und der Gewerkschaftsvorsitzende Carl Legien (MSPD) schließen ein Abkommen, in dem die Gewerkschaften als *berufene Vertretung der Arbeiterschaft* und das Prinzip der *kollektiven Tarifverträge* anerkannt werden, in dem der Acht-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich beschlossen wird sowie die Wiedereinstellung der demobilisierten Soldaten verabredet wird. Ein bedeutender sozialpolitischer Erfolg. Aber gegen Verzicht auf Sozialisierung. Mitentscheidend sind hier die Gewerkschaftsführer, die die Arbeiterräte als lästige Konkurrenz empfinden.

Der als linksliberal geltende Hugo Preuß[129] wird zum Staatssekretär im Reichsamt des Inneren berufen und mit dem Entwurf einer *Reichsverfassung* beauftragt.

16. bis 21. Dezember 1918

Im preußischen Abgeordnetenhaus in Berlin tagt *der Erste Allgemeine Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands*. Reichsweit ist auf je 200.000 Einwohner bzw. je 100.000 Soldaten ein Delegierter gewählt worden.

Um zu verstehen, was man unter den Räten versteht, sei es kurz erklärt. Die aufständischen Massen schufen sich eigene Vertretungsorgane, im Wesentlichen „Soldatenräte“ und „Arbeiterräte“.

> *Die „Soldatenräte“ traten nicht an die Stelle, sondern neben die alte militärische Struktur. Die jeweiligen militärischen Führungsinstanzen erkannten sie durchweg an und sagten Zusammenarbeit zu. In den Soldatenräten waren vielfach auch Offiziere vertreten, vor allem aber mittlere Ränge. Von der sozialen Zusammensetzung her war das kleinbürgerliche Element mindestens so stark vertreten wie das proletarische. Es kann daher nicht verwundern, dass die Soldatenräte innerhalb der revolutionären Bewegung eher auf dem rechten Flügel standen.*
>
> *Die „Arbeiterräte“, deren Bildung im allgemeinen von einem Generalstreik begleitet war, wurden teilweise, wie in einer Reihe großer Städte, in den Betrieben gewählt, häufiger aber gingen sie aus einer Absprache der örtlichen Parteiführungen von SPD und USPD hervor, teils unter Einschluss von Freien Gewerkschaften, manchmal auch nichtsozialistischer Arbeitnehmer-Organisationen. [...] Normalerweise schlossen sich Soldatenrat und Arbeiterrat am jeweiligen Ort zum „Arbeiter- und Soldatenrat“ zusammen, der als oberste Machtinstanz fungierte. Faktisch hatte er vor allem die Polizeigewalt inne. Die alte Verwaltung wurde in der*

[127] Karlruher Zeitung vom 12.11.1918 (No. 264).
[128] Ebd., Weitere Nachrichten.
[129] Hugo Preuß, * 28.10.1860 in Berlin; † 9.10.1925 ebd., Mitbegründer der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und von Februar bis Mai 1919 Reichsinnenminister im Kabinett Scheidemann; tritt mit ihm aus Protest gegen die Annahme des Versailler Vertrags zurück; von ihm stammt der Begriff "Obrigkeitsstaat“.

Regel mit der Weiterarbeit beauftragt; der Arbeiter- und Soldatenrat beschränkte sich meist auf die (in ihrem Ausmaß allerdings sehr unterschiedliche) Kontrolle ihrer Tätigkeit.[130]

Daneben bilden sich auch nichtproletarische sogenannte „Bürgerräte“ bei denen sich bürgerliche, kleinbürgerliche und bäuerliche Bevölkerungsgruppen „der Räteform bedienen, um sich gegenüber der jetzt vorherrschenden Arbeiterbewegung zu artikulieren und zu behaupten“.[131]

Die große Mehrheit der Arbeiter steht der MSPD nahe, eine Minderheit folgt dem gemäßigten Flügel der USPD, und nur eine kleine aber lautstarke Minorität sympathisiert mit den äußersten Linken und dem Spartakusbund. Es besteht aber die Angst, dass wie in Russland diese Minorität gewaltsam die Macht an sich reißen könnte.

Das Übergewicht der SPD verstärkte sich durch die massive Unterstützung von Seiten der Soldatenbewegung und von Teilen der Mittelschichten.[132]

Der Kongress führt eine Grundsatzdebatte über die Vor- und Nachteile des Rätesystems und der parlamentarischen Demokratie sowie über den richtigen Zeitpunkt der Wahl einer verfassunggebenden Nationalversammlung.[133]

Die Mehrzahl der gewählten Delegierten steht, wie gerade beschrieben, überwiegend auf Seiten der gemäßigten Linken. Von den insgesamt 490 Räten – 406 Arbeiterräte und 84 Soldatenräte – stellen die Anhänger der MSPD 298 Delegierte, die USPD 101 Delegierte und der Spartakusbund ist mit 10 Delegierten vertreten. Somit spiegelt sich in der Zusammensetzung des Rätekongresses das Meinungsbild über die zukünftige Ausrichtung des Staates wider.

Für die MSPD-Mitglieder im Rat der Volksbeauftragten gibt es nur die Wahl zwischen „Demokratie“ und „Bolschewismus“. Sie strebten insofern eine demokratisch gewählte Nationalversammlung an, die damit das Ende der Rätebewegung bedeuten würde.

Diese parlamentarisch-demokratische und staatsbezogene Grundeinstellung der Sozialdemokraten resultierte - abgesehen von taktischen, auch außenpolitisch bedingten Überlegungen - aus ihrer praktischpolitischen Haltung: Sie sahen ihre politischen Zielsetzungen mit der Einführung von parlamentarischer Demokratie und. allgemeinem Wahlrecht erreicht.[134]

Die Mehrheitsverhältnisse stehen insofern Richtung Nationalversammlung und gegen ein Rätesystem. Hinzu kommt eine brillante Rede des Sozialdemokraten Max Cohen-Reuß, der sich kämpferisch für die Nationalversammlung und für einen früheren Termin, 19. Januar statt 16. Februar einsetzt. So verwundert es nicht, dass der Antrag, das Rätesystem zur Grundlage der Verfassung der deutschen sozialistischen Republik zu machen und den Arbeiter- und Soldatenräten die höchste gesetzgebende und vollziehende Gewalt zuzuschreiben, mit breiter Mehrheit von 344 zu 98 Stimmen abgelehnt wird. 400 Delegierte stimmen für und 50 gegen die Nationalversammlung. Damit entmachten die Räte sich selber.

Es ist das demokratische und entscheidende Aus für ein Rätesystem in Deutschland. Doch leider ist dies für Teile der linken Minderheit nicht akzeptabel, so dass ihre ab Dezember angezettelte *Zweite Revolution* und deren Niederschlagung mittels Freikorps die junge Republik entscheidend schwächt.

---

[130] Brandt 2008, 12.
[131] Ebd.
[132] Ebd.
[133] Sturm, Reinhard: Vom Kaiserreich zur Republik 1918/19, 2011; https://www.bpb.de/izpb/55949/vom-kaiserreich-zur-republik-1918-19?p=all.
[134] Bernecke, Walter L.: Die Revolution 1918/19. Von der Monarchie zur Republik, 98.

Und auch heute noch wird von manchen Autoren der verpassten Chance zur Verwirklichung eines Rätesystems nachgetrauert. Jedoch beruht das von Däumig entwickelte *reine Rätesystem* auf einer Illusion, wie Winkler klar darstellt:

> *Es ging von der Annahme aus, in einer hochentwickelten arbeitsteiligen Industriegesellschaft könnten die Massen auf Dauer mobilisiert werden, um die Mandatsträger ständig zu überwachen. Da die wenigsten Arbeitnehmer die freie Zeit hatten, die erforderlich war, um diese Aufgabe zu erfüllen, war abzusehen, daß das „reine Rätesystem" bald zur Herrschaft einer kleiner werdenden, privilegierten Minderheit über die große Mehrheit werden würde. Schlimmer noch: die Beseitigung der „bürgerlichen" Gewaltenteilung zwischen Gesetzgebung, Regierung und Rechtsprechung machte die Räteherrschaft faktisch unkontrollierbar. Mochten manche Anhänger des „reinen Rätesystems" auch eine Parteidiktatur, wie sie sich in Sowjetrußland unter dem Deckmantel der Räteregierung bereits herausgebildet hatte, verabscheuen, so waren ihre Vorstellungen von direkter Demokratie doch durch nichts davor gefeit, einer höchst undemokratischen Wirklichkeit den Weg zu ebnen.*[135]

Entscheidend aber ist, was vielfach heute vergessen wird, und an das Winkler auch erinnert:

> *Da das deutsche Volk seit einem halben Jahrhundert auf Reichsebene das allgemeine gleiche Wahlrecht für Männer besaß, war es für die große Mehrheit der Arbeiter undenkbar, daß eine demokratische Revolution diese demokratische Errungenschaft wieder abschaffte. Die Revolution sollte mehr und nicht weniger Demokratie bringen: Das war der eindeutige Wille der großen Mehrheit des ersten deutschen Rätekongresses.*[136]

Angenommen wird der Antrag der MSPD, bis zur Regelung durch die Nationalversammlung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt dem Rat der Volksbeauftragten zu übertragen und diesen nicht mehr durch den Berliner Vollzugsrat, sondern durch einen vom Kongress zu wählenden *Zentralrat der Deutschen Sozialistischen Republik* zu kontrollieren. In diesem Gremium ist dann nur die MSPD vertreten, da der radikale linke Flügel der USPD den Boykott der Wahlen zum Zentralrat durchsetzt, weil der Zentralrat keine Gesetzgebungsbefugnis erhält. Im 17 Mitglieder umfassenden Zentralrat sitzen folglich ausschließlich Mehrheitssozialdemokraten. Die Volksbeauftragten der Unabhängigen verlieren durch den Beschluss ihrer Fraktion die Arbeitsgrundlage.[137] Das Ende der Zusammenarbeit zwischen den beiden Linksparteien kündigt sich an.[138]

Die Wahl zur verfassunggebenden Nationalversammlung wird auf den frühestmöglichen Termin (19. Januar 1919) festgesetzt. In der Übergangszeit solle ein Zentralrat die Aufgaben des Rätekongresses übernehmen, wobei sich diese meist darauf beschränken, die Entscheidungen des Rates der Volksbeauftragten abzuwinken.

Die Volksbeauftragten werden angewiesen, „mit der Sozialisierung aller hierzu reifen Industrien, insbesondere des Bergbaus, unverzüglich zu beginnen". Dies wird aber abgeschwächt, dass der Beginn erst stattfinden soll, nachdem eine Expertenkommission aus Wirtschaftswissenschaftlern, Unternehmern und Arbeitervertretern die notwendigen Einzelheiten ausgearbeitet hätte, was nichts anderes als eine Vertagung bedeutet.

Der Vollzugsrat solle die militärische Kommandogewalt selbst übernehmen und für die „Zertrümmerung des Militarismus" und die „Abschaffung des Kadavergehorsams" sorgen. Sichtbar wird hier ein parteiübergreifender Konsens über eine sofortige strukturelle Demokratisierung von

---

[135] Winkler 1993, 51.
[136] Ebd.
[137] Ebd., 53.
[138] Sturm, Reinhard: Vom Kaiserreich zur Republik 1918/19, 2011.

Heer, Verwaltung und Wirtschaft.[139] Jedoch Ebert, „der sich eine andere Ordnung als die alte nicht vorzustellen vermag“[140], wird sich hier auf die Seite der OHL schlagen (wir kommen noch dazu, s. die postrevolutionäre Gewalt) und die Bildung einer Revolutionsarmee verschleppen bzw. nicht fördern.

Mit der Entscheidung für die Nationalversammlung löst Ebert sein Versprechen gegenüber Prinz Max von Baden ein, dass allein diese über die Zukunft Deutschlands entscheiden werde. Aber sie steht auch in der schon 1863 von Ferdinand Lassalle begründeten SPD-Tradition, das allgemeine Wahlrecht und die Demokratie anzustreben.[141]

Doch die Mehrheitssozialdemokraten bleiben ihrer Devise, dass man der Nationalversammlung nicht vorgreifen dürfe, treu und verschleppen die Reformbeschlüsse des Rätekongresses. Mit dieser Politik enttäuschen sie Teile ihrer Anhängerschaft und bringen die radikale Linke noch mehr gegen sich auf. Daher sind sie, „um die Macht zu behaupten, immer stärker auf die alten Mächte angewiesen – vor allem auf das Militär“[142]. Die Folgen der Radikalisierung links werden zum erneuten Bruch zwischen MSPD und USPD führen - und zum Blutvergießen.

Erst als der der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, eine Art gesamtdeutscher Rätekongress, das Rätesystem im Dezember mit großer Mehrheit ablehnt und die Einberufung der Nationalversammlung zur Beratung und Verabschiedung einer neuen Verfassung beschließt, ist die Frage entschieden, Rätesystem oder Demokratie.

> *Damit war Scheidemanns eigenmächtiger Schritt vom 9. November im nachhinein sanktioniert, der auf einen entschiedenen Bruch mit der Monarchie wie auch auf die Ablehnung aller rätestaatlichen Experimente nach dem Modell der russischen Oktober-Revolution von 1917 zielte, während etwa Ebert die konstitutionelle Monarchie präferierte.*[143]
>
> *Tatsächlich hat sich die im Regierungshandeln bis 1918 unerfahrene SPD aus eigener staatstragender Überzeugung wie durch Druck von außen plötzlich in die politische Verantwortung für etwas drängen lassen, was andere verursacht hatten. Sie mußte auf der Makroebene gegen den Widerstand der alten Führungsschichten des Kaiserreiches eine neue Gesellschaft aufbauen, die neue politische Verfassung mit Leben füllen, vor dem Hintergrund der aus der Kriegsfinanzierung resultierenden rasant wachsenden Inflation die Kriegs- in die Friedenswirtschaft überführen und gleichzeitig die harten außenwirtschaftlichen und Reparations-Forderungen des Versailler Friedensvertrages erfüllen. Im Alltag mußten die kriegsmüden Soldaten in die Heimat zurückgeführt und in das Arbeitsleben reintegriert werden, die wilden Aufstände und spontanen Streiks calmiert und die Versorgung der Bevölkerung mit dem Nötigsten erreicht werden. Kurzum, eine Aufgabe, die selbst von versiertesten Fachleuten mit langjährigen Erfahrungen kaum gemeistert werden konnte.*[144]

Die neue Regierung steht vor der Riesenaufgabe, die Waffenstillstandsbedingungen zu erfüllen, das Heer zurückzuführen und zu demobilisieren, die Soldaten wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern, die Wirtschaft von Kriegs- auf Friedensbedürfnisse umzustellen und an erster Stelle, das Volk zu ernähren. Gerade der letzte Punkt ist ein der MSPD ganz wichtiges Anliegen, so dass sie Bündnisse mit Partnern eingeht, die sie vorher nicht eingegangen wäre. Die aber ihr und der Weimarer Republik zum Verhängnis werden sollen.

---

[139] Ebd.
[140] Malanowski, Wolfgang: November 1918:“Kartoffeln - keine Revolution“, Spiegel, 48/1968, 127.
[141] Ebd., 122.
[142] Ebd.
[143] Crohn Klaus-Dieter, Einleitung zu: Scheidemann, Philipp: Das historische Versagen der SPD, 15.
[144] Ebd., 16.

Bei all diesen Aufgaben muss sie auf das Militär und den Beamtenapparat zurückgreifen, sie benötigt die Mitarbeit von Unternehmern und Gewerkschaften und sie ist auf die Mithilfe der Landwirtschaft angewiesen.

Der große sozialdemokratische Theoretiker Eduard Bernstein erklärte 1921 in seinem Buch *Die deutsche Revolution, ihr Ursprung, ihr Verlauf und ihr Werk*, warum die Revolution in Deutschland gemäßigter verlaufen war, wie bei anderen großen Revolutionen. Zum einen war die Gesellschaft in Deutschland ausgebildeter gewesen wie in anderen Ländern, so dass sich Maßnahmen, die auf ihre radikale Umwälzung abzielten, weniger vertrugen wie in rückständigeren Ländern. Deutschland war industrieller und nicht mehr so landwirtschaftlich entwickelt wie z. B. Russland oder Frankreich zur Zeit derer Revolutionen. So bestand deshalb aufgrund dieser Gliederung und Arbeitsteilung und Zusammenarbeit der Organe die „Gefahr schwerer Schädigung ihrer Lebensmöglichkeiten, wenn versucht wird, sie mit Anwendung von Gewaltmitteln in kurzer Zeit in Bezug auf Form und Inhalt radikal umzubilden".[145]

> *In Agrargesellschaften kann sich die Mehrheit der Bevölkerung mit den lebenswichtigen Gütern eine Zeitlang selbst versorgen. Eine radikale Auswechslung des Staatsapparates ist in solchen Gesellschaften möglich, ohne daß ein wirtschaftliches und soziales Chaos ausbricht. Anders in komplexen, arbeitsteiligen Industriegesellschaften. Die Mehrheit ist hier von den Dienstleistungen des Staates und der Kommunen so existentiell abhängig, daß ein Zusammenbruch des öffentlichen Dienstes das Leben der Gesellschaft insgesamt lähmen muß.*[146]

Die „maßgebenden Führer der Sozialdemokraten" hatten dies „aus Einsicht in die tatsächlichen Verhältnisse begriffen und ihr Praxis in der Revolution danach eingerichtet".[147]

Zum anderen war in Deutschland schon solch ein Grad an Demokratie erreicht, Gesetze und Maßnahmen lagen schon auf der Linie des Sozialismus, so dass „selbst das kaiserliche Deutschland auf diesen Gebieten mit politisch fortgeschritteneren Ländern sich messen konnte" und deshalb „schon die einfache Demokratisierung der vorhandenen Einrichtungen einen großen Schritt zum Sozialismus hin bedeutete"[148].

So war das Kaiserreich schon so weit demokratisiert, eine verbriefter Anspruch auf politische Teilhabe gegeben, so dass es nur noch um eine Erweiterung dieses Rechts ging, nicht mehr um ihre Beschränkung.

> *Der Ruf nach „Diktatur des Proletariats" mochte in einem Polizeistaat wie dem russischen Zarenreich auf fruchtbaren Boden fallen. In einem Land, das seit einem halben Jahrhundert einen aus allgemeinen gleichen Wahlen hervorgegangenen Reichstag kannte, ließ sich allenfalls eine Minderheit der Arbeiterschaft für diese Parole gewinnen*.[149]

Kurzgefasst war Deutschland laut Bernstein schon bei der Revolution für eine radikale Umwälzung „zu industrialisiert und zum anderen zu demokratisch".

> *Selbst die Figur Eberts wurde ins Zwielicht der Kritik gerückt, und zwar nicht nur in der sowjetischen oder überhaupt der kommunistischen historischen Literatur, sondern auch in manchen historischen Darstellungen, die in der Bundesrepublik erschienen sind. Wenn man aber die Protokolle der Sitzungen des Rats der Volksbeauftragten liest, kann man sich nicht dem Eindruck entziehen, daß die Situation wirklich verzweifelt war, wenn die Regierung, von*

[145] Winkler 1993, 13.
[146] Ebd.
[147] Ebd.
[148] Ebd..
[149] Winkler 1993, 15.

revolutionären Kräften der extremen Linken bedrängt, sich an ihre eigenen Anhänger mit dem Ruf um Hilfe wandte und kaum jemand kam, der dem Ruf folgte.[150]

Die Revolution in Baden

In jedem Bundessstaat des deutschen Kaiserreiches lief die Revolution 1918 unterschiedlich ab.

Die Umstürze in Kiel und Berlin hatten Auswirkungen auf die Peripherie, aber sie wurden nicht zentral geleitet oder gar koordiniert.

Der ab 3. Oktober 1918 regierende letzte Reichskanzler, Prinz Max von Baden, damals noch Präsident der Ersten Kammer in Baden, feierte am 22. August 1918 den 100. Jahrestag der badischen Verfassung von 1818, in dem er in einer Ansprache die „Ausgewogenheit zwischen monarchischer Exekutive, Volksvertretung und Volk“ in dieser Verfassung lobte, „dem die Mobherrschaft der westlichen Demokratie revolutionären Ursprungs gegenüberstehe“[151].

> *Erst unter dem Eindruck der reichspolitischen Reformen, die Max von Baden in der Verwirklichung seines Regierungsprogramms auf den Weg brachte, beraumte Staatsminister Bodman für den 19. Oktober 1918 eine Versammlung der badischen Parteiführer an, auf der von allen Seiten schnelle Reformen gefordert wurden, um die wachsende politische Unzufriedenheit im Volk zu dämpfen. Bodman betrieb dabei eine Politik der Teilzugeständnisse und stellte die Bereitschaft der Regierung zur Einführung des Proportionalwahlsystems in Aussicht. Der weitergehenden Forderung der Sozialdemokraten und der Linksliberalen nach Aufnahme von Vertrauensmännern der Zweiten Kammer in die Regierung – also nach einer Teilparlamentarisierung des politischen Systems –, wich er aus. Auch die sofortige Einberufung des Landtags lehnte der Staatsminister ab. Die SPD bekräftigte daraufhin ihren Forderungskatalog in der Öffentlichkeit: die Abschaffung der Ersten Kammer, das Proportionalwahlverfahren für die Zweite Kammer, die Demokratisierung des Kommunalwahlrechts und die Bildung einer verantwortlichen Regierung aus Vertrauensmännern des Volkes – diese letzte Forderung griff schon über die schrittweise Modernisierung der bestehenden konstitutionellen Ordnung hinaus und hätte einen politischen Systemwechsel bedeutet. Erst als Ende Oktober und in den ersten Novembertagen die Stimmen lauter wurden, die das sofortige Kriegsende und die Abdankung Kaiser Wilhelms II. forderten, lenkte die badische Regierung ein. Am 3. November erklärte sich die Regierung bereit, Gesetzentwürfe über die Einführung des Proportionalwahlverfahrens und die Demokratisierung des Kommunalwahlrechts vorzulegen*.[152]

Die Zugeständnisse kamen jedoch zu spät und reichten vor allem den Sozialdemokraten nicht weit genug, um die politische Lage zu entschärfen.

> *Gerade weil Baden von allen deutschen Bundesstaaten bereits am meisten einer bürgerlich-parlamentarischen Monarchie britischen Typs ähnelte, wurde die Notwendigkeit nicht gesehen, die Reform der Verfassung zu beschleunigen.*[153]

Dies führte zur paradoxen Situation, dass „gerade das fortschrittliche Musterländle die Verfassungsreform im Herbst 1918 ausgesprochen langsam betrieb“[154].

---

[150] Erdmann, Karl Dietrich: Rätestaat oder parlamentarische Demokratie, Kopenhagen, 1979, 17.
[151] Brandt &Rürup 1991, 70; Zit. nach G. Bradler/F. Quarthal: Von der Ständeversammlung zum demokratischen Parlament, 181.
[152] Engehausen & Weber 2018, 17.
[153] Brandt & Rürup 1991, 70.

Bei den Sozialdemokraten herrschte nun die Meinung vor, „daß Minister von Bodman nur soweit geht, als er geschoben wird, und daß es sich nicht darum handelt, daß Vertreter der beiden Kammern mit der Regierung zusammenarbeiten, sondern darum, daß die Regierung von Vertrauensmännern des Volkes gebildet wird und die Staatsgewalt in die Hände des Volkes hinübergeleitet werde". So rekapitulierte der Landtagsabgeordnete Ludwig Marum (SPD) rückschauend die Lage Anfang November 1918. Bezüglich des Großherzogs habe er selbst damals den Standpunkt vertreten, „daß es im ureigensten Interesse der Krone liege, zu erkennen, daß das Volk sich selbst regieren will. Die Krone solle sich auf das Altenteil ihrer monarchischen Ehrenrechte freiwillig beschränken, sonst werde die Frage der Staatsform brennend werden. Das war damals meine Auffassung, ich habe nicht gedacht, daß es zur Republik kommen werde".[155]

Was dann folgte, war die „Revolution auf badisch"[156,] zwar revolutionärer Aufruhr, aber die Revolution verlief „mit gebremstem Schaum", oder, „wie man es in Baden zutreffenderweise formulieren würde, mit echt badischer Gelassenheit"[157]. „Bürgerkriegsähnliche Zustände"158 wie in Berlin, in den Industriehochburgen oder wie in Bayern, „gab es im liberalen Baden nicht".

7. November 1918

Während in den badischen Zeitungen mehr über die Vorgänge im geographisch näheren Österreich als in Norddeutschland berichtet wird, erscheint in der Mannheimer *Volksstimme* und im Karlsruher *Volksfreund* ein Artikel von Ludwig Marum[159], „der für Baden die Übernahme der Regierung durch Vertrauensmänner des Volkes und die umgehende Reform der Verfassung im demokratischen Sinne verlangt[e]"[160].

Ausgesprochen diszipliniert verläuft eine Arbeiterversammlung des größten Karlsruher Industriebetriebs, der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken AG.

8. November 1918

Eine sozialdemokratische Vertrauensmännerversammlung fordert den sofortigen Rücktritt der Regierung und eine rasche Einberufung des Landtages zum Zwecke der Wahl einer parlamentarischen Regierung. Mit der Berufung einer „Volksregierung" durch den Großherzog erhofft sich Marum eine Umwandlung der badischen konstitutionellen Monarchie in eine parlamentarische, wie sie schon seit dem 25.10. im Reich besteht. Zu diesem Zeitpunkt ist bereits in München die bayrische Monarchie gestürzt. Gleichzeitig wird die Arbeiterschaft ermahnt, im eigenen Interesse überall Ruhe und Ordnung zu wahren und nur auf Weisungen von der Leitung der

---

[154] Ebd.
[155] Engehausen & Weber 2018, 18.
[156] Wimmer 2009, 86.
[157] Ebd., 87.
[158] Ebd.
[159] Ludwig Marum,* 5.111882 in Frankenthal, Pfalz; † 29.03. 1934 im KZ Kislau bei Bruchsal, ermordet von SA- und SS-Leuten, Rechtsanwalt und SPD-Politiker, Justizminister in der provisorische Landesregierung von Baden nach der Revolution, nach der Wahl zur Badischen Verfassunggebenden Nationalversammlung Mitglied der Verfassungskommission, von 1919 bis 1928 Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag der Republik Baden, seit 1928 auch im Reichstag; am 16.05.1933, dem Tag der Eröffnung des Nazi-beherrschten Landtags in Baden, wurden Marum, der bei den Nationalsozialisten als Jude und prominenter Sozialdemokrat besonders verhasst war, der frühere badische Staatspräsident Adam Remmele und fünf weitere führende badische Sozialdemokraten in einer groß inszenierten Schaufahrt auf die offene Ladefläche eines Polizei-LKW verfrachtet und in einem entwürdigenden Zug unter Begleitung von SA- und SS-Männern vorbei an tausenden Karlsruher Bürgern durch die Stadt gefahren.
[160] Brandt & Rürup 1991, 71.

Gesamtpartei zu hören.[161] „In der Reichshauptstadt wie in Baden geht es der SPD-Führung am 8. November immer noch darum, den Aufstand zu verhindern.“[162]

Während es in der USPD Vorbereitungen für einen Aufstand gibt, die Ausrufung des Generalstreiks gemäß dem Plan der Berliner Revolutionären Obleute für den 11. November auszurufen, ist die badische MSPD „weder konzeptionell noch organisatorisch auf die Militärrebellion vorbereitet“[163]. „Wie in Baden werden die Revolutionsvorbereitungen von der spontanen Massenbewegung überholt.“[164]

So hat der Aufstand in Baden am selben Tag schon begonnen. Am Morgen kommt es in Lahr zu einer unbewaffneten Demonstration und zur Wahl eines siebenköpfigen Soldatenrats durch das nichtbadische Ersatzbataillon 171. Eine aus Freiburg angeforderte Maschinengewehr-Abteilung des Infanterie-Regiments 113 schließt sich der Bewegung an. Die Forderungen der Soldaten gleichen den Kieler Forderungen, u. a. Freilassung aller politischen Gefangenen, vollständige Rede- und Pressefreiheit, sachgemäße Behandlung der Mannschaften durch Vorgesetzte, keine mit Blutvergießen verbundenen Schutzmaßnahmen, Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung nur durch den Soldatenrat.[165]

Inzwischen verbreitet sich die Nachricht von der Revolution in München. Daraufhin nehmen die Offiziere um General von Bock „nach längerem Sträuben die soldatischen Forderungen an“.[166]

9. November 1918

In der Nacht gibt es in Offenburg einen Demonstrationszug des Ersatzbataillons 172 zur Kaserne des Ersatzbataillons 170, das zur Teilnahme aufgefordert wird. Ein Soldatenrat wird gebildet, Militärgefangene werden befreit und am Morgen der Bahnhof, die Post und die Banken besetzt.

In Lahr kommt es zu einer Vollversammlung der Soldaten der Garnison von ca. 5.000-6.000 Teilnehmern. Am Abend erhebt sich die größte Garnison im Land in Rastatt. Die Kompanie E111 beginnt mit der Wahl eines Soldatenrats, dem sich innerhalb kurzer Zeit alle Truppenteile anschließen. Rathaus, Bezirksamt, Post und Reichsbank werden besetzt und Waffen-und Lebensmitteldepots gesichert. Gegen Mitternacht haben „die Aufständischen die militärische Gewalt in Händen“[167].

Am Morgen bildet sich aus Soldaten und Arbeitern in provisorischer Arbeiter- und Soldatenrat, die die öffentliche Gewalt übernehmen, den Bahnhof besetzen und an- und abreisende Soldaten entwaffnen. Gegen Mittag sind Post und andere wichtige Gebäude besetzt und politische Gefangene aus dem Militärgefängnis befreit.[168]

Die Forderung der Umwandlung der badischen konstitutionellen Monarchie in eine parlamentarische soll Anton Geiß übermitteln,

> *der sich für den Nachmittag des 9. November bei Bodman anmeldet und mithilfe Marums Vertreter des Zentrums sowie der Links- und der Nationalliberalen dazu bewegen kann, ihn zur Audienz beim Staatsminister zu begleiten. Dort ist die Überraschung groß, als Bodman verkündet, dass das Gesamtministerium bereits den Großherzog um Annahme seines*

[161] Ebd.
[162] Ebd, 72, in Präsens gesetzt.
[163] Ebd.
[164] Ebd, in Präsens gesetzt, wie auch zukünftig, falls notwendig.
[165] Ebd., 73.
[166] Ebd.
[167] Ebd., 74.
[168] Ebd.

Rücktritts gebeten habe. Es amtiere jetzt nur noch geschäftsführend, bis der Landtag eine neue Regierung bestellen werde; nach Bodmans Plan solle dies am 15. November geschehen.[169]

Noch während der Sitzung kommt die Nachricht aus Mannheim, dass die Revolution ausgebrochen sei. Als Geiß am Morgen aus Mannheim abreiste, hatte er von der Bildung von Soldatenräten noch nichts mitbekommen. Die Verhandlungspartner trennen sich am Nachmittag unverrichteter Dinge.

Mit den Soldatenaufständen des 9. November in Mannheim und in Karlsruhe sind die Pläne der großherzoglichen Regierung, durch die Aufnahme von Vertretern der Mehrheitsparteien des Landtags in ein neues Kabinett die wachsende politische Unzufriedenheit zu dämpfen, obsolet geworden.[170]

Am Nachmittag werden, nachdem die Abdankung des Kaisers und der Umsturz in Mannheim bekannt werdn, in Offenburg und Lahr den Offizieren und Unteroffizieren ihre Säbel, Achselstücke und sonstige Abzeichen teils gewaltsam abgenommen.

In Karlsruhe haben sich am Morgen einige Soldaten an der MSPD-Stadtrat und Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes Heinrich Sauer gewandt, der aber aus beruflichen Gründen eine Beteiligung an einem Revolutionsrat ablehnt und die Soldaten an den MSPD-Parteivorstand verweist. Am Nachmittag verhandeln die Soldaten mit dem Geschäftsführer des MSPD-Organs Volksfreund Eugen Geck über eine Zusammenarbeit. Man ist sich einig, die Bewegung unter die Leitung der MSPD zu stellen.

Angesichts des Fehlens von weitergehenden strategischen Zielen der Soldatenräte, ergreifen die Sozialdemokraten die Initiative. So hält Marum später in seinen Memoiren fest:

Ich habe mir gesagt, den Soldaten, die nach meinem Eindruck lediglich gefühlsmäßig eine Revolte gemacht hatten, konnte man politische Dinge nicht zutrauen und nicht anvertrauen. Nachdem die Sache einmal soweit gediehen war, daß die tatsächliche Macht aus den Händen der bisherigen Machthaber in die Hände der Soldaten übergegangen war, war mein Gedanke, nun muß man dafür sorgen, daß die Parteien, die an die Macht wollen, auch tatsächlich an die Macht kommen; insbesondere die Parteien, welche den Umsturz der Machtverhältnisse auf gesetzmäßigem Wege wollten, mussten den Aufstand in politische Münze umschlagen.[171]

Für die badischen Sozialdemokraten zeichnet sich nun das weitere Vorgehen ab:

Es gilt, Einfluss auf die Soldatenräte zu gewinnen, sich selbst an die Spitze der Bewegung zu stellen und zugleich, wenn man den Umsturz auf „gesetzmäßigem Wege“ will, den Gesprächsfaden mit der faktisch entmachteten großherzoglichen Regierung nicht abreißen zu lassen.[172]

Der sozialdemokratische Verhandlungsführer Geiß kehrt nach Mannheim zurück, um sich ein Bild von der Lage in der Stadt zu machen, während sein Parteifreund Marum in Karlsruhe bleibt.

Um 18 Uhr findet auf dem Bahnhofsvorplatz in Karlsruhe eine allgemeine Soldatenversammlung statt. Zur gleichen Zeit sind vom Oberbürgermeister Karl Siegrist Vertreter aller Parteien mit Ausnahme der USPD und der Konservativen ins Rathaus eingeladen zur Konstituierung eines

[169] Engehausen & Weber 2018, 19. Aus Kontext- und Übersichtlichkeitsgründen wird das Imperfekt auch im Zitat als Präsens ohne weiteren Hinweis widergegeben.
[170] Ebd. 26.
[171] Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA KA) 233 27960: Schilderung der Begebenheiten vor und bei Beginn der Revolution durch Justizminister Marum, 2.12.1918, 9.
[172] Engehausen & Weber 2018, 21.

Wohlfahrtsausschusses[173], gedacht als „ausgesprochene Abwehr-Gründung gegen die beginnende Revolution“[174].

> *Marum, der rasch hinzukommt, hat den Eindruck, „als ob der Wohlfahrtsausschuss ziemlich ziel- und planlos sei“. Minimalkonsens sei die „Aufrechterhaltung der Ordnung“ gewesen; irgendwelche darüber hinausgehende „politische Ziele konnte der Ausschuss nach seiner Zusammensetzung gar nicht verfolgen, denn er ging bis ganz rechts hinüber zu den rechtsstehenden Nationalliberalen.*[175]

„Im Unterschied zu einem gleichnamigen Gremium in Mannheim kann der Karlsruher Wohlfahrtsausschuss die Entwicklung in den entscheidenden Tagen wesentlich mitbeeinflussen.“[176] Vorsitzender wird der schon erwähnte Heinrich Sauer, der Kontakt mit den demonstrierenden Soldaten aufnimmt und ihnen die Bildung eines Soldatenrats vorschlägt, der dann mit dem Wohlfahrtsausschuss zusammenarbeiten soll.

Interessant ist die Konstellation des dann gebildeten Soldatenrats. „Einen maßgeblichen Anteil der Sprecher der Soldaten stellen Mannheimer USPD-Mitglieder, die im Sommer 1918 strafweise eingezogen“ wurden und nun zur Karlsruher Garnison gehören. Landsturmmann Johann Brümmer, von Beruf Schmied, der im Januarstreik USPD-Führer und Sprecher der Mannheimer Arbeiter war, wird zum 1. Vorsitzenden gewählt und der Karlsruher USPD-Vorsitzende Hans Berkenkopf zum Schriftführer. Der Rat nennt sich Soldaten- und Arbeiterrat. Und das ohne Arbeiter, aber aufgrund der Arbeiterführer aus der USPD. Eine reguläre Wahl zum Soldatenrat findet erst am übernächsten Tag in den Kasernen statt.

Während Wohlfahrtsausschuss und Soldatenrat beraten, fangen andere Soldaten an, Gefangene zu befreien, Post und andere wichtige Gebäude werden besetzt, einer vom Stellvertretenden Generalkommando herbeigerufenem Spezialeinheit wird die Umkehr befohlen, so dass am späten Abend der Soldatenrat seine militärpolitischen Forderungen, die auch hier den Kieler Forderungen entsprechen, gegenüber dem Stellvertretenden Generalkommando durchsetzen kann.

Am selben Tag wird in Freiburg durch alle Truppenteile ein Soldatenrat gewählt, in Heidelberg, Ettlingen, Triberg, Donaueschingen werden weitere Soldaten-, bzw. Arbeiter- und Soldatenräte gebildet. In der Nacht folgen Bruchsal und Kehl, am Folgetag Pforzheim, Konstanz, Durlach, Villingen und Waldkirch, am 11.11. Breisach, Müllheim und Lörrach.[177]

In allen Fällen ergreifen die Soldaten die Initiative zum Umsturz. Ähnlich den Vorgängen in Kiel, ganz im Gegensatz zu denen in Berlin, wo der Aufstand von den Betrieben am heutigen Tag ausging, das Volk – aus demselben Anlass oder nur aus purer Neugierde - mitmarschierte und das Militär nicht dagegen eingriff und sich dann mit dem Volk verbündete.

Die Soldaten sind es in Baden, die revolutionäre Gremien in Gestalt von Soldatenräten gründen und die öffentliche Gewalt übernehmen.[178] Dies geschieht „zunächst meist unter nur geringer Beteiligung von Zivilisten“.[179] Die Gründungen von Arbeiterräten folgen erst mit „deutlichem zeitlichen Abstand“ gegenüber den Soldatenräten.[180]

---

[173] Der Wohlfahrtsausschuss (französisch Comité de salut public) wurde am 5. und 6. April 1793 während der Französischen Revolution vom Nationalkonvent als Ausschuss der öffentlichen Wohlfahrt und der allgemeinen Verteidigung eingerichtet. Er diente als Exekutivorgan des Nationalkonvents.
[174] Brandt & Rürup 1991, 76.
[175] Engehausen & Weber 2018, 26.
[176] Ebd.
[177] Brandt & Rürup 1991, 77.
[178] Ebd.
[179] Ebd.
[180] Ebd.

Die Zielsetzung der militärischen Umsturzbewegung kann man beispielhaft in einem an die Soldaten und Bürger der Garnisonstadt Breisach gerichteten Aufruf entnehmen, in dem versichert wird,

> *es gehe nicht schlechthin gegen die bisherige Ordnung, gegen die bisherigen Dienststellen der Führer derselben, sondern einzig und allein gegen den Militarismus mit seiner Verachtung der persönlichen Freiheit, gegen den brutalen Mißbrauch der zum Teil in junge Hände gelegten Macht*.[181]

Alle entscheidenden revolutionären Vorgänge ereignen sich in Baden zwischen dem 9. und 11. November.[182]

10. November 1918

In Mannheim wird am Morgen die revolutionäre Bewegung auf eine breite Basis gestellt, „als die Delegierten der beiden sozialistischen Parteien und der Soldaten zu gemeinsamer Beratung“[183] zusammentreten. Ein erweiterter Arbeiter- und Soldatenrat wird gebildet, der aus je 25 Vertretern von MSPD und USPD und 20 Soldaten besetzt ist. Dieser ergreift sofort „eine über Mannheim hinausreichende politische Initiative, indem er einstimmig die bereits gebildeten oder in Bildung begriffenen Arbeiter- und Soldatenräte der größeren badischen Städte auffordert, sofort die nötigen Schritte zu tun, um Baden als sozialistische Republik zu proklamieren und die Bildung einer Volksregierung in die Wege zu leiten“[184].

Dem in Karlsruhe gebildeten Soldatenrat war vom Wohlfahrtsausschuss empfohlen worden, mit ihm zusammenarbeiten.

> *Diese Zusammenarbeit trägt bereits am Vormittag des 10. November Früchte. Eine vierköpfige Kommission des Wohlfahrtsausschusses, bestehend aus Sauer, Marum, dem Zentrumspolitiker Gustav Trunk und dem Linksliberalen Ludwig Haas, verhandelt mit drei Vertretern der Soldaten, darunter der Gewerkschaftsfunktionär und USPD-Mann Hans Brümmer. Rasch wird eine provisorische badische Regierung „zur Welt“ gebracht. Eine der Grundsatzfragen ist, ob die USPD an der Regierung beteiligt werden soll. Hier sind sich die Beteiligten einig und Brümmer auch persönlich zum Eintritt bereit. Ein weiterer Punkt ist, wie die Verhandlungspartner zur Frage der Republik stehen. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien, Haas und Trunk, erklären, „daß sie im Augenblick wenigstens eine Republik noch nicht wollten“. Brümmer akzeptiert dies mit dem Hinweis, „daß man die Entscheidung dieser Frage einer Nationalversammlung überlassen könnte“. In den Personalfragen erzielt man ohne Probleme Einigkeit. In markantem Gegensatz zu den Vorgängen in Berlin, wo der Rat der Volksbeauftragten ausschließlich aus Mitgliedern der MSPD und der USPD gebildet wurde, konstituiert sich die badische vorläufige Volksregierung als eine Mehrparteienregierung unter Einschluss bürgerlicher Parteien. Die MSPD stellt fünf Mitglieder, die USPD, das Zentrum und die Liberalen je zwei.*“[185]

Am frühen Nachmittag wird Anton Geiß, ohne dass er es bis dahin wusste, von einem unbekannten Mann in Mannheim als „Ministerpräsident“ beglückwünscht. Er ist verwundert, in welcher kurzen Zeit in Karlsruhe sich eine Regierung bilden konnte, an deren Spitze er tritt.

Der Großherzog leistet keinen Widerstand gegen die Bildung dieser Regierung, erkennt sie aber verfassungsmäßig auch nicht an.

---

[181] Ebd., 78.
[182] Ebd., 77.
[183] Ebd,. 75.
[184] Ebd.
[185] Engehausen & Weber 2018, 26.

Die Bildung der *Badischen Vorläufigen Regierung* ist das

> *Ergebnis des Zusammentreffens zweier unterschiedlicher politischer Tendenzen: erstens natürlich – wie anderswo auch – der militärischen Umsturzbewegung der Soldaten und zweitens der spezifischen badischen Tradition einer auch die Sozialdemokratie einbeziehenden Kooperation zwischen den Parteien*.[186]

Die treibenden Kräfte bei der Regierungsbildung waren offenbar Ludwig Marum als wichtigster Sprecher der MSPD und Ludwig Haas von der FVP als herausragender Politiker im bürgerlichen Lager.[187] Man bemühte sich laut Marum darum, „Männer zu finden, die nach außen hin Namen in Baden *haben, und zu denen das Volk Vertrauen hatte"*[188]. Die Integrationsbemühungen führen dazu, dass die Ministerzahl deutlich von 4 auf 11 erhöht wird und nicht nur auf verschiedene Parteien verteilt wird, sondern auch die einzelnen Landesteile angemessen vertreten sind.

Mit 5 Mitgliedern ist die MSPD vertreten (Ministerpräsident Anton Geiß, Ludwig Marum für Justiz, Fritz Stockinger für Unterricht, Philipp Martzloff für Übergangswirtschaft und Wohnungswesen, Leopold Rückert für Verkehr), die USPD stellt zwei Ministerien (Johann Brümmer für militärische Angelegenheiten und Adolf Schwarz für soziale Fürsorge), das Zentrum zwei (Joseph Wirth für Finanzen, Gustav Trunk für Ernährung), die Fortschrittliche Volkspartei eines (Ludwig Haas Innenministerium) und die Nationalliberalen eines (Hermann Dietrich Außenministerium).

> *Es gehört zu den auffälligen Besonderheiten der Revolution in Baden, daß ein Mitglied der Nationalliberalen Partei, wenn auch des linken Flügels, als regulärer Ressortchef an der Bildung der neuen Regierung beteiligt wird.*[189]

Per 10. November 1918 wird verkündet, aber erst am 14. November im Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden veröffentlicht:

> *An das badische Volk!*
>
> *Wir geben bekannt, daß sich heute eine provisorische Regierung für Baden gebildet, welche die Macht übernommen hat*…[Aufgeführt werden dann die Personen der Regierung]
>
> *Die neue Regierung wird eine auf Grund des allgemeinen Wahlrechts hervorgegangen Landesversammlung darüber entscheiden lassen, welche Staatsform, ob Monarchie oder Republik für Baden maßgebend sein soll. Ohne Rücksicht darauf, wie diese Entscheidung ausfällt, soll Baden für die Zukunft ein Bestandteil des deutschen Reiches bilden.*
>
> *Wir fordern das badische Volk auf, den Anordnungen der neuen Regierung Folge zu leisten, und die Ruhe und Ordnung zu bewahren. Die Beamten bleiben in ihren Stellungen und haben in treuer Weise ihre Pflicht zu erfüllen.*
>
> *Die Soldaten werden aufgefordert, in die Kasernen zurückzukehren und den dienstlichen Anforderungen zu gehorchen, soweit sie nicht für den Soldatenrat in Anspruch genommen werden.*
>
> *Nur wenn diesem rufe Folge geleistet wird, ist es möglich, Ruhe, Ordnung und gute Verpflegung durchzuführen.*
>
> *Karlsruhe, den 10. November 1918.*[190]

---

[186] Brandt & Rürup 1991, 82.
[187] Ebd.
[188] Ebd., 83.
[189] Ebd.

Wie schon erwähnt, folgen die Arbeiterräte den Soldatenräten mit zeitlicher Verzögerung.

„In den badischen Städten und Gemeinden werden die Arbeiterräte in der Regel aus den bestehenden Partei- und Gewerkschaftsorganisationen heraus gebildet“[191], meist durch den Ortsverein der MSPD, die dann die Zusammenarbeit mit den Soldatenräten suchen, „um schon einen bestehenden Soldatenrat zu einem Arbeiter- und Soldatenrat zu erweitern“.[192]

So bestimmt am Abend in Freiburg eine außerordentliche Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins 26 Parteimitglieder zum Arbeiterrat.[193] Auch in Rastatt, Pforzheim und Ettlingen werden am 10.11. Arbeiterräte gegründet, am 11.11. folgen Karlsruhe, Triberg, Durlach. Am 12.11. wird in Lahr auf Antrag von MSPD, USPD und der Gewerkschaft der Soldatenrat erweitert, in Offenburg wird am 13.11. in einer von den Arbeiterorganisationen gemeinsam einberufenen Versammlung einen Arbeiterrat gewählt.

> *An vielen Orten ist man von Anfang darauf bedacht, christliche Gewerkschaftsmitglieder, Demokraten oder Parteilose, in einzelnen Fällen auch Zentrumsmitglieder, einzubeziehen*.[194]

Die USPD ist nur in den wenigsten Räten und dann meist schwächer als die MSPD vertreten.

Die Wahl oder Bestätigung dieser Arbeiter- oder Arbeiter- und Soldatenräte erfolgt „vielfach im Rahmen einer Vollversammlung oder der Abschlußkundgebung einer Demonstration, durch die den neuen Machtverhältnissen Ausdruck verliehen“[195] wird.

> *In den Tagen nach dem Novemberumsturz erfolgt die Bildung des Arbeiterrats in den kleineren Gemeinden häufig in der Form, daß – in der Regel auf Initiative des Arbeiter- und Soldatenrats im nächsten größeren Ort- die am Ort wohnenden oder tätigen Arbeiter zu einer offiziellen Gründungsversammlung eingeladen werden*.[196]

Auffallend ist, dass im Gegensatz zu den großen Industriestädten außerhalb Badens die Wahl eines lokalen Arbeiterrats durch die Arbeiterschaft eines Großbetriebes eher die Ausnahme bleibt.

11. November 1918

Zwischen der „Volksregierung“ und den Arbeiter- und Soldatenräten findet eine Verständigung statt.

> *In einer gemeinsamen Bekanntmachung wird die „Einrichtung der Soldatenräte“ von der Volksregierung „begrüßt und gutgeheißen“, während die inzwischen in einem „Landesausschuß badischer Arbeiter- und Soldatenräte“ konstituierten Soldatenräte sich mit der militärischen Gewalt, die in ihren Händen lag, „hinter die vorläufige Regierung“ stellen“.*[197]

Auf der einen Seite akzeptieren Zentrum und Linksliberale nur langsam die Regierungsbeteiligung – vor allem im Zentrum gibt es massive Widerstände -, auf der anderen Seite belastet das Bündnis mit diesen das Verhältnis der Sozialdemokraten zur USPD und den Soldatenräten. Diese drängen darauf, Baden als *sozialistische Republik* auszurufen und erklären, die Proklamation am 12. November selbständig vornehmen zu wollen. Weder das bürgerliche noch das sozialdemokratische Lager sind

---

[190] Karlsruher Zeitung vom 14.11.1918; https://digital.blb-karlsruhe.de/blbz/zeitungen/periodical/zoom/1829385.
[191] Ebd., 78.
[192] Ebd., 79.
[193] Ebd.
[194] Ebd.
[195] Ebd.
[196] Ebd.
[197] Engehausen & Weber 2018, 28.

dazu bereit, sondern wollen die Entscheidung der Nationalversammlung überlassen, auch wenn der Soldatenrat darauf hinweist, dass „die Regierung eigentlich erst die Macht habe und also zu Recht bestehe, seit der Soldatenrat in der gestrigen Versammlung sich hinter sie gestellt hätte“[198].

Zur Beilegung des Konfliktes und zur Klärung der Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Regierung und Arbeiter- und Soldatenräten wird eine Vertretung aller Arbeiter- und Soldatenräte nach Karlsruhe für den 14. November einberufen.

Am Abend zieht sich nach einer von einem einzelnen Soldaten, dem Obermatrosen Heinrich Klumpp aus Kiel, angezettelten Schießerei der Großherzog aus Karlsruhe zurück, nachdem Klumpp betrunken sich den „größten Lump von Baden“ schnappen wollte.

13. November 1918

Geiß als Präsident der vorläufigen badischen Volksregierung sucht zusammen mit dem seit drei Tagen im einstweiligen Ruhestand befindlichen Staatsminister Bodman den Großherzog Friedrich II im Schloss Zwingenberg auf. Geiß droht einerseits ein Beamtenstreik, wenn der Großherzog nicht die Beamten vom Treueid entbinde, andererseits drohen ihm die Arbeiter mit Generalstreik, wenn er die Republik nicht ausrufe. Aus dieser Zwickmühle befreit ihn nach langem Zureden durch Bodman Friedrich II, indem er auf die Regierungsgeschäfte verzichtet und die Beamten auffordert, „im Dienste des Staates zu bleiben und der vorläufigen Volksregierung ihren Dienst zum Wohle des ganzen Landes zu leisten“[199].

Noch glaubt der Großherzog an eine Wende und die Fortführung der Monarchie durch die verfassungsgebende Versammlung. Am 22.11. aber gibt er auf und verzichtet endgültig auf den Thron.

Geiß, der nun keinen Beamtenstreik und damit ein Zusammenbrechen der öffentlichen Ordnung zu befürchten hat, kann nun die von den Soldaten angestrebte Republik ausrufen, jedoch nicht die *sozialistische Republik* sondern die *freie Volksrepublik Baden*. Die endgültige Staatsform aber überlässt man der badischen Nationalversammlung.

Mit der Ausrufung der Republik ist ein Konfliktpunkt mit den Räten schon einmal ausgeräumt.

Aufgrund vieler lesenswerter Punkte, die die Befürchtungen als auch Hoffnungen in die Revolution widerspiegeln, soll ausführlich der Kommentar der Karlsruher Zeitung vom Tage widergegeben werden:

> *Die Dinge sind in einen Fluß geraten, von dessen Strömung wir nicht wissen, wo sie hinführt. Aufgabe eines jeden Deutschen, der sein Vaterland liebt, ist es, alles aufzubieten, damit diese Strömung nicht ins Verderben führt. Die Hoffnung, daß aus den entsetzlichen Wirrnissen dieser Zeit sich doch noch ein deutsches Reich erheben wird, das seine Bürger glücklich macht, diese Hoffnung wollen wir als aufrechte deutsche Männer um des Vaterlandes Willen nicht aufgeben.*
>
> *Inzwischen ist die Revolution im Reiche wie im badischen Lande zu einem gewissen Abschluß gelangt. In Berlin hat sich die neue Reichsregierung konstituiert, sie besteht lediglich aus Sozialdemokraten, und zwar aus Anhängern der beiden Richtungen.*
>
> *Wir haben in Zukunft nur noch von Richtungen zu sprechen, da eine eigene Partei der Unabhängigen nicht mehr besteht: sie hat sich vielmehr mit der Mehrheit wieder vereinigt.*

[198] Die Protokolle der Regierung der Republik Baden. 1. Bd.: Die provisorische Regierung November 1918–März 1919, bearb. von Martin Furtwängler, Stuttgart 2012, 4.
[199] Lebenserinnerungen Geiß, 54.

Die Regierung in Berlin ist eine provisorische: sie soll amtieren bis zum Zusammentritt sämtlicher Arbeiter - und Soldatenräte Deutschlands. Geleitet wird sie von zwei Männern: Haase und Ebert sind es, die den Vorsitz führen. Die Staatsform, innerhalb deren sich diese ganze Entwicklung vollzieht, ist die einer sozialistischen Republik. Die Träger der politischen Macht sind die Arbeiter- und Soldatenräte, und die betreffenden Regierungen sind ihre Beauftragten. Das gilt natürlich auch für uns in Baden. Auf dem flachen Lande sollen Bauernräte gebildet werden, die dieselben Ziele zu verfolgen hätten, wie die Arbeiter und Soldatenräte. Man will einen sofortigen Frieden herbeiführen, möge er aussehen, wie er wolle, da er noch immer besser sei als die Fortsetzung des ungeheuerlichen Massenschlachtens. Man verlangt ferner die Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel. Die neue Regierung hält einen solchen Schritt für ausführbar. Des weiteren erwartet man in Berlin, daß das Proletariat der anderen Länder nach deutschem Muster ebenfalls die Macht an sich reißen und eine Vergewaltigung des deutschen Volkes bei Abschluß des Friedens verhindern wird. Ganz unumwunden stellt sich die neue Regierung auf den Boden des Bolschewismus, indem sie erklärt, sie sei stolz, auf dem Wege der Revolution, den die russischen Arbeiter und Soldaten vorangeschritten sind, zu folgen, und sie sende der russischen Arbeiter- und Soldatenregierung ihre brüderlichen Grüße. Die Völkerrechtlichen Beziehungen zur russischen Regierung werden sofort wieder aufgenommen.

Der Streit um die Frage, ob wir bereits den Bolschewismus in Deutschland haben, ist somit einstweilen beendet. Die Reichsregierung zum mindesten ist bolschewistisch. Daran kann heute kein Zweifel mehr bestehen. Daß sie ihre kulturellen und wirtschaftlichen Ideale von dem russischen Bolschewismus übernimmt, ist selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich aber ist es auch, daß dieser deutsche Bolschewismus bei der Methode der Durchführung seiner Ideale die deutsche Methode befolgen wird, d. h. die Methode der Ordnung und der Achtung vor der Überzeugung und dem Leben der Mitmenschen.

Die neue Reichsregierung und die neuen Regierungen in den einzelnen Bundesstaaten haben eine Verantwortung übernommen, wie sie lastender und schwerer kaum je bestand. Wir dürfen von all den Männern, die die Geschicke des deutschen Volkes jetzt in der Hand halten, voraussetzen, daß sie mit klarem Blick, unbeirrbarer Konsequenz und festem Willen entschlossen sind, ihrer gewaltigen Aufgabe gerecht zu werden. Und aus dieser Überzeugung heraus erwächst für uns die unabweisbare Pflicht , uns hinter die Regierung zu stellen und ihr alle unsere Kräfte zu widmen, mit Treue und mit Hingabe , mögen auch viele die innerpolitischen Ziele der neuen Männer nicht billigen. Jetzt gilt es vor allem, die furchtbaren Zustände der Übergangszeit zu meistern, jetzt gilt es in erster Linie, die Anarchie und das Chaos zu vermeiden und die Ordnung, so gut es geht, aufrecht zu erhalten. Die neue Regierung ist sich dessen bewußt, daß sie hierbei auf die Mitarbeit aller Schichten des Volkes angewiesen ist. Ohne den bestehenden Beamtenapparat, ohne die bisherige Organisation unseres innerstaatlichen Lebens kann sie ihre Aufgabe nicht bewältigen. Es kommt alles darauf an, daß diese Organisation nicht mutwillig zerstört wird. Wir müssen Hand in Hand arbeiten und haben nicht danach zu fragen, wer die Führung augenblicklich in der Hand hat - wir wurden ja auch früher nicht danach gefragt. Die Hauptsache bleibt, daß überhaupt eine Führung vorhanden und daß diese Führung in zielbewußter Arbeit Gutes und Ordentliches leistet.

Die Ereignisse bei der Revolution selbst haben in uns das Vertrauen hervorgerufen, daß die neuen Männer wissen , was sie wollen, und daß sie redlich bestrebt sind, auf demokratischer Grundlage für das Wohl der Gesamtheit zu arbeiten. Ob dabei der obersten Forderung der Demokratie , nämlich der, daß die Mehrheit zu regieren hat , tatsächlich Genüge geschieht, läßt sich jetzt nicht sagen, da die Möglichkeit zu einem Appell an das ganze Volk , d. h . zu einer Abstimmung aller z, Zt . nicht gegeben ist. Die Sozialdemokratie nimmt jedenfalls an, daß sie jetzt, nach dem Zusammenbruch der alten Gewalten, die Mehrheit des ganzen Volkes

hinter sich hat. Und man wird dieser Annahme für den Augenblick wohl nicht widersprechen können.

Was unser badisches Land betrifft, so dürfen wir auch hier der vorläufigen Volksregierung und dem Landesausschuß badischer Arbeiter- und Soldatenräte, der sich gestern gebildet hat, volles Vertrauen entgegenbringen. Es wäre sehr töricht , wenn jemand glauben wollte, daß die Mehrzahl der jungen Soldaten, die die Soldatenräte bilden und in durchaus anerkennenswerter Weise für die öffentliche Ordnung sorgen, nur aus Lust am Umsturz gehandelt haben . Wir dürfen nicht verkennen, daß sich unter diesen jungen Leuten sehr tatkräftige und von einer guten Bildung des Herzens und des Verstandes beseelte Persönlichkeiten finden. Diese jungen Leute haben einsehen gelernt, daß es so, wie bisher, nicht weiter ging, und die verzögerte Abdankung des Kaisers hat sie in dieser Auffassung bestärkt. Neben ihnen arbeiten jetzt aber auch allenthalben die Vertreter der Arbeiterschaft, d. h. ernste, erfahrene und besonnene Männer , die das Leben und seine Verhältnisse kennen, und die sicher ganz genau wissen werden, wo unser Volk der Schuh drückt. Erfreulicherweise hat sich bei uns in Baden, wie übrigens auch sonst allerorten im Reich, die Beamtenschaft und das Bürgertum offen und ehrlich zur Verfügung der Arbeiter- und Soldatenräte gestellt. Und wenn es in dem neuen Aufruf der Volksregierung und der Arbeiter- und Soldatenräte Badens heißt, es sei erforderlich, daß alle Behörden bis zum letzten Mann einwandfrei weiterarbeiten, so dürfen wir hier feststellen, daß bei uns in Baden diesem Erfordernis bereits genügt wird. Und auch das ist ein Moment das unsere Hoffnung auf eine Überleitung in geordnete Verhältnisse wach erhält![200]

14. November 1918

Der badische Großherzog erklärt seinen vorläufigen Thronverzicht, indem er mitteilen lässt, dass er auf die Ausübung seiner Regierungsgewalt verzichte. Die Vorläufige Volksregierung unter ihrem Präsidenten Anton Geiß erklärt Baden im gleichen Atemzug zur freien Volksrepublik und kündigt die Wahl zur Nationalversammlung für den 5. Januar 1919 an. Endgültig verzichtet Friedrich II. auf seinen Thron am 22. November 1918. Der Wechsel der Staatsform spiegelt sich zwischen diesen beiden Daten im Untertitel der Karlsruher Zeitung wider: Aus dem *Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden* wird der *Badische Staatsanzeiger*.

Bei den Verhandlungen am 14.11. kann man sich auf das Verhältnis der Räte zur provisorischen Regierung konzentrieren. Hier ist es das USPD-Mitglied Brümmer, der die Autorität der Regierung zu festigen hilft, „indem eine *aus zwei Personen bestehende Zentralinstanz* der Soldatenräte seinem Ressort zugeordnet wird, der *alle etwaigen Beanstandungen der Behörden* mitzuteilen sind“.[201] Des Weiteren wird eine Erfassung der Einzelorganisationen eingeleitet und eine materielle Versorgung der Räte durch Vorschusszahlungen der Gemeinden in die Wege geleitet.

18. November 1918

Die Regierung legt den Räten noch etwas mehr die Zügel an, indem Innenminister Haas von der Fortschrittlichen Volkspartei, später DDP, folgenden Runderlass verfasst: Die „Bezirksämter und die sonstigen Staatsverwaltungsbehörden sowie die Gendarmerie und die Staatspolizeimannschaft“ seien „lediglich der badischen vorläufigen Volksregierung und den zuständigen Ministerien unterstellt“ und dürfen nur „von diesen Weisungen entgegennehmen“. Nur bei Anordnungen, „welche der Durchführung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit dienen“, sollen sich die

[200] Karlsruher Zeitung vom 13.11.1918 (No. 265).
[201] Engehausen & Weber 2018, 32.

Bezirksämter gegebenenfalls mit den „etwa vorhandenen Soldaten- und Arbeiterräten ins Benehmen setzen“[202]

So einfach lassen jedoch die Räte nicht über sich bestimmen und auch in den Folgetagen kommt es immer wieder zu Konflikten mit den Räten, so dass zur Beilegung des Konfliktes eine Landesversammlung der Räte für den 21. und 22.11. in Mannheim einberufen wird.

Hinsichtlich der vergleichsweise ruhigen Revolutionszeit sowie der politischen Beteiligung nahezu aller Parteien am Übergangsprozess droht der Minderheit von dezidiert bolschewikischen Räten der Wind aus den Segeln genommen zu werden und aufgrund der Vielzahl der sich in Baden formierenden Arbeiter- und Soldatenräte, der Bauern-, Bürger- und Schülerräte der kommunistischen Rätebewegung, das Profil verloren zu gehen.[203]

21. und 22. November 1918

Bei der Landesversammlung der Räte in Mannheim gelingt es dem Sozialdemokraten und Innenminister Ludwig Marum, die Räte von seiner Einschätzung zu überzeugen.

Marum erklärt, warum man keine rein sozialistische Regierung gebildet habe, sondern auch „Anhänger bürgerlicher Parteien der Linken mit hereingenommen“ habe, „weil die Mitarbeit dieser Parteien nicht entbehrt“ werden könne. Marum begründet dies mit eine Reihe praktischer Erwägungen, „die Gewinnung der Bauern für die Revolution zur Sicherung der Lebensmittelversorgung und die Notwendigkeit der Vermeidung eines *Beamtenstreiks*“.[204]

Eine weitere wichtige Passage aus seiner Rede ist:

> *Was wir wollen ist Demokratie. Wir wollen nicht die Diktatur einer Klasse, sondern die Aufhebung der Klassenherrschaft.*“[205]

Die vorläufige Regierung in ihrer Machtfülle bezeichnet er als „Diktatur“, die man sich „angemaßt“ habe, und die man nur so lange ertragen könne, „als notwendig ist“. Deshalb sei auch die Wahl zu einer verfassungsgebenden Versammlung so früh wie möglich angeordnet worden.

> *Für die Zeit bis dahin sei es allerdings nötig, dass die Arbeiter- und Soldatenräte als die „Träger der revolutionären Gewalt und im Besitz der politischen Macht des Landes“ ein Kontrollrecht ausüben, das sich nach Marums Auffassung aber darauf beschränken sollte, „daß die großen Linien der Politik der Regierung übereinstimmen mit dem Willen der A.- und S.-Räte. Vertrauen gegen Vertrauen, das ist gegenwärtig besonders notwendig“*.[206]

Am Ende erklärt sich die Landesversammlung der Räte „unter Rückgriff auf das historische Beispiel der Revolution von 1848“ zum „Vorparlament“, das alle vier Wochen tagen soll und „dem gegenüber die vorläufige Regierung für ihre Handlungen verantwortlich sein soll[...]“.[207] Als Geschäftsführung des Vorparlamentes konstituieren die versammelten Delegierten einen „Landesausschuss“ mit „Vollzugsgewalt“.

> *Die Versammlung versichert den Volksregierungen in Karlsruhe und Berlin ihres Vertrauens und ihrer tatkräftigsten Unterstützung und erwartet von ihnen auch weiterhin die energische*

[202] Ebd..
[203] https://www.leo-bw.de/themenmodul/von-der-monarchie-zur-republik/baden.
[204] Engehausen & Weber 2018, 33.
[205] Ebd.; Zit. n. Brandt & Rürup: Räte in Baden, 9 ff.
[206] Engehausen & Weber 2018, 33.
[207] Ebd..

Förderung der politischen und wirtschaftlichen Interessen der seither unterdrückten, ausgebeuteten Volksschichten.[208]

Konsolidierung der Revolution in Baden

Die Regierung Geiß vermag es, in den ersten Wochen ihrer Regierungszeit die allgemeine Lage in Baden zu stabilisieren. Jedoch „haftet[e] dieser Regierung wie allen aus einer Revolution oder eines Umbruchs entstandenen Regierungskoalition der Makel ihrer fehlenden Legitimation an“[209].

> *Auch die Regierung Geiß weiß zwar eine Mehrheit der Bevölkerung hinter sich und wird von dieser weit über den November 1918 getragen, doch ist sie nicht vom Volk in ihre Verantwortung gewählt. Schon allein aus diesem Grund forciert die Vorläufige Volksregierung noch vor ihrem eigentlichen Amtsantritt die Ausschreibung einer Wahl, welche so schnell wie irgend möglich nach der Machtübernahme abgehalten werden soll. Hier sind es insbesondere die sozialdemokratischen Minister der Regierung, welche auf einen Termin unmittelbar nach dem Jahreswechsel 1918/19 drängen.*[210]
>
> *Ein nicht unwichtiger Nebeneffekt der Wahl soll natürlich auch die demokratische Legitimierung der „vorläufigen“ Regierung werden*.[211]

Der Termin der Wahl zur verfassungsgebenden badischen Nationalversammlung fällt auf Sonntag, den 5. Januar 1919, zwei Wochen vor der Wahl zu verfassungsgebenden Nationalversammlung von Weimar, „ein deutliches Signal der Stabilität nach innen sowie nach außen“[212]. So äußert sich der badische Innenminister Ludwig Haas am 27.11.18 stolz:

> *Baden ist wieder ein Musterland, weil das neue Regime hier am besten arbeitet!*[213].

Zu Wahl sind alle weiblichen und männlichen Badener mit Vollendung des 20. Lebensjahres aufgerufen, die ihren Wohnsitz in Baden haben. Das passive Wahlreicht besitzen alle ab 25.

Die Parteien setzen verschiedene Schwerpunkte, aber im Vordergrund stehen „die althergebrachten Themen aus der Vorkriegszeit“.[214]

> *Für das Zentrum steht die Umgestaltung der badischen Gesellschaft mit Hilfe christlicher Werte, hauptsächlich in den Schulen.*[215]
>
> *Die Sozialdemokraten dagegen werben für den Auf- und Ausbau eines sozialen Volksstaates, welcher in erster Linie die Grundbedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung zu befriedigen hat.*
>
> *Die Partei präsentiert sich hier erstmals in der Rolle einer staatstragenden Partei, welche nunmehr das Wohlergehen der gesamten Bevölkerung – gerade unter dem Gesichtspunkt der*

---

[208] Brandt & Rürup: Räte in Baden, 19.
[209] Schmidgall 2012, 127.
[210] Schmidgall 2012, 128. Aus Kontext- und Übersichtlichkeitsgründen wird das Imperfekt auch im Zitat als Präsens ohne weiteren Hinweis widergegeben.
[211] Ebd., 129.
[212] Ebd., 128.
[213] Protokolle der Sitzungen des Gesamtministeriums vom 27.11.1918 in: Landesarchiv GLAK 233 Nr. 24312.
[214] Ebd., 129.
[215] Ebd., 129.

Kriegsauswirkungen – verfolgt und sich nicht mehr nur ausnahmslos ihrer eigenen Klientel verpflichtet sieht.[216]

Die Fortschrittliche Volkspartei löst sich noch während der Novemberrevolution auf und schließt sich mit dem linksorientierten Flügel der Nationalliberalen zur Deutsch-Demokratischen Partei (DDP) zusammen.

Programmatisch setzt sich die DDP – in Anknüpfung an das Programm der FVP – für eine liberalisierte Wirtschaftspolitik ein, was hauptsächlich kleinere und mittlere Handwerks-, Gewerbe- und Industriebetriebe anspricht. Die Programmatik der Partei ist insgesamt auf einen schrittweisen Ausgleich von liberalen aber auch sozialen Forderungen ausgerichtet.[217]

Die USPD ist streng sozialistisch ausgerichtet.

Auch wenn zwischen der Revolution und der Wahl nicht einmal zwei Monate liegen, so stoßen die radikalen und stellenweise völlig überzogenen Forderungen der Unabhängigen die Wähler eher ab und treiben diese in das Lager der Mehrheitssozialdemokraten.[218]

Von den rund 1,16 Millionen Wahlberechtigten geben am 5. Januar 1919 rund 1,02 Millionen Bürger ihre Stimme ab, was einer Wahlbeteiligung von 88,07% entspricht.

Gesamtergebnis für Baden zur Wahl der badischen Nationalversammlung vom 5.1.1919:

Zentrum	36,63%	39 Abgeordnete
MSPD	32,06%	36 Abgeordnete
DDP	22,78%	25 Abgeordnete
DNVP	7,03%	7 Abgeordnete
USPD	1,50%	-

Nachdem das badische Volk dem Programm der USPD eine eindeutige Abfuhr erteilt und sie ihre demokratische Berechtigung an der Regierung verloren hat, erklären am 7.1.1919 die beiden USPD-Mitglieder der bisherigen badischen Regierung Adolf Schwarz und Johann Brümmer ihren Rücktritt aus dem Kabinett.

Wir halten es bei der Zusammensetzung der Nationalversammlung nicht für möglich, dass die Errungenschaften der Revolution gewahrt und weiter ausgebaut werden. Deshalb müssen wir auch die Vorarbeiten für diese Nationalversammlung ablehnen und erklären somit unseren Austritt aus der Regierung.[219]

Es bleibt somit eine Koalition aus Zentrum, MSPD und DDP, die sogenannte „Weimarer Koalition“. Im Gegensatz zur Reichsebene, wo die koalierenden Parteien schon früh Verluste nach links und rechts hinnehmen müssen und kurzzeitige Koalitionen sich abwechseln, bleibt in Baden diese Dreiparteienkoalition bis 21. November 1929 an der Regierung, Zentrum und SPD bis 1933.

Dieses Ergebnis wiederholt sich bei den Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung im Deutschen Reich am 19. Januar 1919 insofern, als die Weimarer Koalition auch auf Reichsebene eine klare Mehrheit erhält (für Baden: 36,17 % Zentrum, 34,81 % MSPD, 21,53 % DDP).[220]

---

[216] Ebd., 130.
[217] Ebd., 130.
[218] Schmidgall 2012, 130.
[219] Landesarchiv GLAK 233 Nr. 28117.
[220] https://www.leo-bw.de/themenmodul/von-der-monarchie-zur-republik/baden.

Die Regierung Geiß bemüht sich nach der Wahl, so schnell wie möglich zur Tagesordnung überzugehen. Mit dem Ausscheiden der USPD fehlt den Räteorganisationen eine wichtige Informations- und Kommunikationsquelle innerhalb der Regierung.

> *Auch wenn die Räte zu keinem Zeitpunkt organisatorisch an der Vorläufigen Volksregierung beteiligt waren, so saßen immer zwei Mitglieder von Soldatenräten mit am Kabinettstisch, was die Diskussionen innerhalb des Kabinetts nicht offener und konstruktiver gemacht haben mag.*[221]

Bei der denkwürdigen ersten Sitzung der verfassungsgebenden Nationalversammlung ruft der neue badische Staatschef Anton Geiß von der MSPD „zur Eintracht, zu gegenseitiger Rücksicht, zum anderen Geltenlassen" angesichts der gemeinsamen Not auf.[222] So beschreibt die neu ernannte Schriftführerin Marianne Weber ihn so:

> *Vertrauensmann der Arbeiterschaft und nunmehr auch anderer Kreise, der seine Gefolgschaft nicht durch demagogische Künste, sondern durch Sachlichkeit, Uneigennützigkeit, Wohlwollen erwarb*.[223]

Der von Anfang an von den demokratischen Parteien eingeschlagene Weg, über eine verfassungsgebende Nationalversammlung in Baden eine konsequente Parlamentarisierung durchzusetzen, führt dazu, dass mit den Wahlen zur Versammlung sich das Ende der Räteorganisation als ernsthafte Herausforderung der Demokratie in Baden abzeichnet.[224]

> *Das schlechte Abschneiden der USPD bei dieser Wahl wirkt sich zunächst direkt auf die Zusammensetzung der Regierung aus und hat auch weitreichende Konsequenzen für einen radikalisierten Teil der Mannheimer Arbeiterschaft, welcher in der Folge noch die offene Auseinandersetzung mit der Regierung suchen sollte*.[225]

Unmittelbar nach dem Regierungswechsel vom 10.11.18 wird mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung begonnen. Es geht der Regierung nicht nur um eine einfache Revision der alten Verfassung sondern sie will ein grundsätzlich neues Staatsgrundgesetz schaffen.

Unberücksichtigt bleibt der Gegenentwurf der badischen Räte, die ihren Entwurf als alleinige Basis jeglicher Verfassungsdiskussionen verstehen. Obwohl sich deren Entwurf an dem Verfassungsentwurf der Revolution von 1848/49 orientiert, ist das letztendliche Ziel die „Sozialistische Volksrepublik", „deren wesentliche Merkmale die angestrebte Kontrolle des vermeintlich immer noch obrigkeitshörigen Beamtenapparates durch gewählte ‚Volksräte' (§§ 20-29), die alleinige Übernahme der exekutiven Gewalt durch die Räte (§§ 30-46) und die Übernahme und schließlich schrittweise Ersetzung des Militärs durch eine Volkswehr bzw. Milizen (§§ 47-49) sind."[226]

Die Badische Regierung entscheidet sich 1919 für den Verfassungsentwurf des sozialdemokratischen Mitglieds des Verfassungsausschusses, Rechtsanwalt und Karlsruher Stadtrat Eduard Dietz, anstelle des Entwurfs einer Viererkommission von Parlamentariern unterschiedlicher Parteien. Er sieht ein Einkammerparlament, eine Kollegialregierung und Volksinitiativen und -entscheide vor.

Am 21. März 1919 beschließt die badische Nationalversammlung einstimmig die neue badische Verfassung. Diese orientiert sich überwiegend an der Schweizer Verfassungsordnung und ist die

---

[221] Schmidgall 2012, 134.
[222] Schmidgall 2012, 135 und Weber, Marianne: Lebenserinnerungen, 96.
[223] Schmidgall 2012, 135.
[224] Ebd.
[225] Ebd..
[226] Ebd., 136.

einzige deutsche Landesverfassung der Weimarer Republik, die durch Volksabstimmung angenommen und auch nur durch Volksabstimmung geändert werden kann.

> *§ 1. Baden ist eine demokratische Republik und bildet als selbständiger Bundesstaat einen Bestandteil des Deutschen Reiches.*
>
> *§ 2. Träger der Staatsgewalt ist das badische Volk.*[227]
>
> *Die Verfassung garantierte die staatsbürgerlichen Rechte - Gleichheit vor dem Gesetz, Meinungs-, Versammlungs-, Vereins-, und Gewissensfreiheit. Auch das Frauenwahlrecht war in der Verfassung verankert. Da die badische Verfassung schon am 21. März 1919 in Kraft trat gehörten Kunigunde Fischer und Clara Siebert zu den ersten weiblichen Abgeordneten in Deutschland.*
>
> *Die Regierung setzte sich aus den vom Landtag einzeln gewählten Ministern zusammen, alljährlich sollte der Staatspräsident wechseln. Baden wurde eine demokratische Republik unter Betonung der Volkssouveränität. Auch der Volksgesetzgebung wurde eine wichtige Rolle zugewiesen, 80.000 stimmberechtigte Staatsbürger konnten ein Gesetz vorschlagen oder die Abänderung oder Aufhebung eines bestehenden Gesetzes verlangen. Neu waren auch das Recht des Landtags zur Einsetzung von Untersuchungsausschüssen, die Auskunftspflicht der Minister, das Zeugnisverweigerungsrecht der Abgeordneten, die Vorschrift, dass niemand an der Übernahme eines Mandats gehindert werden durfte sowie die Regelung des Notverordnungsrechts, das der Regierung die Möglichkeit gab, wenn der Landtag nicht tagte, in dringenden Fällen Entscheidungen zu treffen, die dann aber nachträglich vom Landtag genehmigt werden mussten*."[228]

Am 13. April 1919 wird die badische Verfassung durch die erste Volksabstimmung in der deutschen Geschichte mit großer Mehrheit der Abstimmenden angenommen. Der Stimmzettel war psychologisch auf Zustimmung zu den zur Abstimmung gestellten Fragen angelegt, da er als Wahlmöglichkeit lediglich „Ja" enthielt.

> *Rund 368.000 Stimmen für und 21.000 Stimmen gegen die Verfassung wurden abgegeben…*
>
> *Für das Fortbestehen der Nationalversammlung als Landtag stimmten ebenfalls 368.000 Wähler, während sich 22.000 dagegen aussprachen...*
>
> *Die ungeheure Mehrheit der zur Abstimmung Erschienen hat sich also für die Annahme der beiden Gesetze ausgesprochen*.[229]

Die Gegenstimmen stammen im Wesentlichen aus der Mannheimer und Heidelberger Region.

Leider nimmt aber nur ein Drittel der Wahlberechtigten an der Wahl teil, was auch Niederschlag in der Presse findet.

> *Unter verhältnismäßig geringer Beteiligung hat gestern die erste Volksabstimmung in Baden – und damit zugleich die erste deutsche Volksabstimmung überhaupt – stattgefunden.*[230]
>
> *Bei der gestrigen Volksabstimmung hat die Bevölkerung des Landes nicht das Interesse bekundet, das man eigentlich hätte erwarten sollen. Bei den Wahlen zur badischen*

---

[227] Verfassung vom 21.03.1919.
[228] Bräuchle, Otto Ernst: Badische Verfassung 1919, 2012; https://stadtlexikon.karlsruhe.de/index.php/De:Lexikon:ereig-0274.
[229] Karlsruher Zeitung vom 14.04.1919: Die erste Volksabstimmung in Baden. https://digital.blb-karlsruhe.de/blbz/periodical/zoom/1829962.
[230] Ebd.

Nationalversammlung am 5. Januar sind schätzungsweise eine Million Stimmen abgegeben worden. Da am gestrigen Tag etwa 380.000 Stimmen abgegeben wurden, betrug die Beteiligung also nur ca. 38 Prozent im Vergleich mit der vom 5. Januar.

Dennoch wäre es voreilig, daraus schließen zu wollen, dass das badische Volk den politischen Dingen gegenüber gleichgültiger geworden wäre. Wir glauben nicht, daß die Dinge so liegen. Innerlich war eben die überwältigende Mehrheit des Volkes mit der Verfassung, so wie sie von der Regierung und dem Parlament beschlossen war, einverstanden. Und so hat es denn sicherlich sehr viele gegeben, die da meinten, man dürfe sich mit der Annahme der Verfassung durch die Nationalversammlung vollkommen begnügen. Daß es wünschenswert gewesen wäre, wenn sich das Volk noch reger an der Abstimmung beteiligt hätte, ist gleichwohl nicht zu leugnen. Jeder Volksgenosse sollte von seinen politischen Rechten den nachdrücklichsten Gebrauch machen!

...so darf man sagen, daß die Volksabstimmung – die erste, die wir in Deutschland erleben – ein zufriedenstellendes und die Stimmung der Bevölkerung ausreichend widerspiegelndes Ergebnis gezeitigt hat. [231]

Auch in der Wolfacher Zeitung „Der Kinzigtäler“ wird die Wahlbeteiligung kommentiert:

Die gestrige Volksabstimmung ist bei schlechtem Wetter und geringer Beteiligung der Abstimmungsberechtigten in unserem Bezirk ruhig verlaufen. Die Beteiligung betrug, wie aus dem Resultat zu ersehen ist, nur etwa 35%. Dieser geringe Prozentsatz hat wohl darin seinen Grund, daß die Vorlagen von allen Parteien, mit Ausnahme der Unabhängigen, einstimmig genehmigt und zur Annahme empfohlen waren, sodaß eine Opposition fehlte und mancher in der Gewißheit, daß die zwei Gesetzte ja doch mit großer Mehrheit ihre Annahme finden würden, sich den weiten Weg zur Urne sparte.[232]

Es folgt aber auch deutliche Kritik:

Dieses Verhalten ist zwar einigermaßen begreiflich, aber nicht entschuldbar, denn das Volk sollte bei Ausübung eines so wichtigen Rechtes, wie es ihm durch die neueingeführte Volksabstimmung gegeben worden ist, mehr Verständnis zeigen und es durch zahlreiche Beteiligung würdigen.[233]

99 Jahre später wird der deutsche Bundestagspräsident ebenfalls diese Wahl kommentieren. Schäuble betont, dass eine freiheitliche und offene Gesellschaft davon lebe, dass der Einzelne bereit sei, sich für das Gemeinwesen einzusetzen und Verantwortung zu übernehmen und verweist auf die soeben beschriebene Wahl:

Schon damals war also die Diskrepanz zu beobachten zwischen der lautstarken Forderung nach mehr Beteiligung und der deutlich geringer ausgeprägten Bereitschaft, solche Angebote am Ende auch wahrzunehmen.

„Manches“, schlussfolgert der erfahrene Politiker, „ändert sich offenkundig nie“.[234]

Mit der Zustimmung zur Verfassung wird ein Staatsministerium mit weitreichenden Kompetenzen gebildet. Es wird nach dem Kollegialitätsprinzip geführt, was bedeutet, dass weder ein Kanzler noch ein Ministerpräsident, sondern paritätisch alle Minister und

[231] Karlsruher Zeitung vom 14.04.1919: Vom Tage.
[232] Der Kinzigtäler vom 14.04.1919, Stadtarchiv Wolfach.
[233] Ebd.
[234] Schäuble,Wolfgang, Bundestagspräsident, beim Besuch im Generallandesarchiv am 12.7.2018; https://www.landesarchiv-bw.de/web/63734.

Staatsräte als Teil des Staatsministeriums über politische Richtlinienkompetenz verfügen. Dieser Kreis wählt eines seiner Mitglieder für ein Jahr zum Staatspräsidenten, wobei die an der Regierung beteiligten Parteien sich hierbei abzuwechseln pflegen.[235]

Nur ein halbes Jahr nach dem Inkrafttreten werden der Grundrechtsteil und die Verweise auf das Militärwesen obsolet. Durch die Reichsverfassung vom 11. August 1919 und durch die Ausgestaltung des Finanzwesens wird der Kompetenzbereich Badens spürbar beschnitten.

Gerade in der Reflexion der Geschehnisse nach dem November 1918 erscheinen die konsequente Parlamentarisierung der Entscheidungsprozesse und die Ausarbeitung einer neuen Verfassung als die herausragenden Leistungen der Regierung Geiß. Auch im Nachhinein empfanden die Menschen in Baden die Jahre nach dem Umsturz 1918 als eine Phase politischer Stabilität und Verlässlichkeit, was nicht zuletzt auch auf diese wegweisenden Entscheidungen zurück zu führen war.[236]

Mit der Wahl der neuen badischen Regierung erlischt das Mandat der vorläufigen Volksregierung. Nun sollen „auch die Träger der Revolution, die Räte, ihr Machtbefugnissse an die ordentlich bestellten Machtorgane der neuen Republik abgeben“.[237]

Der Standpunkt von Regierung und SPD war klar umrissen: Mit der Verabschiedung der Verfassung und der Wahl der neuen Regierung durch das Parlament war die revolutionäre Umbruchsphase beendet, der neue Volksstaat und seine zentralen Institutionen etabliert.[238]

Als Konsequenz benötigt die neue vom Volk gewählte Regierung keine Kontrolle mehr durch Räte, die politische Funktion der Räte ist erloschen. Am 23. März ordnet Innenminister Haas in der entmilitarisierten Zone die Auflösung der Arbeiterräte an und beruft sich dabei auf die in den Waffenstillstandsbedingungen festgehaltenen Forderungen der Siegermächte.

Dies stößt auf Widerstand der Arbeiterräte, „anders wie bei den Soldatenräten, deren Auflösung schon seit der diesbezüglichen Reichsverordnung vom 19. Januar in vollem Gange“[239] ist.

Die Arbeiterräte empfinden die Phase der Konsolidierung der Republik keinesfalls als abgeschlossen, ihr Bestreben geht dahin, ihre politische Tätigkeit zunächst bis zum Zeitpunkt der Kommunal- und Bezirkswahlen im Mai/Juni 1919 aufrechtzuerhalten.[240]

An der Stelle sollten wir die Organisation der Räte etwas näher beleuchten.

Organisation der Räte

Die Räte waren die Machtbasis der Regierung. Sie füllten das „entstandene Machtvakuum der alten Gewalten“ „provisorisch als Inhaber der politischen und militärischen Gewalt auf lokaler und regionaler Ebene“ aus.[241] Sie waren unverzichtbar bis zur Etablierung der demokratischen Ordnung. Denn im Militär hatten die Revolutionäre ihren alten Gegner, den sie stürzen wollten, sie hatten ihren aktuellen Gegner, der nur darauf lauerte, die Revolution zurückzudrehen, und sie hatte ihren

[235] Brückner, Florian: Staatsorganisation – Ausarbeitung einer neuen badischen Verfassung; https://www.leo-bw.de/themenmodul/von-der-monarchie-zur-republik/baden/politisches-leben/staatsorganisation.
[236] Schmidgall 2012, 146-147.
[237] Pohl, Monika: Ludwig Marum: ein Sozialdemokrat jüdischer Herkunft und sein Aufstieg in der badischen Arbeiterbewegung 1882–1919, 2003, 445.
[238] Ebd.
[239] Ebd.
[240] Ebd.
[241] Herbert, Georg: Die USPD im Rat der Volksbeauftragten 1918, E-book, 1918.

zukünftigen Gegner, weil das Militär entscheidenden Anteil daran hatte, die Demokratie wieder zu Fall zu bringen. Aber die Räte verstanden sich nur als politische Organe in einer Übergangszeit.

So unterstützten die Räte bis auf wenige Ausnahmen die Volksregierung in ihrem Bestreben, den *demokratischen Volksstaat*, eine *parlamentarisch-demokratische Ordnung* zu schaffen. Sie begleiteten hilfreich, manchmal auch kritisch den Weg zur Nationalversammlung. Danach verloren erst die Soldatenräte, dann auch die Arbeiter- und Volksräte ihre Bedeutung, bis sie im Herbst 1919 aufgelöst wurden.

Es fällt auf, dass in Baden „stärker als in anderen Teilen Deutschlands" „während der Revolutionsmonate Soldatenräte und Arbeiterräte organisatorisch getrennt" [242] bleiben. Zwar werden Arbeitsgemeinschaften gebildet und Aufgaben gemeinsam wahrgenommen, „aber es bleiben doch deutliche Abgrenzungen bewahrt"[243]. Haben anfangs die Soldaten „militärisch und politisch die Initiative ergriffen", „beschränken sie sich nach den Umsturztagen in ihrer Tätigkeit sehr weitgehend auf den militärischen Bereich".[244] Brandt/Rürup bezeichnen die deutschen Soldatenräte als eine „klassenübergreifende antimilitaristisch-demokratische Volksbewegung".[245]

Baden weist als Grenzland große Garnisonstädte auf und Baden ist vom Rückzug des Frontheeres stark betroffen, da Elsaß-Lothringen laut Waffenstillstandsbedingungen innerhalb von 15 Tagen geräumt sein muss. In der Folge durchqueren ca. 250.000 bewaffnete Soldaten Baden auf dem Weg in die Heimat. Außerdem müssen in einer neutralen Zone von 10 km östlich des Rheins alle Militärpersonen abgezogen werden.

So fallen den Soldatenräten die Aufgaben zu, den weitverbreiteten Verkauf von Heeresgut durch Soldaten und Offiziere zu bekämpfen, die Entwaffnung, Demobilisation und Auflösung der Soldaten durchzuführen und mitunter eindringlich aufzuklären, nicht gegen die neuen Machtorgane vorzugehen.[246] Die neutrale Zone steht auch unter ständiger Bedrohung, dass feindliche Truppen einmarschieren, sofern es nicht gelingt, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.

Die Soldatenräte konstituieren sich bereits am 11. November 1918 als *Landesausschuß badischer Arbeiter- und Soldatenräte*, der der Regierung seine militärische Unterstützung versichert. Dieser Ausschuss hat seinen Sitz beim Ministerium für militärische Angelegenheiten, also bei Brümmer in Karlsruhe. Am 14. November wird eine aus zwei Personen bestehende Zentralinstanz beim Ministerium gebildet, der je ein Vertreter des Karlsruher wie Freiburger Soldatenrates angehören. Diese Zentralinstanz erhält „die Berechtigung, den Soldatenräten *allgemein gültige, bindende Anweisungen* zu erteilen"[247]. Der Landesausschuß erlässt in der Folgezeit aber auch in Zusammenarbeit mit der Regierung Richtlinien zur Tätigkeit und Finanzierung sämtlicher Räteorganisationen im Land. Am 16. November wird eine hierarchische Struktur der Arbeiter- und Soldatenräte geschaffen, und zugleich „eindeutig festgelegt, daß alle Räte *nur den Anweisungen der badischen vorläufigen Volksregierung* zu folgen hätten"[248].

Leider gelingt es weder der Regierung noch dem Soldatenrat, „das Generalkommando, das aufgrund der Militärkonvention von 1870 in das preußische Heer eingegliedert und mit preußischen Offizieren besetzt ist, wirklich unter Kontrolle zu bekommen"[249]. Die zunächst zugestandene Kontrolle ist nicht näher definiert und bleibt infolgedessen ziemlich wirkungslos. Das Militärministerium unter

[242] Brandt & Rürup 1991, 87.
[243] Ebd.
[244] Ebd.
[245] Ebd., 97.
[246] Ebd., 88.
[247] Ebd., 89.
[248] Ebd. 90.
[249] Ebd.

Brümmer ist „als neugeschaffene Behörde ohne einen eigenen eingespielten Apparat relativ machtlos“ zwischen Soldatenräten und Generalkommando und versucht mehr, einen „Ausgleich zwischen beiden Institutionen zugunsten der reibungslosen Rückführung und Demobilisierung der Truppen und der militärischen Sicherheit im Lande“[250] zu schaffen.

Feststellen muss man, dass die Soldatenräte in Baden der Militärpolitik der Regierung eher kritisch gegenüberstehen, die Arbeiterräte sie hingegen unterstützen.

Die Arbeiterräte, ab Ende November oft Volksräte genannt, die sich, wie schon beschrieben, erst nach den Soldatenräten in Baden gründeten, halten ihre *Landesversammlung* in Mannheim erst am 21. und 22. November in Mannheim ab. Diese erklärt sich zum *Vorparlament* und beansprucht die *oberste Gewalt* für die Arbeiter- und Soldatenräte, „ohne dabei die tatsächlichen Machtbefugnisse der vorläufigen Regierung anzutasten“[251]. Dort bilden sie eine Zentrale der badischen Räte, den *Elferausschuss*, der sich aus 4 Vertretern von Mannheim, 3 aus Karlsruhe und je 2 aus Konstanz und Freiburg zusammensetzt. Dessen Vorstand oder engeren Ausschuss bildet einen dreiköpfigen Vorstand, der sich *Landeszentrale* nennt, obwohl dieser Name dem größeren Gremium zugedacht war. Diese Landeszentrale wird mit Adam Remmele[252] (Mannheim), Emil Maier (Heidelberg) und Eduard Kluge (Pforzheim) besetzt, die alle der MSPD angehören.

Diese Landeszentrale vertritt die Räte bei der Regierung; sie nimmt ab 26. November ihre Arbeit auf und an den Kabinettssitzungen teil. Am 30. November werden Richtlinien für die Arbeiter-, Bauern- und Volksräte erlassen (mehr dazu unter Schiltach), die, wie die weiteren Verfügungen, durch ein Mitteilungsblatt der Landeszentrale verbreitet werden.

Anfangs kommt es zu Abgrenzungsschwierigkeiten der Kompetenzen zwischen *Landeszentrale* und *Landesausschuß der Soldatenräte*, die aber auf einer weiteren Räteversammlung am 25. November in Karlsruhe beigelegt werden und die Mannheimer Beschlüsse bestätigen. Zu einer richtigen Arbeitsgemeinschaft aber kommt es jedoch nicht und erst recht nicht zu einer Verschmelzung der beiden Räteorganisationen. „Die beiderseitigen Kompetenzen bleiben gewahrt“[253]. Der *Landesausschuß* firmiert zukünftig *als Landesausschuß der Soldatenräte*, die *Landeszentrale* als *Landeszentrale der Arbeiter-, Bauern- und Volksräte*. Als Kompetenzabgrenzung werden „sehr allgemeine Formulierungen“[254] im Januar 1919 festgelegt:

> *Das Tätigkeitsgebiet der Landeszentrale erstreckt sich auf die organisatorische Erfassung der Arbeiter- bzw. der Volksräte und auf die Kontrolle der vorläufigen Regierung, und die des Landesausschusses der Soldatenräte bewegt sich in Richtung der Erledigung militärischer Aufgaben.*[255]

Für die örtlichen Räteorganisationen wird die Abgrenzung so bestimmt:

> *In ihrem ureigenen Wirkungskreis sind die Arbeiterräte für sich selbständig, genau ebenso wie die Soldatenräte andererseits es sind. Die ersteren kümmern sich um das zivile Leben des Volkes, die letzteren um das Leben der Soldaten. [...] Nur an Orten, wo es Arbeiterräte nicht*

[250] Ebd.
[251] Ebd., 91.
[252] Adam Remmele, * 26.12.1877 in Altneudorf bei Heidelberg, † 9.9.1951 in Freiburg, SPD-Politiker, Mitglied des Landtags von Baden, Mitglied des Reichstags, von 1919 bis 1929 Innenminister und 1922/23 und 1927/28 Staatspräsident im Land Baden somit Chef der Kabinette Remmele I und Remmele II.
[253] Brandt & Rürup 1991, 93.
[254] Ebd.
[255] Ebd.

gibt, können die Soldatenräte sich den, sonst den Arbeiterräten zustehenden, Aufgaben widmen.[256]

In allgemeinen politischen Fragen sollen beide Organisationen gemeinsam handeln.

Eine eigene politische Zielsetzung der Räte und genauere Vorstellungen über ihre Aufgaben entwickeln sich in Baden erst im Verlauf ihrer praktischen Tätigkeit und unter dem Eindruck der allgemeinen politischen Entwicklung.[257]

Die Forderungen der Soldatenräte sind anfangs in erster Linie militärpolitisch und zielen auf eine grundlegende Reform des Militärsystems. Dann wird ihre Hauptaufgabe „die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung".[258] Während die Kontrolle über die militärische Macht, das Generalkommando, nicht gelingt, ist das polizeiliche Sicherheitssystem nach dem Umsturz völlig in der Hand der Räte.[259] Versuche von verschiedenen Arbeiter- und Soldatenräte, auf kommunaler Ebene die Stadtverwaltungen unterzuordnen, stoßen auf erheblichen Widerstand und scheitern in der Folge. Am 18. November werden die Räte vom Ministerium des Innern „dringend ersucht, sich jeglichen Eingriff in die Tätigkeit der Behörden und deren Organe, insbesondere auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Maßnahmen, und der Lebensmittelversorgung, zu enthalten" und sich „auf Anregungen" und „Beschwerden bei den zuständigen Behörden" zu beschränken.[260] Die Bezirksämter werden angewiesen, sich nicht den Räten zu unterstellen.

In den am 30. November veröffentlichten *Richtlinien und Grundsätze* der Landeszentrale werden die Aufgaben der Räte definiert: Verteidigung der Errungenschaften der Revolution gegen reaktionäre und gegenrevolutionäre Bewegungen, Unterstützung der vorläufigen Volksregierung und Mitwirkung bei der Aufrechterhaltung der Ordnung und öffentlichen Sicherheit, Schutz von Leben und Eigentum und Kontrolle der Regierung und der Vollzugsgewalten des Landes und der Gemeinden. Den lokalen Räten wird das volle Kontrollrecht zugestanden, das aber erst am 9. Dezember dadurch präzisiert wird, dass ihnen zugestanden wird, ein oder zwei Vertreter mit beratender Stimme in die Bezirks- und Gemeindesitzungen zu entsenden und vor Entscheidungen gehört zu werden.[261] Am 18. Dezember wird ihnen dann folgendes Recht „mit Gesetzeskraft" per Verordnung eingeräumt:

In Gemeinden mit mehr als 1000 Einwohnern, in welchen die Arbeiterschaft im Gemeinde-(Stadt)rat keine Vertretung hat, kann der Gemeinde-(Stadt)rat auf Antrag des örtlichen Volksrates sich durch Zuwahl von bis zu zwei weiteren Mitgliedern ergänzen.[262]

Falls solchen Anträgen nicht stattgegeben werden sollte, werden auf erhobene Beschwerde die weiteren Mitglieder vom Ministerium des Innern ernannt oder verfügt.

Die Arbeiter- und Soldatenräte Badens verstehen sich als politische Organe der Übergangszeit. Ihr Ziel ist, und das muss hier ausdrücklich betont werden, „der demokratische Volksstaat, eine parlamentarisch-demokratische Ordnung, in der es für Klassenprivilegien ebenso wie für den Militarismus keine Raum mehr geben sollte".[263] Sie „unterstützen jede Regierung, die sich auf den Boden der Demokratie stellt, verwerfen jede Gewaltherrschaft und Diktatur sowohl von rechts wie von links. Sie erstreben die schnellste Zurückführung in geordnete, gesetzmäßige Zustände, jedoch nur auf dem rein demokratischen, republikanischen, sozialen Boden".

---

[256] Ebd.
[257] Ebd., 107.
[258] Ebd., 108.
[259] Ebd.
[260] Ebd., 110.
[261] Ebd.
[262] Badisches Gesetzes- und Verordnungsblatt, 1918, Nr. 76, 461; https://digital.blb-karlsruhe.de/periodical/pageview/885914.
[263] Brandt & Rürup 1991, 111.

Die Zahl der Räteorganisationen ist nicht genau bekannt, zwischen 240 (in Landeszentrale registriert) und 400 (Anzahl der anfangs gedruckten Mitteilungsblätter). Im Juni nach Auflösung der Soldatenräte bestehen noch 196. Räteorganisationen sind für die größeren Städte und Vororte sowie für alle Truppen-Standorte bekannt. Bei 1.695 Gemeinden in Baden heißt dies aber wiederum, dass wohl für kaum mehr wie 20% der badischen Orte Räteorganisation bekannt sind.[264]

Nach dem Umsturz entstehen in Baden Räte von nichtproletarischen Bevölkerungsgruppen, die „eher auf dem rechten Flügel der revolutionären Bewegung“[265] stehen, bei denen es um die „Vertretung spezieller Berufs- und Standesinteressen“ geht oder die „direkt von gegenrevolutionären Intentionen“[266] geleitet werden. Hier kann man vor allem die badischen Bauernräte nennen. Sie erlangen jedoch kein politisches Gewicht. Auch wird ihnen die Finanzierung aus öffentlichen Mitteln wie bei den Arbeiter- und Soldatenräten von den sozialdemokratischen Ministern anfangs am 30. November 1918 verwehrt, am 11. Februar 1919 dann – wohl auf Druck des Zentrums - gewährt.

> *Insgesamt ist die Entwicklung in Baden dadurch gekennzeichnet, daß die Arbeiter- und Soldatenräte sich in beträchtlichem Ausmaß auch den Vertretern anderer Bevölkerungsgruppen öffnen*.[267]

So stoßen, unterschiedlich in den Ortsgruppen, nichtproletarische Sozialgruppen dazu, bürgerliche Kreise, Beamte, Unternehmer, Bauern und Parteienvertreter aller Parteien. Jedoch erreichen sie, wie ihre eigenen Räteorganisationen, auch hier kein politisches Gewicht und nach der Wahl zu den verfassungsgebenden Versammlungen lässt ihr Interesse stark nach, war das Eintreten genau dafür doch ihr Hauptanliegen.

Die überwältigende Mehrheit der badischen Arbeiter in Baden ist mehrheitssozialdemokratisch orientiert. Dies gilt selbst für die USPD-Hochburg Mannheim. Während der Januarkämpfe in Berlin demonstrieren in Mannheim 50.000 Werktätige gegen den *Putschismus*. Trotzdem gibt es Unterschiede in den Forderungen der Arbeiterräte. Mannheim fordert am 10.11. die *sozialistische Republik* und der *Mannheimer Vollzugsausschuss* beruft die *Erste Landesversammlung* ein. Die linke Strömung der Arbeiterräte ist an einem Vorantreiben des Revolutionsprozesses interessiert, dazu gehören neben Mannheim auch Freiburg und andere Städte Oberbadens, wo das Zentrum stark ist. Die Mehrheit aber trägt die Politik der *Vorläufigen Regierung* mit.

Am 19. Januar wird von der Reichsregierung die *Verordnung über die vorläufige Regelung der Kommandogewalt und Stellung der Soldatenräte im Friedensheere* erlassen. Sie stellt praktisch die alte Militärhierarchie wieder her. Ein Sieg der OHL. Die Befehlsgewalt geht wieder von den Offizieren aus und die Ausübung der obersten Gewalt wird dem preußischen Kriegsminister übertragen. Die Offiziere bedürfen keiner Gegenzeichnung durch die Soldatenräte mehr. Deren Kompetenz wird „auf die Fürsorge der Truppen, auf wirtschaftliche und soziale Fragen, auf Urlaub und Disziplinarsachen“[268] beschränkt. Es ist der Beginn vom Ende der Soldatenräte, die ihre militärische Kompetenz abgeben müssen.

In Baden müssen viele Soldaten die Neutrale Zone, die sich über einen Großteil des badischen Staatsgebietes erstreckt, verlassen. Mit der Demobilisierung der deutschen Armee ist ihre militärpolizeiliche Aufgabe erfüllt. Mit der Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung ihre politische. Die „zunehmende Radikalisierung der badischen Arbeiterräte im Frühjahr 1919“[269], veranlasst die badische Regierung, die Rätebewegung in Baden aufzulösen.

---

[264] Ebd., 96.
[265] Ebd., 97.
[266] Ebd., 98.
[267] Ebd. 102.
[268] Carsten, Francis: Revolution in Mitteleuropa 1918-1919.
[269] Schmidgall 2012, 281.

Außerdem wird der deutschen Delegation bei den Waffenstillstandsverhandlungen Anfang März 1919 mitgeteilt, dass die Alliierten keinerlei Räteorganisationen in der Neutralen Zone dulden würden. Auf einer Konferenz der Arbeiterräte der größeren Städte in der neutralen Zone am 18. März 1919 beschließt man deshalb die Umwandlung der Räte in *Volkssekretariate*. In der darauffolgenden Anordnung des Innenministers Haas an die Bezirksämter vom 24. März 1919 ist jedoch nur noch von einer umgehenden Auflösung der Arbeiter-, Bauern- und Volksräte wegen Verbots durch die Alliierten die Rede[270]. Der am 2. April zum Innenminister avancierte Remmele verschiebt kurz nach Amtsantritt am 3. April jedoch diese Auflösung, ohne auf Einspruch der Alliierten zu stoßen.

Im Laufe des Frühjahrs und Sommers 1919 lösen sich aber die meisten der Arbeiter- und Volksräte auf oder schränken ihre Aktivität ein. Nur ein Teil der oberbadischen Räte leiste Widerstand.

> *Auf der sechsten Landesversammlung am 18. August 1919 in Karlsruhe wird ein entsprechender Antrag zur sofortigen Auflösung aller verbliebenen Räte in Baden von den Delegierten nicht angenommen. Diese starke Fraktion unter den Delegierten macht es für die Landeszentrale notwendig, einen abgeschwächten Kompromissvorschlag in das Plenum einzubringen, um überhaupt zu einem Beschlussergebnis zu kommen. Demnach sollen die Räte erst mit dem Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes nach Paragraph 34 der Weimarer Reichsverfassung endgültig aufgelöst werden. Einzelne Arbeiter- und Volksräte sollen darüber hinaus in Volkssekretariate umgewandelt werden, um als Auskunftsstelle für Arbeiter zu dienen.*[271]

Nur ganz knapp mit 49 zu 45 Stimmen werden zwei Anträge abgelehnt, die die Weiterexistenz der kommunalen Arbeiter- und Volksräte zum Ziel hat.

Am 8. September ordnet Remmele dann die Einstellung sämtlicher Zahlungen an die Arbeiter- und Volksräte ab 1. Oktober 1919 an. In der Folge lösen sich die verbliebenen lokalen Räteorganisationen auf.

Die Landeszentrale schickt am 3. Oktober eine Stellungnahme an den Zentralrat in Berlin, in der die Auflösung mit der ausreichenden Vertretung in den demokratischen Institutionen begründet wird:

> *... Die Umwandlung vom monarchischen Staate in die demokratische Staatsform vollzog sich in Baden viel reibungsloser als dies im Norden Deutschlands der Fall war. Das Erbe der Revolution von 1848, eine stärkere Durchdringung des demokratischen Gedankens in dem Großteil aller Volksschichten, ferner das Vorhandensein einer verhältnismäßig vorzüglich politisch und gewerkschaftlich geschulten Arbeiterschaft, ein kräftiges Genossenschaftswesen, ließen die Umwandlung viel lautloser und nicht weniger gründlich als im Norden Deutschlands vor sich gehen. ...*
>
> *Wir faßten unsere Umwälzungstätigkeit eben nicht so auf, daß wir, außer Rand und Band geraten, alles erst in Fetzen rissen, darunter auch noch das Brauchbare, sondern daß wir auf dem Bestehenden sorgsam aufbauten und es in möglichst ruhiger Entwicklung den Weg führten, so weit wir die Macht hatten, welcher uns als der geeignetste, zum Wohle des Gesamtvolkes am besten erscheinende, vorkam. ...*
>
> *Die überaus große Mehrzahl der bad. Arbeiterräte stellte sich auf jeder ihrer Tagungen entschieden zur jetzt bestehenden Staatsform und ließ über diese Auffassung niemals Unklarheit. Nachdem die Wahlen in Baden im Verlaufe eines halben Jahres, von der bad. Nationalversammlung mit anschließender Regierungsbildung bis zu den Gemeinderatswahlen im letzten kleinen Dorfe, vollzogen waren und Mitglieder der Arbeiterräte heute sowohl in der*

[270] Brandt & Rürup, Fußnote 34,136.
[271] Schmidgall 2012, 283-284.

bad. Regierung wie auch in der Nationalversammlung, in den Kreis- und Bezirksräten, in Stadträten und Stadtverordnetenversammlungen, als Gemeinderäte und Gemeindeverordnete, in einer statistisch festgelegten Zahl von weit über 1000 Personen vertreten sind (neben den übrigen gewählten Vertretern der arbeitenden Schichten natürlich), kann die politische Tätigkeit der Arbeiterräte in Baden seit längerer Zeit als abgeschlossen gelten. ...[272]

Remmele kommentiert die Auflösung der Arbeiter-, Bauern- und Volksräte folgendermaßen:

Damit hatten die Arbeiterräte aufgehört zu existieren. Viel Übles war ihnen nachgeredet worden. Doch seien wir gerecht. Wo sich Arbeiterräte Unkorrektheiten zuschulde kommen ließen, war nicht böser Wille das Leitmotiv; ebenso wenig lag die Absicht vor, den Behörden die Arbeit unmöglich zu machen. Es sprach hierbei vielmehr fast ausschließlich die Unkenntnis gegenüber der Verwaltungsmaschinerie und vielleicht auch häufig die Tatsache mit, daß in der Zeit des allgemeinen Umsturzes viele Männer an die Oberfläche des politischen Lebens getragen wurden, die sich vordem nie um Politik gekümmert hatten. Mitunter traten auch Leute an die Öffentlichkeit, welche ihrer ganzen Charakteranlage nach wenig Garantie für Solidität und ernste Pflichterfüllung bieten konnten. Soll man hierüber klagen und räsonnieren? ... Ist aber Staat und Volk wieder leidlich gesund, und das Schlimmste überwunden, dann verschwinden jene Leute ganz von selbst wieder aus der Öffentlichkeit. Und gelegentlich hilft diese selbst dabei ein bißchen nach.[273]

Aktiver Zeitzeuge Adam Remmele

Vieles meinen wir aus heutiger Sicht besser zu wissen, wie die Revolution von 1918 hätte verlaufen sollen. Dies ist auch abhängig von unserer politischen Einstellung und den Wunschvorstellungen, wie wir die Revolution gerne verwirklicht gesehen hätten.

Dabei blenden wir die Umstände der Zeit aus und - noch häufiger - die Mentalität und die Wünsche der Bevölkerung von damals. Es wird auch übersehen, dass Preußen und das Deutsche Reich nicht Baden waren, dass hier unterschiedliche Kulturen, gesellschaftlich wie politisch herrschten. Berlin lässt sich nicht auf Baden übertragen. Im liberalen Baden war man politisch und gesellschaftlich weiter. Auch 100 Jahre später ist noch immer ein Unterschied diesbezüglich wahrnehmbar. Im Baden von damals wurde ein Miteinander dem Gegeneinander vorgezogen. Baden war koalitionsfähiger und konsensfähiger als Berlin.

Und um die Stimmung von damals besser einordnen zu können, haben wir bereits eine der ganz wichtigen Personen der Revolution von Baden zu Wort kommen lassen, die entscheidenden Anteil an den revolutionären Verläufen und der späteren Demokratie in Baden hatte: Adam Remmele. 1911 bereits in den Mannheimer Stadtrat gewählt, war er einer der einflussreichsten Politiker der damaligen Zeit. Er war aber nicht nur Politiker der Weimarer Republik, er war Soldatenrevolutionär und stand in der Spitze der Rätebewegung in Baden. Wenn es jemanden gibt, der sich auskennt und gleichzeitig sein tiefes Demokratieverständnis auch in den Folgejahren gegen Rechts und Links unter Beweis stellte, dann ist es er.

Von September bis November war Remmeles „Kriegsdienstzeit“, wie er es selbst bezeichnete, als Landsturmmann in Villingen, wo er am 9. November 1918 in der Villinger Kaserne eine flammende Ansprache hielt, die die Bildung des Villinger Arbeiter- und Soldatenrates zur Folge hatte. Unvergessen sind seine Worte: „Das Bataillon hört auf den Landsturmmann Remmele“. Aber schon kurz darauf war Remmele wieder in Mannheim, wo er dringend gebraucht wurde. Durch die

[272] Wimmer 2009, 112.
[273] Ebd., 113.

Landesversammlung der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte in Mannheim wurde er in die beschriebene dreiköpfige *Landeszentrale* gewählt.

Seit 2. April 1919 war er Innenminister in Baden, zwei Mal hatte er das repräsentative Amt des Staatspräsidenten inne (1922/23 und 1927/28), zusätzlich war er von November 1925 bis November 1926 Kultusminister. Als Innenminister leistete Adam Remmele Bedeutendes: Er formte eine sehr effektive, demokratische Polizei, schuf eine mustergültige Kreis- und Gemeindeordnung, die nach dem Zweiten Weltkrieg erneut für kurze Zeit gültig war und entwickelte zukunftsweisende Ideen für eine Neugestaltung des Deutschen Reiches.

Wegen seines kompromisslosen Eintretens für eine soziale und demokratische Republik wurde er natürlich angefeindet, vor allem von den Extremisten auf der linken Seite und auf der äußersten Rechten. Gegen Ende seiner Amtszeit als Innenminister wurde er vor allem von den Deutschnationalen und den Nazis immer heftiger angegriffen und schließlich so zermürbt, dass er bei der Landtagswahl 1929 nicht mehr kandidierte. Trotzdem stellte er sich auf dringendes Bitten der SPD nochmals für das Amt des Kultus- und Justizministers zur Verfügung, das er bis zur Neubildung der badischen Regierung im Juni 1931 versah. Remmele war auch Mitglied des Reichstages von Mai 1928 bis zum März 1933 und während seiner gesamten Tätigkeit als Minister zusätzlich noch Mitglied des Reichsrates. Insofern für uns eine integre Figur, deren Meinung ein hoher Stellenwert beizumessen ist. Seine Einschätzung der Funktion der Räte im Rahmen des Umsturzes ist zutreffender als unsere Beurteilung von heute.

Ohne Zweifel werden viele nicht seine Meinung geteilt haben. Ein Mannheimer Arbeiter kann anderes gedacht haben, ein Schwarzwälder Bauer ebenso und ein Bürger einer Kleinstadt hatte wieder andere Wünsche, Hoffnungen und Ängste. Aber es würde den Rahmen dieses Artikels völlig sprengen, alle zu Wort kommen zu lassen.

Sein Bruder Hermann[274], erst USPD-Mitglied, später im Zentralkomitee der KPD, hat seine Meinung nicht geteilt. Doch ob er seine eigene tief kommunistische Einstellung angesichts seiner Verurteilung zum Tode im Rahmen der Stalinschen Säuberung auch noch so vertreten hat, wird fraglich sein[275].

Die Landesversammlungen der Räte von 1919

Remmele erleben wir am besten in seiner Eigenschaft als Mitglied der Landeszentrale. Das gibt uns auch die Möglichkeit, noch mehr Einblick in die Denkweise der Räte zu gewinnen. So tauchen wir ein wenig ein in die Landesversammlungen der Räte und lassen dabei nicht nur Remmele zu Wort kommen. Die folgenden Passagen sind seiner Biographie entnommen.

Bei der *Zweiten Versammlung der Arbeiter-, Bauern-, Volks- und Soldatenräte* im Dezember 1918 wird deutlich, „dass die Befürworter der Errichtung einer revolutionären Diktatur des Proletariats weit in der Minderzahl“ sind. Die Landeszentrale mit Remmele an der Spitze hat an der Entwicklung der Räte „weg von radikalrevolutionären Zielen, hin zu einer sozialen und demokratisch strukturierten Republik“ „wesentlichen Anteil“[276]. Bei dieser werden auch die gegensätzlichen Positionen der beiden „feindlichen“[277] Brüder Hermann und Adam Remmele deutlich. Hermann Remmele, der bei der Ersten Versammlung die *badische Räterepublik* forderte

[274] Hermann Remmele, * 15.11.1880 in Ziegelhausen bei Heidelberg; † 7.3.1939 in Moskau, war ein deutscher kommunistischer Politiker (SPD, USPD, KPD); am 7.3.1939 wurde Remmele zum Tode verurteilt und am selben Tag auf dem Donskoi-Friedhof erschossen.

[275] Seine Tochter Hedwig schreibt später:“ Mein Vater hätte 1933 in Deutschland bleiben sollen. Die Faschisten hätten ihn zwar erschlagen, aber noch besser also von den eigenen Genossen“. Von 68 deutschen Funktionären in der Sowjetunion wurden 41 ermordet.

[276] Wimmer 2009, 106.

[277] Diese Beziehung wurde im Reichstag geprägt. S. Fußnote 21, Wimmer 2009, 97.

und an den Aufbau einer Roten Armee denkt, propagiert nun die *Weltrevolution*, während Adam Remmele den *geordneten Übergang zur Demokratie* fordert.

Am 3. Januar ergeht von der Landeszentrale ein *Aufruf*:

> *An die Arbeiter-, Bauern- und Volksräte!*
>
> *... Wir sind trotz mancher Gerüchte überzeugt, daß der gesunde Sinn des badischen Volkes törichte Gedanken einiger Fanatiker nicht zur Durchführung kommen lässt. Seid trotzdem auf der Hut! Wir erwarten von Euch, daß Ihr erforderlichenfalls im Bunde mit der Volkswehr jeden Versuch der brutalen Diktatur einer Minderheit energisch unterdrückt. ...*
>
> *Es lebe das Recht, die Freiheit und die Demokratie!*[278]

Unterschrieben ist der Aufruf nicht nur von den drei Mitgliedern der Landeszentrale, Kluge, Maier und Remmele, sondern auch von allen Mitgliedern der vorläufigen Volksregierung, auch der beiden USPD-Mitglieder Brümmer und Schwarz.

Kritisiert wird aber auch das rückständige Verhalten von einigen Bezirksamtmännern, hier die Kritik von Remmele:

> *Was das Verhältnis zu den staatlichen Behörden betrifft, so ist im Lande nicht immer das nötige Verständnis bei den Bezirksamtmännern zu finden. Die Herren sind oft zugeknöpft bis zum Halse hinauf.*[279]

Remmele betont bei der Zweiten Versammlung auch die Funktion der Räte:

> *Eine wichtige Aufgabe der A.- u. S.-Räte ist die Kontrolle der Lebensmittelversorgung, der Kampf gegen den Wucher und Schleichhandel. Auch hier soll nun eine Regelung geschaffen werden, die Beauftragten der A.- u. S.-Räte sollten polizeiliche Befugnisse erhalten. Beschlagnahmte Güter sind den kommunalen oder staatlichen Behörden zuzuführen*.[280]

Und er unterstreicht auch den positven Unterschied von Baden zum Rest des Reiches:

> *Man hat wiederholt aus den eigenen Reihen den Vorwurf gebracht, wir in Baden hätten die Revolution anders gemacht als in Preußen oder Sachsen. Man muß aber doch bedenken, daß bei uns in Baden ganz andere Verhältnisse vorhanden sind als im Norden; es sei nur an das Wahlrecht, an die Selbstverwaltung der Gemeinden erinnert; auch das Verfassungsleben ist ein ganz anderes. Wenn einmal geprüft werden wird, wo die Arbeiter besser gefahren sind, im Norden oder bei uns, dann werden wir im Süden die Rechnung nicht zu scheuen brauchen. (Sehr richtig!). Die Landeszentrale hat mit den Regierungsstellen und den Behörden und Gemeindeverwaltungen in gutem Einvernehmen gearbeitet. (Beifall.)*[281]

Kurz nach der Wahl zur Nationalversammlung am 5. Januar tritt am 10. Januar in Durlach *die Dritte Landesversammlung der Arbeiter-, Bauern-, Volks- und Soldatenräte* zusammen. Beraten wird über die Stellungnahme der Räte zur Wahl. Festgestellt wird, dass in der Nationalversammlung „eine reaktionäre Mehrheit nicht vorhanden ist“.[282]

Emil Maier[283], Mitglied der Landeszentrale definiert die kommenden Aufgaben der Räte:

---

[278] Ebd.
[279] Ebd. 100.
[280] Ebd.
[281] Ebd.
[282] Ebd., 107.
[283] Emil Maier, * 11.8.1876 in Dunningen; † 14.8.1932 in Freudenstadt, Arbeiter- und Soldatenrat 1918/1919 in Heidelberg und Mitglied der Landeszentrale, Befürworter einer parlamentarische Republik.

Aufgabe der Räte sei es nun, eine politische Sicherung der Errungenschaften der Revolution vorzunehmen und dieser politischen Sicherung dann die militärische folgen zu lassen. Die politische Sicherung sei vorerst allerdings schon deshalb geleistet, weil die vorläufige Regierung bis zur Annahme der Verfassung im Amte bleibe. Diesem Vorschlag der SPD hätten die Koalitionspartner Zentrum und DDP zugestimmt. Auch die Landeszentrale bleibe bestehen und kontrolliere nach wie vor die Regierung. Die Arbeiten der beiden ausgeschiedenen Minister Brümmer und Schwarz seien dem Landesausschuss der Soldatenräte übertragen worden.[284]

Der aus der Regierung ausgeschiedene Johann Brümmer beklagt:

Was haben die bürgerlichen Vertreter bisher geleistet? Sie haben die Interessen des Kapitalismus bisher vertreten, wie kann man ihrer Umwandlung nun Vertrauen schenken? Es soll in Baden diejenige Republik entstehen, die wir in Frankreich und Amerika bisher verhöhnt haben. Die sozialistische Demokratie ist etwas anderes die bürgerliche Demokratie.[285]

Karl Wehner[286] drückt treffend die Meinung der Mehrheit der Delegierten aus:

Die Fortschritte auf dem Lande sind weit besser wie in den Städten; das hat seine Ursache aber nur in dem Bruderkampf, der in den Städten herrscht; weil auch bei uns die Berlinerei eingerissen ist...Wir müssen uns mit dem Ausfall der Wahlen abfinden; die Erklärungen der bürgerlichen Minister müssen uns befriedigen; wir haben die Aufgabe, darauf zu achten, daß sie ihr Versprechen halten.[287]

Er geht in seiner Rede auch auf die Vorbereitungen von „Wirrköpfen“, die „Dummheiten machen würden“ ein, wirbt für eine kritische Aufmerksamkeit denen gegenüber und stellt fest, dass jetzt nur noch geerntet werden muss, was gesät ist:

So schlau wie die andere Seite sind wir auch noch, wir wären die größten Esel, wenn wir mit gebundenen Händen warten würden, bis die anderen uns die Gurgel zudrücken werden. (Lebhafter Beifall.) In Berlin sehen wir, wie weit es mit der Gutmütigkeit der Regierung gekommen ist. Soweit lassen wir es in Karlsruhe nicht kommen. (Stürmische Zustimmung.) ... Uns bleibt nur der eine Weg übrig, zu beschließen: wir stehen Gewehr bei Fuß, tun unsere Pflicht und Schuldigkeit, sorgen für Ruhe und Ordnung, und dann soll die Nationalversammlung zeigen, daß sie ihre Versprechungen wahr macht. ... Der Boden ist im ganzen Lande beackert, wir müssen nun säen, um ernten zu können. Gehen wir hinaus und arbeiten wir positiv, aufklärend, dann wird es zum Heile der ganzen Arbeiterschaft ausschlagen. (Lebhafter Beifall.)[288]

Es wird dann folgende Resolution beschlossen:

...Die A.-, B.-, V.- und S.-Räte bestehen deshalb solange fort, bis die Erfolge der Revolution von der Nationalversammlung verbürgt sind. Als solche Erfolge kommen besonders in Betracht:

Sicherung der demokratischen Volksrepublik und ihrer Verfassung. Durchführung der Wahlen zu den Gemeinde-, Bezirks- und Kreisversammlungen auf dem Boden des Wahlrechts für die Nationalversammlung. Inangriffnahme der Sozialisierung derjenigen Betriebe, bei welchen die

[284] Wimmer 2009, 107.
[285] Ebd.
[286] Karl Wilhelm Wehner, * 5.12.1875 in Alt Weisbach; † 9. 6.1957 in Mannheim, Sekretär des Mannheimer Arbeiter- und Soldatenrates sowie Mitglied der Landeszentrale der Arbeiter- und Soldatenräte in Baden.
[287] Wimmer 2009, 107.
[288] Ebd., 107-108.

erforderlichen Voraussetzungen vorliegen. Sicherung des Achtstundentages. Ersetzung der heutigen Heeresorganisation durch ein Volksheer auf demokratischer Grundlage.[289]

Das Schlusswort der Versammlung hat dann Adam Remmele:

Wir haben beschlossen, daß die vorläufige Regierung und die Nationalversammlung unser Vertrauen hat, daß wir aber hoffen, daß Regierung und Nationalversammlung unser Vertrauen nicht täuschen. Das Gelöbnis wollen wir aber ablegen, daß, wenn im Lande Baden der Versuch gemacht werden sollte, von rechts oder links, die Arbeit der Nationalversammlung zu stören, es Aufgabe der A.- und S.-Räte sein wird, hinter dem heutigen Beschlusse zu stehen. Wenn mit Wort und Schrift gekämpft wird, so wollen wir in Wort und Schrift antworten. Wenn aber mit anderen Mitteln gekämpft werden soll, dann werden wir auch mit anderen Mitteln antworten, und wenn es sein muß mit Maschinengewehren. (Stürmischer Beifall.) Vorwärts und aufwärts, an die Arbeit, das ist unsere Losung. Damit ist die Tagung geschlossen.[290]

Am 22. Februar rufen Mannheimer Metallarbeiter als Reaktion auf die Ermordung Eisners einen Generalstreik aus und der Kommunist Albert Stolzenburg proklamiert die *süddeutsche Räte-Republik* in Mannheim. Der *Revolutionäre Arbeiter-Rat* wird als höchste Behörde der Stadt Mannheim ins Leben gerufen und das *Standrecht* (Anm.: am fettesten geschrieben im Aufruf an die Bevölkerung Mannheims) wird verhängt. Es folgen Plünderungen und Gefangenenbefreiungen, so dass am gleichen Tag die provisorische Regierung den Belagerungszustand über das ganze Land verhängt.

Die Landeszentrale und der Elferrat der Arbeiter-, Bauern-, und Volksräte sprechen sich am Abend gegen alle Putschversuche aus. In Mannheim zeigen sich „die in beiden sozialdemokratischen Parteien, den Gewerkschaften und den Räten organisierten Arbeiter ganz überwiegend nicht bereit, der Ausrufung der Räterepublik zu folgen“[291]. Am Folgetag bewirken die lokale MSPD und USPD, dass der Aufstand beendet wird, indem sie die Anerkennung der provisorischen Regierung bekräftigen und den Anstoß zur Auflösung des *Revolutionären Arbeiterrates*, zur Freigabe besetzter Gebäude und zur Ablieferung der Waffen geben.

Ende Februar veröffentlichen gemeinsam Arbeiter-, Bauern-, Volks- und Soldatenräte einen Aufruf an das badische Volk und die anderen Arbeiter - und Volksräte, in dem sie ausdrücklich darauf verweisen, dass sie „auf dem Boden der Gesetzmäßigkeit und Demokratie“ bleiben und eindringlich davor warnen, „die gesicherten Erfolge der Revolution“ in Frage zu stellen. Unterzeichnet ist von der *Landeszentrale* und dem *Elferrat* und vom *Landesausschuß der Soldatenräte.*

An das badische Volk!
Arbeiter- und Volksräte!

Gerechte Empörung über die Meuchelmorde in München erfüllt Euch, aber Erregung ist ein schlechter politischer Berater. Terroristische Elemente versuchen, diese Ereignisse mit reaktionären Bestrebungen in Zusammenhang zu bringen, um unter Umständen mit Gewaltmitteln einen neuen Umsturz hervorzurufen.
Ungeahntes Elend für unser erschöpftes Volk wäre die Folge der zweiten Umwälzung. Auch die durch die Nationalversammlung gesicherten Erfolge der Revolution würden dadurch wieder in Frage gestellt, der völlige Zusammenbruch unserer Volkswirtschaft und der Staatsbankrott unvermeidlich.
Das revolutionäre Proletariat steht im Verein mit den Soldaten seit Beginn der Revolution hinter der vorläufigen Volksregierung, die mit ihrer Autorität unsere Forderungen stützt.

[289] Ebd., 108.
[290] Ebd., 109.
[291] Engehausen & Weber 2018, 50.

Ein Teil der bürgerlichen Presse hat zwar durch eine zügellose Hetze gegen die Soldaten-, Arbeiter- und Volksräte und ohne sich über die Wirkung dieser Hetze im Klaren zu sein, die Stimmung geschaffen, aus der eine zweite Umwälzung herauswachsen könnte. Das Proletariat läßt sich aber nicht von seinem klar erkannten politischen Ziel abdrängen; es bleibt auf dem Boden der Gesetzmäßigkeit und der Demokratie, auf dem allein nur die Früchte der Revolution heranreifen können.
Arbeiter, Beamte, Bauern, jetzt gilt es, unser bei Beginn der Revolution gegebenes Wort einzulösen, das heißt in ruhiger Arbeit den sozialistisch-demokratischen Volksstaat aufzubauen. Mit allem Nachdruck stemmen wir uns gegen jeden Putschversuch, von welcher Seite er immer kommen möge. Völliges Einverständnis zwischen den allein ausschlaggebenden Faktoren, Regierung und Landeszentrale der A.-B.- und V.-Räte sowie dem Landesausschuß der Soldatenräte ist in dieser Frage hergestellt.
Seid ohne Sorge und im Geiste der Ordnung bereit, führt nur die von uns gegengezeichneten Befehle aus![292]

Am 1. März findet in Durlach die *Vierte Landesversammlung der Arbeiter-, Bauern-, Volks- und Soldatenräte* statt, auf dem Remmele zum Thema „Die politische Lage im Lande und im Reich" referiert und dabei die Februarunruhen in Deutschland und in Mannheim im Blick hat.

Die politischen Bewegungen und Unruhen, die das Reich erschütterten, sind Wirkungen der ungenügenden Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln. Die Beschwerden, die aus allen Teilen des Landes über Schleichhandel usw. kamen, sind durchweg berechtigt, aber sehr schwer ist es, diese Beschwerden zu beheben. Der Trieb nach reichlicherer Ernährung ist nach dem Wegfall der Schwerarbeiterzulage ein stärkerer geworden. Der Schleichhandel der Betriebe usw. ist beseitigt, die Arbeiter spüren nun den Druck der Lage um so schwerer. ...

Die vom Felde zurückgekehrten Söhne der Bauern und die Bauern, die draußen waren, wollen den Zwang beseitigen, mit Gewalt wollen sie die Maßnahmen der Behörden zunichte machen. Sie leisten nicht nur passiven Widerstand, sondern es kam auch zu Gewalt; es kamen direkt Revolten vor. Es öffnet sich eine Kluft zwischen Stadt und Land. Die Arbeiterräte sind auch gegen die Zwangsmaßnahmen, wir wissen auch, daß, solange die Lebensmittel so knapp sind, ein Abbau der Zwangswirtschaft nicht möglich ist. Es ist sehr schwer für jede Regierung, Ordnung zu schaffen. Hierzu kommt, daß wir wohl eine Regierung haben, aber keine Staatsgewalt mehr; der vorläufigen Regierung fehlen die Machtmittel. ...[293]

Und er warnt, dass wenn eine *Zweite* (linke) *Revolution* komme, eine *dritte* (rechte) folge:

Die Landeszentrale und die vorläufige Regierung sind seit Wochen schon darüber informiert, daß eine zweite Welle der Revolution kommen wird. Viele hofften, daß mit dem Zusammenbruch des alten Systems sofort bessere Verhältnisse kommen würden. Wenn der Zusammenbruch zum zweitenmal kommt und wir nicht die nötigen geistigen Kräfte in Staat und Gemeinde haben, dann wird logischerweise die dritte Revolution folgen.[294]

Er geht nun näher auf die Mannheimer Unruhen ein:

Wir haben nun in Mannheim die Tatsache, daß große Kreise der Bevölkerung, Arbeiter wie Bürger, ständig in Ängsten leben. Die anderen dürfen sich bewaffnen, aber die anständigen Bürger stehen mit gebundenen Händen da. Wir gehen unter, wenn es so weiter geht. (Zustimmung.) ...Glaubt man denn, daß durch solche Putschversuche der Revolution irgendwie gedient ist? Durch solche Beispiele wird dem Ansehen der Revolution geschadet. Der Putsch kam nicht von ungefähr, er war vor Wochen schon vorgesehen und vorbereitet. Es

[292] Stadtarchiv Karlruhe, Abt. 8/PBS X Nr. 1134.
[293] Ebd., 109
[294] Ebd., 110.

waren Autos mit Maschinengewehren nach Schwetzingen gebracht worden. Im März sollte der Putsch veranstaltet werden, der Tod Eisners ließ die Explosion nur zu früh kommen. Die Mehrheitssozialisten stehen auf dem Boden der Demokratie und des Parlamentarismus, die Unabhängigen sind geteilt.[295]

Kritik gibt es deutlich für die Bestrebungen, eine sozialistischere Revolution durchzusetzen:

Das, was sich jetzt in Deutschland abspielt, ist nicht geeignet, die demokratischsozialistische Republik zu fördern. Wir wollen mitarbeiten, daß es langsam wieder besser wird, wir lehnen aber die Gewaltpolitik ab, die nur neues Unglück bringt und als Schluß bewirkt, daß am Ende der Zusammenbruch der Moral der Wirtschaft da ist. Sorgen wir dafür, daß wir nicht selbst die Schwierigkeiten größer machen, als sie sind. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen)[296]

Konsequenz der Rede ist dann folgende ohne Widerspruch angenommene Resolution:

Die heutige Landeskonferenz der A.-, B.-, V.- u. S.-Räte erklärt, daß sie nach wie vor auf dem Boden der Demokratie steht und jede Anwendung von Gewalt durch eine Minderheit entschieden ablehnt. Die Konferenz verurteilt aufs schärfste die Vorkommnisse vom 22. bis 24. Februar, die sich in Mannheim abgespielt haben und die die Revolution und deren Träger in größten Mißkredit bringen. Die Konferenz erklärt sich mit den von der Regierung getroffenen Maßnahmen, die dazu bestimmt waren; diesen spartakistischen Putsch zu lokalisieren und niederzudrücken, um das Volk vor Hunger, Elend und Zusammenbruch zu bewahren, einverstanden..)[297]

Die Angst vor der bolschewistischen Gefahr

Vielfach wird geschrieben, dass es in Deutschland keine Gefahr eines bolschewistischen Umsturzes wie in Russland gab.

Nachweislich lehnten die badischen Soldatenräte mehrheitlich den Bolschewismus ab:

Wir wollen hier keine bolschewistischen Zustände, die uns an den Abgrund bringen, und werden solche mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln unterdrücken und bekämpfen.[298]

Was es aber eindeutig gab, war die Furcht in der Bevölkerung vor einer Bolschewisierung. Und diese ging von rechts bis tief hinein in die Sozialdemokratie. Wenn man dies aus den ersten freien Wahlen abliest, dann kann man erkennen, dass in Deutschland, in Baden und auch in Schiltach nicht nur eine Mehrheit ein Rätesystem und eine Bolschewisierung ablehnte, sondern fast das komplette Volk.

Bezeichnend dafür ist ein Artikel vom 10. März 1919 im Kinzigtäler, der über eine angenommene Resolution bei einer stark besuchten Versammlung des Deutsch-Demokratischen Vereins (DDP), einer Partei, die sich als wahrlich demokratisch ausgerichtet erweist, in Schiltach im Rössle berichtet:

Die von dem Deutsch-Demokratischen Verein Schiltach-Lehengericht am 9. März 1919 einberufene öffentliche Versammlung gibt ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß eine Rettung aus den verworrenen, den weiteren Bestand unseres Vaterlandes schwer bedrohenden Zuständen nur dann möglich ist, wenn sich unser ganzes Volk entschlossen hinter Reichsregierung und Nationalversammlung stellt. Sie erwartet, daß die Reichsregierung die verbrecherischen Elemente, welche den Aufbau des deutschen demokratischen Staates

[295] Ebd.
[296] Ebd., 111.
[297] Ebd.
[298] Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrates von Durlach am 26. November 1918. Stadtarchiv Karlsruhe 8-StS 14 Nr. 130.

verhindern wollen, um den Terror einer kleinen Minderheit an seine Stelle zu setzen, mit allen Machtmitteln unterdrücken wird…[299]

Um das zu verstehen, müssen wir kurz nach Bayern schauen.

Die Revolutionen in Bayern

Anhand der bayerischen Abläufe der zweiten, dritten und vierten Revolution kann man erkennen, dass das Misstrauen der MSPD in die Räte begründet ist. Da kann noch so oft betont werden, dass die linksextremen Räte in der Minderheit waren und die Räte mehrheitlich den Regierungen nah standen. Als wie Bayern die Umstände zu einem Machtvakuum führen, setzen sich ganz schnell die linksradikalen Kräfte durch. Hier können die Auswüchse nur angerissen werden.[300]

Kurt Eisner, USPD, hatte am 8. November 1918, ein Tag vor Berlin, in Bayern die Republik ausgerufen. Nachdem die Partei des Ministerpräsidenten Kurt Eisner, die USPD, am 12. Januar gnadenlos vom Wählervolk abgestraft wird, kündigt er, nachdem er davon schon 5 Wochen zuvor gesprochen hat, am 20. Februar vor dem versammelten Kongress der bayerischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte die „Zweite Revolution“ an, um die Regierungsgewalt auf die Räte übergehen zu lassen, "welche die Regelung der politischen Verhältnisse kraft revolutionären Rechts für sich in Anspruch"[301] nehmen sollen.

Am Folgetag wird in München auf offenere Straße der bayrische Ministerpräsident Kurt Eisner auf dem Weg zu seiner Demission im Landtag durch zwei Schüsse in den Hinterkopf ermordet. Bei den Landtagswahlen im Januar hatte seine Partei USPD so gerade einmal 2,5% erhalten. Eine Stunde später wird Eisners mutmaßlicher Nachfolger, Innenminister Erhard Auer, der Vorsitzender der bayrischen MSPD, im Landtag durch Schüsse als Gegenreaktion schwer verletzt.

Das Machtvakuum füllt der Zentralrat der Räte, der am 21. Februar die Todesstrafe gegen Diebstahl und Plünderungen verhängt, die Pressefreiheit gegen nichtsozialistische Zeitungen aufhebt und Geiseln in "Schutzhaft" nimmt. „Diese werden weitgehend zufällig aus Kreisen des Münchner Bürgertums und der Offiziere ausgewählt und in das Hotel ‚Bayerischer Hof‘ gebracht.“[302] Die weiteren Zielsetzungen der Räte sind unklar. Geplant ist aber eine Verankerung der Räte in der Verfassung, ein rein sozialistisches Ministerium entgegen der Wahlergebnisse.

Ein einberufener Rätekongress spricht sich am 28. Februar mit deutlicher Mehrheit gegen die Einführung einer Räterepublik aus. Da „eine Neuordnung der politischen Verhältnisse auf parlamentarischem Wege“ nicht durchsetzbar ist, „wie die Landtagswahlen vom 12. Januar 1919 und die Abstimmung im Rätekongress am 28. Februar 1919 zeig[t]en“[303], versucht die äußerste Linke in Bayern auf revolutionärem Weg in dieser für sie demokratisch aussichtslosen Situation ihre Ziele durchzusetzen.

---

[299] Kinzigtäler, 10.03.1919, Stadtarchiv Wolfach.
[300] Mehr kann man nachlesen unter: Grau, Bernhard: Revolution 1918/19; https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Revolution,_1918/1919#Etappen_der_Revolution_II:_Von_der_Ermordung_Eisners_bis_zur_Ausrufung_der_M.C3.BCnchner_R.C3.A4terepublik_.2821._Februar-7._April_1919.29.
[301] Schmalzl, Markus: Zweite Revolution, 1919; https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Zweite_Revolution,_1919.
[302] Ebd.
[303] Ebd.

Am 7. April setzt sie auf einer gemeinsamen Sitzung von Zentralrat und Revolutionärem Arbeiterrat die Ausrufung der „Baierischen“[304] Räterepublik durch. Die am 17. März vom Landtag gewählte und von mehreren Parteien incl. der USPD gebildete Kompromissregierung unter Johannes Hoffmann muss nach Bamberg fliehen und „verschafft[e] den Revolutionären in München freie Hand“[305].

Der revolutionäre Zentralrat proklamiert die *Räterepublik* und informiert die gesamte öffentliche Verwaltung, alle Stadt- und Gemeindebehörden „von der Machtübernahme der Räte“. Aus Anlass der sozialistischen Staatsgründung erklärt man den 7. April zum Nationalfeiertag und lässt ihn zur Mittagszeit eine halbe Stunde einläuten. Zum Schutz der „Dritten Revolution“ wird der Belagerungszustand über München verhängt, ein Zeichen dafür, „dass die Mehrheit der Bevölkerung einer Räterepublik ablehnend oder zumindest kritisch gegenüber“[306] steht. Ein „wahrhaft sozialistischen Gemeinwesens“[307] wird angekündigt.

> *Nach Eintreffen der Kreistelegramme erklärten sich die lokalen Räte häufig zu neuen Inhabern der öffentlichen Gewalt und besetzten die Rathäuser und staatlichen Behörden. Bürgermeister oder Bezirksamtmänner erhielten z.T. eigens bestellte Kontrollkommissare oder wurden ganz abgesetzt. Am Mittag folgte der öffentliche Demonstrationszug durch die Gemeinde und die Proklamation der Räterepublik auf rasch geschmückten Rathausplätzen.*

Jedoch stößt diese „Dritte Revolution“ nur auf teilweise Zustimmung in Bayern. In vielen Orten regt sich Widerstand etwa in Form sog. Bürgerstreiks oder gar in gewaltsamen Gegenmaßnahmen. „Weitreichende[…] Ankündigungen und dürftige[…] Maßnahmen“[308] zeigen die Fähigkeit der revolutionären Regierung. Außerdem nimmt das Kabinett Hoffman seine vermeintliche Absetzung nicht hin und leitet von Bamberg Maßnahmen zur Reetablierung der regulären Regierung ein.

Vom 7. April bis 13. April dauert die Herrschaft der *1. Räterepublik*. Nach einem erfolglosen *Palmsonntagputsch* der *Republikanischen Schutzwehr* kommt es durch einen „bürgerkriegsartigen Gewaltakt“[309] zu einer Räteregierung mit einem kommunistisch dominierten fünfköpfigen Vollzugsrat.

> *Der neue Vollzugsrat zögerte dann auch nicht, die vermeintlichen Halbherzigkeiten der abgelösten "Scheinräterepublik" durch energische Maßnahmen zu ersetzen: Ein sofort ausgerufener Generalstreik sollte zu diesem Zweck zunächst das öffentliche Leben lahmlegen und so den Weg für eine "Diktatur des Proletariats" bereiten. Die neuen Machthaber ordneten deshalb die vollständige Entwaffnung des Bürgertums und die Aufstellung einer Roten Armee an.*[310]

Doch ist diese kommunistische Räterepublik nur noch auf den Großraum München und Rosenheim beschränkt. Beendet wird sie, nachdem die Regierung Hoffman es mit allein bayrischen Kräften nicht schafft, der Roten Armee Herr zu werden, auf Geheiß Eberts und Scheidemanns mit der Reichswehr und damit verbündeten Freikorps, indem die bayrische Revolte blutig und mit brutalsten Mitteln niedergeschlagen wird.

Es ist also ersichtlich, dass trotz demokratischer Mehrheitsverhältnisse bei den Landtagswahlen und Mehrheit der Räte gegen ein Rätesystem, die Radikalen nur radikal genug sein müssen, um ihre

---

[304] Revolutionär ist auch das „i“ statt dem „y“.
[305] Bischel, Matthias: Räterepublik Baiern (1919); https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/R%C3%A4terepublik_Baiern_(1919).
[306] Ebd.
[307] Ebd.
[308] Ebd.
[309] Ebd.
[310] Ebd.

Zielsetzungen gegen das Volk durchzusetzen. Insofern ist dies ausdrücklich kein Vorwurf an die Räte in diesem Kapitel.

Die Vorgänge in Bayern weisen nur darauf, wie fragil und keineswegs gesichert die Situation im postrevolutionären Deutschland ist, dass bereits zwei Attentate an einem Tag ausreichen, um instabile Verhältnisse zu erzeugen. Und sie zeigen, wie sinnvoll das badische Vorgehen ist und dass es auch eine verständliche Reaktion der demokratisch gewählten Regierungen ist, die Macht einer weiteren, unberechenbaren Gewalt im Staat zu beenden. Und sie führen vor Augen, dass, wie in Russland, eine radikale Minderheit die Macht an sich reißen kann.

So bleibt angesichts der Vorgänge in Bayern zu konstatieren, dass der Ablauf der revolutionären Ereignisse in Baden im Gegensatz zu Bayern „relativ ruhig" verlief, wie es Adam Remmele beurteilt:

> *Die historische Gerechtigkeit verträgt ... die Feststellung, daß die Revolution in Baden ... relativ ruhig verlief. Früher sind Revolutionen immer mit Szenen der Gewalt verlaufen. Wir dürfen heute froh sein, daß damals nichts Schlimmeres passiert ist. Und daß es auch in den nächsten Tagen nicht zu Schlimmerem kam, ist zweifellos das Verdienst der Parteien, die besonnen und rasch genug dem dahinschießenden Strom ein Bett gruben, und der Vorläufigen Volksregierung, die sofort an die Stelle der alten und zusammengebrochenen Autorität eine neue setzte und sie allen Widerständen zum Trotz zu befestigen suchte. Wenn diese Autorität anfänglich auch schwach gewesen sein mag - sie hielt sich dank der Unterstützung der Arbeiter- und Soldatenräte aufrecht - so war sie doch immerhin viel besser, als gar keine Autorität oder gar als eine Diktatur.*[311]

Doch nach Bayern soll nun auch noch ein Blick über die Grenze nach Württemberg geworfen werden.

Die Revolution in Württemberg

Auch Württemberg weist seine eigene Variante auf dem Weg zur Etablierung eines demokratischen Systems auf. Weil es der direkte Nachbar von Baden ist, mit Schramberg aber auch von Schiltach, sei hier das Wichtigste von der württembergischen Revolution 1919 berichtet.

4. November 1918

Auf Initiative der Spartakisten wird auf einer Großdemonstration in Stuttgart die Abdankung des Kaisers und des württembergischen Königs gefordert. Ein Soldaten- und Arbeiterrat bildet sich in Stuttgart.

5. und 6. November 1918

Generalstreik in Friedrichshafen, auch dort Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrates. Infolge dieser Ereignisse tritt die bisherige württembergische Regierung unter dem nationalliberalen Ministerpräsidenten Karl von Weizsäcker am 6. November 1918 zurück, um einer parlamentarischen Regierung Platz zu machen. Der demokratisch-liberale Theodor Liesching wird bis 9.11. letzter königlich württembergischer Ministerpräsident.

9. November 1918

Im Namen des Königs wird von Liesching eine konstituierende Landesversammlung angeordnet, für die das allgemeine Wahlrecht gelten soll. Die Versammlung soll dann eine Verfassung auf demokratischer Grundlage ausarbeiten. Diese Ankündigung ist gedacht, um eine Revolution in Stuttgart zu vermeiden. Jedoch kann sie in Stuttgart damit nicht mehr verhindert werden.

[311] Wimmer, 2009, 88.

Am Vormittag kommt es zu einer Großdemonstration, die von der MSPD und USPD unterstützt wird. Wilhelm Keil von der MSPD kündigt eine „Soziale Republik“ an. Am Nachmittag wird als Reaktion auf die Verkündung der Republik durch Scheidemann in Berlin eine provisorische sozialistische Regierung aus Mitgliedern der MSPD und USPD gebildet. Chef der provisorischen Regierung wird der Journalist und altgediente Reichstagsabgeordnete Wilhelm Blos, der rein zufällig in Stuttgart weilt, nachdem Keil sich dafür nicht als geeignet ansieht. Blos wird Ministerpräsident und Außenminister des freien Volksstaats Württemberg. Seine Ehefrau wird im Januar 1919 als eine der ersten Frauen in die Nationalversammlung gewählt.

Der König verlässt unter Schutz der Regierung Stuttgart und wird nach Bebenhausen gebracht.

Am Abend erklärt die provisorische Regierung:

> *„Die Republik ist erklärt. Eine neue Epoche der Demokratie und der Freiheit bricht an, die alten Gewalten treten ab und das Volk, das die Revolution bewirkt hat, übernimmt die politische Macht.“*[312]

11. November 1918

Mit der Aufnahme der bürgerlichen Theodor Liesching (Demokraten) und Johannes Baptist von Kiene (Zentrum), die der letzten königlichen Regierung angehörten, und dem Nationalliberalen Julius Baumann wird wie auch in Baden eine Allparteienregierung gebildet. Die Entscheidung fällt ebenso hier aus Furcht vor einem „Beamtenstreik“ und der Einschätzung,

> *„daß eine rein sozialistische Regierung sich nicht würde durchsetzen können, namentlich, da die Revolution mit der Demobilisierung zusammenfiel. Die Aufnahme von Mitgliedern der bürgerlichen Parteien mußte die Stellung der Regierung wesentlich erleichtern, namentlich gegenüber der Beamtenschaft“.*[313]

Ebenso wie in Baden, bedingt aber auch, dass führende Spartakisten vom 6. bis 9. 11. verhaftet waren, verlieren radikale Elemente früh an Einfluss in den Räten. Außerdem steht die Stuttgarter Arbeiterschaft größtenteils hinter der MSPD.

Dem württembergischen Volk teilt die Regierung mit, dass „geeignete Fachleute für die Fortführung der Verwaltungsgeschäfte“[314] herangezogen wurden. Außerdem appelliert sie zum zweiten Mal seit dem 9.11. zur Wahrung der Sicherheit und Ordnung:

> *Die Umwälzung ist vorläufig vollzogen. Die friedliche Entwicklung muß das weitere Ziel sein. […] In erster Linie muß die strengste Ordnung gesichert werden, um die Städte und Industriegebiete vor dem Hungertod zu schützen. […] Planmäßiges, organisatorisches, friedliches und freiheitliches Zusammenarbeiten ist unsere Richtschnur. Setze jeder seinen Dienst und seine Arbeit in gewohnter Weise fort!*[315]

Die provisorische Landesregierung in Stuttgart beauftragt noch am selben Tag die MSPD-Ortsvereine, die Republik in den Städten des Königreiches Württemberg auszurufen.

> *In Schramberg beruft der SPD-Ortsverein dazu am Abend des 11. November 1918 eine Kundgebung in den Saal des Gasthauses „Lamm“ ein, die wegen des großen Andrangs aber*

[312] Engehausen & Weber 2018, 38.
[313] Blos, Monarchie, 29. In: Engehausen & Weber 2018, 39.
[314] Engehausen & Weber 2018, 40.
[315] Ebd., 41.

auf den Rathausplatz verlegt werden muss[te], wo sich etwa 3000 Menschen versammel[t]en.[316]

16. November 1918

Der König entbindet alle Staatsdiener von ihrem Diensteid gegenüber ihm. Der Beamtenapparat wird somit zur Stütze der provisorischen Regierung gegenüber radikalen Kräften. Die Räte werden auf Kontrollfunktionen beschränkt, die die Verwaltung nicht ernsthaft zu stören vermögen.

30. November 1918

König Wilhelm II legt die Krone nieder und nimmt den Titel „Herzog von Württemberg“ an.

8. Dezember 1918

Die erste Landesversammlung der württembergischen Arbeiterräte findet statt, an der etwa 120 Delegierte teilnehmen. Der dort gebildete Landesausschuss besteht überwiegend aus Mitgliedern der MSPD.

11. Dezember 1918

Als Wahltermin für die Verfassungsgebende Landesversammlung wird der 12. Januar 1919 festgelegt.

21. und 22. Dezember 1918

Wilhelm Keil betont auf der Landesversammlung der MSPD, dass kurzfristige Sozialisierungsmaßnahmen gefährlich seien.

> *Die Sozialisierung ist nur möglich auf Grund eines organisch gedachten und klar gefaßten Planes. Zunächst ist eine gesetzliche Grundlage dafür zu schaffen, ohne die jeder Sozialisierungsversuch zur Anarchie führen müßte.*[317]

Man könne „dem Sozialismus keinen schlechteren Dienst erweisen, als seine Verwirklichung zur Unzeit zu erzwingen“[318].

5. Januar 1919

> *„Man fühlte förmlich, daß sich Putsche und ähnliche Bewegungen vorbereiteten“, beschrieb Blos in der Rückschau die Situation am Jahreswechsel 1918/19 und erinnerte daran, dass der provisorischen Regierung wenig andere Mittel blieben, als an die Bevölkerung zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung zu appellieren*.[319]

Seit den Weihnachtsfeiertagen und als Reaktion auf die Berliner Vorfälle verschärft sich „die Agitation der Unabhängigen und anderer Radikaler“[320]. Die USPD wirbt mit einem Flugblatt „Gegen das Blutregiment Ebert Scheidemann“ für eine Demonstration am 30. Dezember.

Wie für die badische so besteht auch für die württembergische provisorische Regierung die Hauptaufgabe darin, mit einer Fülle von Augenblicksmaßnahmen auf die Tagesnöte, vor allem auf die schwierige Ernährungssituation, die sich durch die Demobilisierung noch verschärft, zu reagieren.[321]

---

[316] Kohlmann, Carsten: Vor 100 Jahren in Schramberg: SPD ruft die Republik aus, NRWZ, 11.11.2018; https://www.nrwz.de/schramberg/vor-100-jahren-in-schramberg-spd-ruft-die-republik-aus-die-republik-ausgerufen/215809.
[317] Engehausen & Weber 2018, 53.
[318] Keil, Erlebnisse Bd. 2, 126. In: Engehausen & Weber 2018, 53.
[319] Ebd., 51.
[320] Ebd., 53.
[321] Ebd., 52.

Auf einer Großkundgebung auf dem Schlossplatz wendet sich Keil als Hauptredner „gegen den spartakistischen Terror“:

> *Jede Herrschaft, die auf Gewalt aufgebaut ist, sagte ich, ist zum Untergang verurteilt. Der Glaube an eine Weltrevolution sei ein Irrwahn, der unser Handeln nicht beeinflussen dürfe.*[322]

Die mehrheitssozialdemokratische Presse greift den Tenor von Keils Rede auf und stellt einen Vergleich mit dem Beginn der Revolution an:

> *Es war ein Massenaufmarsch gleich demjenigen, der am 9. November die alten Gewalten zu Fall brachte. Aber dieser erneute Aufmarsch der Stuttgarter Arbeiterschaft gilt nicht mehr jenen Machthabern, deren Herrschaft der Vergangenheit angehört, sondern dem Versuch einer Minderheit, an Stelle der gestürzten Gewaltherrschaft von oben eine Gewaltherrschaft von unten aufzurichten.*[323]

7. Januar 1919

Die provisorische Regierung wendet sich mit einem *Aufruf an die württembergische Bevölkerung*, in dem sie die „spartakistischen Putschvorbereitungen“ als Versuch darstellt, die bevorstehenden Wahlen zur verfassungsgebenden Landesversammlung zu sabotieren.

> *Die Provisorische Regierung ist entschlossen, die Errungenschaften der Revolution, zu denen auch das neue Wahlgesetz und die ungehemmte Wahlfreiheit gehört, mit aller Entschiedenheit zu gewährleisten. Zu diesem Zweck hat sie ausreichende Sicherheitsmaßnahmen getroffen*.[324]

Trotzdem kommt es drei Tage vor der Wahl zur Landesversammlung zu einem von Spartakisten provozierten Aufstand in Stuttgart. Ausgangspunkt ist eine Demonstration auf dem Schloßplatz, zu dem die USPD und der *Rote Soldatenbund* aufgerufen haben. Das Arbeits- und das Staatsministerium werden von bewaffneten Demonstranten gestürmt.

Die Unruhen dauern bis zum 12. Januar an. Der Aufstand wird mit Hilfe der von Paul Hahn, Mitglied des Landesauschuss der Soldatenverbände, nach der Novemberrevolution aufgestellten Sicherheitswehren niedergeschlagen. Da die USPD den Aufstand unterstützt, Blos spricht gar von „schändlichem Verrat“[325], werden die beiden Mitglieder in der Regierung Crispien und Fischer entlassen.

In einem gemeinsam vom Landesausschuss der Soldatenräte und von Blos im Namen der provisorischen Regierung unterzeichneten *Aufruf an das Volk* werden die „Überfälle durch Spartakusleute“ scharf verurteilt:

> *„Diese winzige Minderheit unseres Volkes, die auch jetzt wieder mit russischem Geld arbeitet, glaubt die Zeit gekommen, die Macht erringen und den Terror in Deutschland aufrichten zu können.*

Die Regierung habe bisher „mit der größten Zurückhaltung und Geduld der Entwicklung der Dinge zugesehen“, werde nun aber

> *mit aller Entschlossenheit“ zugreifen, um dem geplanten bewaffneten Angriff zu begegnen. […] Wenn wir die Errungenschaften der Revolution wahren wollen und vor allen Dingen der Arbeiterschaft erhalten wollen, dann muß jetzt mit allen Putschversuchen unverantwortlicher Elemente ein Ende gemacht werden. Dazu sind wir entschlossen, und das württ. Volk wird uns*

[322] Ebd. 54.
[323] Keil, Erlebnisse Bd. 2, 135. In: Engehausen & Weber 2018, 54.
[324] Engehausen & Weber 2018, 54.
[325] Ebd., 56.

dazu helfen. Darum heraus, Ihr Arbeiter, stellt Euch an unsere Seite und rettet Euer Werk und unser aller Zukunft.[326]

12. Januar 1919

Bei der Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung erhalten die MSPD 52 (34%), die DDP 38 (25%), das Zentrum 31 (knapp 21%), die USPD 4 und die restlichen Parteien 25 Mandate.

Wie in Baden erreichen die in der provisorischen Regierung vertretenen Parteien mehr als drei Viertel der Wählerstimmen, was einer deutlichen Wählerzustimmung zu ihrem Programm entspricht.

> *Hier wie dort lässt sich dies als ein nachträgliches befürwortendes Plebiszit über die Novemberrevolution in ihrer spezifisch südwestdeutschen Ausprägung deuten.*[327]

15. Januar 1919

Der Ausschuss zu Erstellung eines Verfassungsentwurfes hat seine Arbeiten abgeschlossen und legt der provisorischen Regierung einen Entwurf vor, der ein Einkammersystem vorsieht und in Bezug auf das Wahlrecht „völlig den Forderungen des Erfurter Programms“ der Sozialdemokratie entspricht.[328]

23. Januar 1919

Die Verfassungsgebende Landesversammlung tritt erstmals zusammen. Sie bestätigt am 29. Januar die bisherige provisorische Regierung und beauftragt Blos als Ministerpräsidenten mit der weiteren Ausübung der Regierungsgeschäfte (Überarbeiten).

14. Februar 1919

Die provisorische Regierung wird aufgrund eines Beschlusses der Versammlung in „Staatsregierung“ umbenannt.

7. März 1919

Der bisherige Ministerpräsident Wilhelm Blos wird mit 100 von 129 Stimmen zum Staatspräsident gewählt. Er bleibt bis 23. Juni 1920 im Amt. Blos macht in einer kurzen Ansprache nach seiner Wahl deutlich, dass unter ihm „Kontinuität auch in den politischen Handlungsprinzipien Niederschlag finden“ soll.[329]

> *Die Grundsätze, nach denen ich das mir übertragene Amt weiterführen werde, werden dieselben sein, wie bisher, nämlich diejenigen, welche die aus der Revolution hervorgegangene Regierung in ihren Kundgebungen im Verein mit den Arbeiter- und Soldatenräten verkündigt hat.*[330]

Die Revolution in Schiltach

Welche revolutionären Ereignisse spielten sich in dem schon bei der Furcht vor dem Bolschewismus genannten Schiltach, einer Kleinstadt mit 1.900 Einwohnern im Amtsbezirk Wolfach, gelegen im Kinzigtal im badischen Schwarzwald, ab?

---

[326] So in einem Bericht über den Spartakusaufstand in Stuttgart in der Beilage zur Berner Tagwacht vom 23.1.1919 (Abschrift in: HStA S E 130 a Bü 199). In: Engehausen & Weber 2018, 56.
[327] Engehausen & Weber 2018, 57.
[328] Keil, Erlebnisse Bd. 2, 125. In: Engehausen & Weber 2018, 52.
[329] Engehausen & Weber 2018, 57.
[330] Wilhelm Blos: Von der Monarchie zum Volksstaat [Denkwürdigkeiten aus der Umwälzung Bd. 2], Stuttgart 1923, 28.

Es sind keine Matrosenaufstände, keine Demonstrationszüge und keine bewaffneten Konflikte dokumentiert. Die entscheidenden Prozesse in der Machtumverteilung spielten sich auf Reichs- und Landesebene ab. Der Austausch monarchischer in demokratische Strukturen konnte auch nur auf höherer Ebene stattfinden. Und die Gewährung freiheitlicher Rechte war auf Regierungsebene beschränkt.

2018 ist im Jahresband des *Historischen Vereins für Mittelbaden* ein Artikel[331] veröffentlicht worden, der das Kriegsende und den Neubeginn in der Provinz am Beispiel Schiltach aufzeigt und in dem das Verhalten der Schiltacher im Verlaufe der Revolution kritisiert wird.

Arbeiter- und Volksrat in Schiltach

So wird der Volksrat kritisiert.

> *An seiner Spitze stand im November 1918 der Familienvater Heinrich Georg Sauerbrunn, ein Weber und Werkzeugmeister – nicht gerade das, was man sich gemeinhin unter einem Revoluzzer aus der Arbeiterschaft vorstellt…*
>
> *Die Bildung des Rats zeugt aber nicht von einer revolutionären Stimmung. Im Gegenteil, der Volksrat formulierte in seinem Nominierungsschreiben unterwürfig …*
>
> *Die Räte waren ein Instrument des Übergangs, denen mehr an der gerechteren Verteilung der Besitzverhältnisse als an dauerhafter politischer Macht lag.*[332]

Abgesehen davon, dass der Autor offen lässt, wie ein geeigneterer „Revoluzzer“ auszusehen hat, gehört Schiltach zu den ungefähr 20% der Orte in Baden, in denen es eine Räteorganisation gibt. Ein Zeichen für Aktivität und für „revolutionäre Stimmung“. Ab 5. Dezember 1918 ist der *Arbeiter- und Soldatenrat Schiltach* aktenkundig.[333]

Die Schiltacher Volksräte[334] berufen sich auf die Anweisungen im „Mitteilungsblatt Nr. 2 der Landeszentrale in Karlsruhe“[335]. Auf dieses beruft sich der Schiltacher Arbeiter- und Volksrat bei seinem Schreiben , dass neben Wilhelm Probst eine zweiter „Beisitzer“ in den Gemeinderat „bestimmt“ wird als „Vertreter der Räte“ „mit beratender Stimme“[336] sowie die Bitte, den beiden „jederzeit Einsicht in die dortigen Geschäfte des Kommunalverbandes[337] zu gewähren“.

In diesen Mitteilungsblättern der Landeszentrale waren explizit die Aufgaben des Volksrats definiert.

> *Die Aufgaben der Räte sind:*
>
> 1. *Verteidigung der Errungenschaften der Revolution gegen reaktionäre und gegenrevolutionäre Bewegungen.*
> 2. *Unterstützung der vorläufigen Volksregierung;*
> 3. *Mitwirkung bei Aufrechterhaltung der Ordnung und öffentlichen Sicherheit, Schutz von Leben und Eigentum.*

---

[331] Morgenstern 2018, 35-56.
[332] Ebd., 50.
[333] Lt. einer Rechnung der Stempelfabrik Karl Bofinger für einen Stempel „A. u. S. Rat Schiltach“ vom 5.12.1918. Stadtarchiv Schiltach, StAS: AS-1886
[334] Stadtarchiv Schiltach, StAS: AS-1886.
[335] Mittteilungsblatt für die Arbeiter-, Bauern- und Volksräte Baden. Hrsg von der Landeszentrale. Karlsruhe, Nr. 1-16 (30.11.1918-6.9.1919).
[336] Staatsarchiv Freiburg W 307 Nr. 66, Bild 6.
[337] Der Kommunalverband war die im Weltkrieg eingerichtete Zentralinstanz des Amtsbezirks zur Lebensmittelbewirtschaftung. Gemeint sind die „Geschäfte" der Schiltacher Stadtverwaltung mit diesem Gremium in Wolfach.

4. *Kontrolle der Regierung und Vollzugsgewalten des Landes und der Gemeinden (Bezirksämter, Bezirksräte, Gemeinde- und Stadträte, Kommunalverbände).*[338]

In diesem *Mitteilungsblatt* wurde den Volksräten auch mitgeteilt, wie sie arbeiten. Hierzu steht dort Folgendes:

> *2. Kontrolle bei den Gemeindeverwaltungen: Wo die Arbeiterschaft in den Gemeinderäten keine Vertreter hatte, nehmen ein oder zwei Vertreter der Räte an den Gemeinderatssitzungen mit beratender Stimme teil.*[339]

Den Bürgermeistern wird empfohlen, „Verständnis für das Gebot der Stunde an den Tag zu legen und mit den Vertretern der Arbeiterräte auf dem Boden gegenseitiger Achtung zu verkehren".[340]

So fordert denn auch der *Schiltacher Arbeiter- und Soldatenrat*, hier schon in *Volksrat* umbenannt, am 16. Dezember:

> *Laut Mitteilungsblatt No. 2 von der Landeszentrale in Karlsruhe muß bei einer Gemeinderatssitzung stets ein Vertreter als beratende Stimme vom Volksrat zugegen sein; es wurde aus unserer Mitte Wilh. Probst derzu ausersehen, wir bitten daher so bald eine Gemeinderatsitzung statt findet den Mann hiervon in Kenntniß setzen zu wollen. Gezeichnet: Thron, Schriftführer, und Sauerbrunn, Vorstand.*[341]

Im Protokoll des Gemeinderats vom 10. Januar 1919 ist dann vermerkt:

> *Gemäß Erlaß des Bad. Ministerium des Inneren vom 18. Dezember 1918 wird auf Antrag des hiesigen Volksrates Weber Wilhelm Probst hier als weiteres Mitglied des Gemeinderates aus den Kreisen der Arbeiterschaft gewählt bzw. der Gemeinderat durch denselben ergänzt.*[342]

Hier sei nochmals, wie schon bei der Organisation der Räte darauf verwiesen, dass den Räten am 18. Dezember „mit Gesetzeskraft" per Verordnung eingeräumt wurde, dass sich der Gemeinderat auf Antrag des örtlichen Volksrates sich durch Zuwahl von bis zu zwei weiteren Mitgliedern ergänzen kann.[343] Für den Gemeinderat hingegen ist es weniger ein „kann" als ein „muss", weil auf erhobene Beschwerde die weiteren Mitglieder vom Ministerium des Innern ernannt oder verfügt werden.

Am 5. Februar schreibt Georg Sauerbrunn als Vorstand des Arbeiter- und Volksrats an das Bürgermeisteramt.

> *In der gestrigen Sitzung des Arbeiter=& Volksrat wurde Christian Wolber, Metallarbeiter, als 2. Beisitzer in den Gemeinderat bestimmt. Ferner bittet der Arbeiter=& Volksrat das Bürgermeisteramt, diesen zwei Beisitzern – Wilh. Probst & Christian Wolber – jederzeit Einsicht in die dortigen Geschäfte des Kommunalverbande[s] zu gewähren.*[344]

Am 7. Februar ist im Protokoll des Gemeinderats an letzter Stelle dann vermerkt.

---

[338] Staatsarchiv Freiburg W 307 Nr. 66, Bild 4; https://www.leo-bw.de/web/guest/detail/-/Detail/details/DOKUMENT/labw_findmittel/labw-5-117568/Mitteilungsblatt+f%C3%BCr+die+Arbeiter+Bauern-+und+Volksr%C3%A4te+Badens.
[339] Staatsarchiv Freiburg W 307 Nr. 66, Bild 6.
[340] Der Arbeiter- und Volksrat schrieb am 25.02.1919 an das Bürgermeisteramt: „Ferner bittet der Arbeiter- und Volksrat das Bürgermeisteramt, diesen zwei Beisitzern Wilh. Probst & Christian Wolber jederzeit Einsicht in die dortigen Geschäfte des Kommunalverbande[s] zu gewähren" halte ich für höflich „auf dem Boden gegenseitiger Achtung", und nicht, wie der Autor in der Ortenau behauptet, für „unterwürfig".
[341] AS-1886, Stadtarchiv Schiltach.
[342] Abs-176, Protokollbuch 25, Stadtarchiv Schiltach.
[343] Badisches Gesetzes- und Verordnungsblatt, 1918, Nr. 76, 461; https://digital.blb-karlsruhe.de/periodical/pageview/885914.
[344] AS-1886, Stadtarchiv Schiltach.

Aus den Arbeiterkreisen ist als weiteres Mitglied zum Gemeinderat Metallarbeiter Christian Wolber hier zugewählt.[345]

Da der Volksrat selbst in seiner Mitteilung vom 5. Februar 1919 an das Bürgermeisteramt davon spricht, dass Christian Wolber „als 2. *Beisitzer* in den Gemeinderat bestimmt“[346] wurde, ist es nicht völlig klar, ob die Volksratsvertreter wie per staatlicher Verordnung als vollwertige also stimmberechtige Mitglieder oder nur mit „beratender Stimme“ im Gemeinderat akzeptiert werden. Da sich aber das Protokoll des Gemeinderats bei der Aufnahme auf die Verordnung vom 18. Dezember 1918 beruft, ist die Gesetzeslage dem Bürgermeister auf jeden Fall bekannt. Bei den zwei Volksräten dürfte es eher nicht so sein, was erstaunt.

Wie herablassend Bürgermeister Wolpert auf die Volksräte herabschaut, ist aus zwei Notizen erkennbar. Seine Neigung, Briefe an entsprechender Stelle zu unterstreichen oder zu kommentieren, offenbart seine überhebliche Einstellung gegenüber den Arbeitern oder Räten. In dem Schreiben bezügl. Christian Wolber unterstreicht er „bestimmt“ und versieht es mit einem Fragezeichen. Man darf schon spekulieren, was er dabei denkt, *bestimmt* doch in Schiltach er, der Bürgermeister. Bei einer Rechnung von „Herr Peter Thron“ vom 20. Dezember 2018 unterstreicht er „Herr“ und gibt dieses Mal sein Ausrufezeichen dazu.

Dokumentierte Aktivitäten für den Volksrat[347] sind „ausgeübte Milchkontrolle“, die Erstellung der Volkswehr (aufgehoben per Erlaß des Ministeriums des Inneren am 9.4.1919), Nachtpatrouille, Fahnderdienst.[348] Im Artikel der Ortenau wird lobend erwähnt, „sie alle übernahmen wertvolle Aufgaben in der Gestaltung des Übergangs zur Demokratie auf Gemeindeebene“[349].

Der Volkswehr gehören 15 Mann mit Führer Friedrich Höhn, Stellvertreter Jakob Faist und Waffenmeister Georg Faist an sowie eine Reservemannschaft mit 20 Mann.

Trotzdem wird dem Schiltacher Volksrat vorgeworfen:

Kurzfristiges Handeln prägte anstelle langfristiger revolutionärer Planungen ihr Wirken.[350]

Da nicht ausgeführt wird, welche „langfristigen revolutionäre[r] Planungen“ der Autor sich erhofft hätte, kann darüber nur spekuliert werden. Er bilanziert aber, dass „eine grundlegende Erneuerung nicht gefragt war“[351]. Wobei auch hier offen bleibt, was wirklich „eine grundlegende Erneuerung“ dargestellt hätte. Zu vermuten ist, dass er sich statt „Bewahrung der kapitalistisch bürgerlichen Ordnung“ eine „umfassende Sozialisierung“[352] gewünscht hätte. Denn er konstatiert, dass der „Erhalt vorrevolutionärer Strukturen“ „auch auf der ökonomischen Ebene“ „sichtbar“ blieb[353]. Wie dies mit den oben beschriebenen Beschlüssen der Landesversammlungen der Räte vereinbar gewesen sein sollte, bleibt ebenfalls offen.

---

[345] Ebd. 27.
[346] AS-1886, Stadtarchiv Schiltach.
[347] Nachweisbare Mitglieder sind: Vorsitzender Georg Sauerbrunn, Schriftführer Peter Thron, Rechner A. Wolber, Abraham Aberle, Georg Faißt, Ludwig Fuchs, Johann Hayd, Friedrich Höhn, Pf. Koch, H. Mehnerts, Wilhelm Probst, Mathias Schmieder, Johann Schneider, Konrad Wolber.
[348] AS-1886, Stadtarchiv Schiltach.
[349] Morgenstern 2018, 50.
[350] Morgenstern 2018, 50.
[351] Ebd., 53.
[352] Ebd., 52.
[353] Ebd., 52.

Der Streit der Historiker

An dieser Stelle sei aber ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es keine Wahrheit in der Beurteilung historischer Ereignisse gibt. Wie in diesem Artikel zu Beginn geschildert ist, werden zu unterschiedlichen Epochen dieselben Ereignisse unterschiedlich bewertet. So reiht sich die Bewertung von A. Morgenstern der Schiltacher Ereignisse in die Reihe prominenter Kritiker ein, die eine Weiterführung der Revolution vermissten und vor allem die fehlende Sozialisierung anprangerten oder die sich ein Rätesystem deutscher Prägung gewünscht hätten. Auch wenn in diesem Artikel deutlich Stellung gegen diese Ansicht bezogen wird, so zeigt gerade die Gegenüberstellung dieser gegensätzlicher Meinungen aus späterer Beurteilung, wie schwierig es ist, in der Zeit der Ereignisse die richtige Entscheidung zu treffen. „Die Interpretation der Revolutionsereignisse divergiert“ also „stark“ [354]. Rürup begründet dies folgendermaßen:

> *Revolutionsgeschichte kann ihrer Natur nach nicht unpolitisch sein: Fragestellungen, Begrifflichkeiten und Interpretationen bleiben nicht unbeeinflußt durch das politische Kategoriensystem und die politischen Überzeugungen des Historikers, und das gilt natürlich und in besonderer Schärfe auf Darstellungen, die nicht auf eigenen Quellenstudien beruhen”.*[355]

Wenn man die Beurteilung der Revolution seit Ende des 2. Weltkrieges betrachtet, sieht man sehr wohl, dass hier erhebliche Unterschiede in der Bewertung liegen. Bei den neueren Diskussionsbeiträgen ist jedoch „insgesamt festzustellen, daß ihre Verfasser bei allen Unterschieden in den Akzentuierungen und Wertungen grundsätzlich auf dem Boden der neueren Forschung argumentieren“[356].

So ist heute unbestritten, dass es sich 1918/19 „um mehr als einen militärischen und politischen Zusammenbruch handelte“ und dass „die Vorgänge seit Anfang November 1918 als Revolution zu charakterisieren sind“[357]. So habe sich in der *herrschenden Lehre* der Begriff „deutsche Revolution 1918/169“ weitgehend durchgesetzt und den älteren Begriff „Novemberrevolution“ verdrängt, ebenso habe sich durchgesetzt, dass „1918/19 politisch weitreichende Entscheidungen gefallen sind“[358].

Nicht mehr bestritten werde auch,

> *daß die Arbeiter- und Soldatenräte in der ersten Phase der Revolution, d. h. bis Ende Dezember, in ihrer übergroßen Mehrheit ihre Aufgabe vor allem darin sahen, die neueingesetzten Regierungen zu unterstützen, gegenrevolutionäre Bestrebungen zu unterdrücken und praktische Arbeit bei der Demobilisierung, der Versorgung der Bevölkerung und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit zu leisten.*[359]

Gut abgesichert ist auch, dass „das Ausbleiben einschneidender Veränderungen in der Tat eine Radikalisierung der Massen und ihre Entfremdung von den sozialdemokratischen Regierungen bewirkt hat“[360]. Damit gemeint sind die „Enttäuschung über das Ausbleiben der erwarteten Veränderungen in Militär, Verwaltung und Großindustrie“[361].

---

[354] Roß 1999, 11.
[355] Rürup 1983, 279.
[356] Ebd., 284.
[357] Ebd., 285.
[358] Ebd., 286.
[359] Ebd., 288.
[360] Ebd. 289.
[361] Ebd.

Die meisten Historiker lehnen heute einen sogenannten „Dritten Weg“ zwischen bürgerlicher Demokratie und Diktatur des Proletariats ab, bejahen aber die Möglichkeit, dass es einen anderen Weg der Revolution hätte geben können, nämlich in der „politisch-gesellschaftlichen Fundierung der parlamentarisch-demokratischen Republik“[362]. Die *neuere Forschung* ist auch zu dem Ergebnis gekommen, dass es im Winter 1918/19 nicht um eine „Etablierung“ und „Perpetuierung“ eines Rätesystems ging, sondern „um die Begründung und Sicherung einer demokratischen Ordnung“[363].

Ebenso ist sie sich einig, dass

> *die Demokratisierung des Heeres, die Demokratisierung der Verwaltung und die Sozialisierung in der Revolution nicht nur notwendig waren, sondern auch vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung bereits in Angriff genommen werden konnten und mußten.*[364]

Es ging also nicht darum, „eine antiparlamentarische proletarische Diktatur zu errichten, sondern darum, eine parlamentarisch-demokratische Ordnung gegen ihre inneren Feinde abzusichern, sie überhaupt erst lebensfähig zu machen“[365]. Es ging „nicht darum, dass Arbeiter- und Soldatenräte eigeständige Reformen durchführten“, sondern dass „im Bündnis von Regierung und Räten“ die Regierungen damit begannen, die Machtpositionen der republikfeindlichen und antidemokratischen Kräfte dauerhaft zu brechen“[366]. Mit den Arbeiter- und Soldatenräten hätten die Revolutionsregierungen „eine gesicherte Machtbasis im Kampf um die Durchsetzung des Primats der Politik im Heer, Verwaltung und Industrie“[367] gehabt.

Wir werden noch später auf die Gründe des Scheiterns der Revolutionsziele und der Weimarer Republik zurückkehren. Doch all dies wurde nicht in einem kleinen Städtchen in der „badischen Provinz“ im Schwarzwald entschieden. Diese Entscheidungen fielen oder fielen gerade nicht in den Hauptstädten in Berlin und Karlsruhe.

Was die Schiltacher wollten bzw. nicht wollten

Sichtbar wird die Einstellung von Andreas Morgenstern nochmals am Ende seiner Bilanz:

> *Weitergehende Revolutionsschritte bis hin zu tieferen Eingriffen in die Vermögensverhältnisse wollte die Bevölkerung weder hier noch auswärts. Dass dann die alten Eliten in vielen Bereichen ihren Vorsprung in Vermögen und Einfluss einsetzten, um an den Schalthebeln der Macht zu verbleiben, das wäre nur bei einer entschiedenen Fortführung der Revolution zu verhindern gewesen.*[368]

Zu Recht stellt er fest:

> *Gerade die Menschen in der „Provinz" waren dafür aber nicht zu begeistern*.[369]

Es waren aber nicht nur die Menschen in der Provinz, es war das gesamte deutsche Volk, wie man den folgenden Wahlen entnehmen kann, das sich gegen „weitergehende Revolutionsschritte“ und gegen „tiefere Eingriffe in die Vermögensverhältnisse“ aussprach.

Konstatiert wird, dass eine „bald einsetzende Gleichgültigkeit gegenüber Parlamentarismus und Demokratie“[370] auftrat. Als Beispiel dafür ist u. a. beschrieben, dass im April 1919 „schon die Hälfte

[362] Ebd., 291.
[363] Ebd., 292.
[364] Ebd., 2692-293.
[365] Ebd. 294.
[366] Ebd. 295.
[367] Ebd.
[368] Morgenstern 2018, 54.
[369] Ebd.

der Wahlberechtigten“ nicht an der Volksabstimmung zur badischen Verfassung teilnahm, somit „nicht für die freiheitliche Verfassung“ „votierte“, was als „unübersehbare Trägheit“ ausgelegt wird.

Tatsache ist, dass trotz schlechten Wetters und eindeutigem Ausgang in Schiltach 52,8% der Wähler abstimmten, in Baden insgesamt nur 35%, und das nur bei wenigen Nein-Stimmen.

> *Die Republik musste nicht scheitern, aber die Zahl ihrer aktiven Unterstützer war hier wie anderswo gering.*[371]

Hier sei nur bemerkt, dass sich in Schiltach in der Folgezeit während der Weimarer Republik ein aktives parteipolitisches Leben ausbildet. Vor allem die republiktreuen Parteien DDP und MSPD sind aktiv und in der Mehrheit der Wählergunst. Und mit der Bildung der überparteilichen Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold zeigen die Schiltacher ein für diese Ortsgröße ungewöhnliches politisches Engagement. Das Reichsbanner, das 1926 3,5 Millionen Mitglieder in Deutschland zählt, wird als demokratischer Kampfverbund gegen den rechtsradikalen „Stahlhelm“ und den linksradikalen „Roten Frontkämpferbund“ in Stellung gebracht.[372]

Dass in obiger Aussage des Autors sogar indirekt den Schiltachern beim Umsetzen der Revolution ein Vorwurf gereicht wird, dass die Republik deshalb scheitern musste, widerspricht gängigen Thesen zum Scheitern der Weimarer Republik.

Der Autor verrät in der *Ortenau* nicht, wie die Schiltacher sich hätten anders verhalten sollen. Nur vage kann dahinter die Idee erahnt werden. Wenn schon nicht in Berlin und somit auf Reichsebene ein Rätesystem etabliert werden konnte, so hätte man es in der breiten Masse über die Provinz realisieren können.

Was von der Revolution hätte in Schiltach geschehen können? Welchen Fürsten hätten sie stürzen sollen? Der letzte Herzog von Schiltach, Reinhold von Urslingen, war schon lange tot († 1442), die Abdankung des Großherzogs von Baden Friedrich II lag nicht in ihrer Macht. In Schiltach gab es keine Garnison. Insofern konnte es auch zu keinem „revolutionärem Moment“ kommen wie dort, wo Soldaten stationiert waren. Denn, wie beschrieben, waren es die Soldaten, die den Umsturz in Baden anstießen. Ihren Arbeiter- und Volksrat bildeten die Schiltacher, ihre Vertreter an den Gemeinderat bestimmten sie.

Wie revolutionär hätten sie sein sollen, obwohl sie von der revolutionären Regierung und den Arbeiter,- Bauern- und Volksräten gebeten wurden, dies nicht zu sein? Obwohl die Beschlüsse der Landesversammlungen ihnen andere Anweisungen gaben?

Wenn man über die im Reichsgebiet erreichten Veränderungen hinausgehen möchte, dann bleiben nur Wünsche aus dem Rätesystem übrig.

Demokratie stammt aus dem Altgriechischen und bedeutet „Herrschaft des Staatsvolkes“ von dēmos „Staatsvolk“ und κρατός kratós „Gewalt“, „Macht“, „Herrschaft“. Demokratie ist eine Herrschaftsform, in der die Macht vom Volk ausgeht. Diese wird aber meist nur indirekt durch Wahl entscheidungstragender Repräsentanten ausgeübt, die stellvertretend für das Wahlvolk die Entscheidungen fällen.

> *In demokratischen Staaten und politischen Systemen geht die Regierung durch politische Wahlen aus dem Volk hervor. Typische Merkmale einer modernen Demokratie sind freie Wahlen, das Mehrheits- oder Konsensprinzip, Minderheitenschutz, die Akzeptanz einer politischen Opposition, Gewaltenteilung, Verfassungsmäßigkeit, Schutz der Grundrechte,*

---

[370] Ebd., 51.
[371] Ebd., 54.
[372] S. auch Harter, Hans: s Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Schiltach, Schiltach, 2008; http://www.geschichte-schiltach.de/themen/aufsaetze/ReichsbannerSchiltach.pdf.

Schutz der Bürgerrechte und Achtung der Menschenrechte. Da die Herrschaft durch die Allgemeinheit ausgeübt wird, sind Meinungs- und Pressefreiheit zur politischen Willensbildung unerlässlich. Viele der existierenden Demokratien sind außerdem Republiken.[373]

Die Schiltacher und damit stellvertretend für die „Provinz“ hatten schnell begriffen, was Demokratie bedeutet, ganz im Gegensatz zur Kritik, die von Morgenstern an ihnen geübt wird: Die Freiheit zu wählen, ihren Willen per Wahl kund zu tun. So entschieden sie sich in den Wahlen für die demokratischen Parteien und gegen das Rätesystem. Sie taten ihren Willen per Wahl kund. Sie setzten sich nicht über Recht und Gesetz weg, sie stürzten keinen Bürgermeister und keine Kommunalpolitiker, sie begannen keine „Sozialisierung“ also Enteignung, sie rissen sich kein fremdes Eigentum unter den Nagel. Denn das wäre Anarchie und nicht Demokratie gewesen. Und weil sie sich nicht anarchistisch verhielten als Fortsetzung der für den Autor unvollendeten Revolution, dann zeigt dies, dass das Demokratieverständnis der Schiltacher durchaus ausgeprägt war, was sie in den folgenden Wahlen unterstrichen.

Das Wahlverhalten in Schiltach und Lehengericht

Die Schiltacher und Lehengerichter machten von ihrem Wahlrecht reichlich und überdurchschnittlich Gebrauch.

Bei der Wahl zur Badischen Nationalversammlung beteiligen sich in Schiltach 92,8%, in Lehengericht 81,9%. In Schiltach stimmen für die Sozialdemokraten 309 (37,6%), für das katholische Zentrum 37 (4,5%), für die demokratiefeindliche Deutschnationale Volkspartei (DNVP) 75 (9,1%) und für die Deutsche Demokratische Partei (DDP) 400 (48,7%) der Wähler. In Lehengericht verteilen sich die Stimmen wie folgt: Sozialdemokraten 50 (16,0%), Zentrum 7 (2,2%), Deutschnationale Volkspartei 51 (16,3%), Deutsche Demokratische Partei 203 (64,9%) und Unabhängige Sozialdemokraten 2 (0,6%).

Als Vergleich wird in Baden das Zentrum mit 36,6% stärkste Partei vor den Sozialdemokraten (32,1%), die DDP erhält 22,8%, die DNVP 7,0%, die USPD 1,5%.

Zwei Woche später bei den Wahlen zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung werden wie folgt die Stimmen vergeben. In Schiltach: MSPD 400 (42,5%), DDP 360 (37,3%), DNVP 145 (15,0%), Zentrum 50 (5,2%). In Lehengericht: DDP 170 (51,8%), MSPD 70 (21,3%), DNVP 77 (23,5%), Zentrum 11 (3,4%).

Auf Reichsebene wird bei dieser Wahl die MSPD klar stärkste Partei mit 37,9% vor dem Zentrum mit 19,7%, der DDP mit 18,5%, der DNVP mit 10,3%, der USPD mit 7,6% und der DVP mit 4,4%.

Am 21. März 1919 beschließt die badische Nationalversammlung einstimmig die neue badische Verfassung, und am 13. April 1919 wird über die badische Verfassung durch die erste Volksabstimmung in der deutschen Geschichte abgestimmt. Mit großer Mehrheit der Abstimmenden wird sie angenommen. Sie bleibt die einzige Verfassung der Weimarer Republik, die durch eine Volksabstimmung beschlossen wird.

In Schiltach stimmen von 898 Wahlberechtigten 475 für und 2 gegen die Verfassung, in Lehengericht von 392 Wahlberechtigten 140 für und nur einer dagegen. Bei der gleichzeitigen Abstimmung für das Fortbestehen der Nationalversammlung als Landtag stimmen in Schiltach 470 für und 3 dagegen, und in Lehengericht 145 dafür. Die Wahlbeteiligung beträgt in Schiltach 53,1% und damit deutlich über dem Landesdurchschnitt von 35,5%, in Lehengericht 35,4%.

[373] https://de.wikipedia.org/wiki/Demokratie.

Gemeindewahlen

Im Mai 1919 stehen die nächsten Wahlen auf dem Programm. Die alte Gemeinde- und Städteordnung vom 27. Februar 1911 wird per Gesetz am 13. März 1919[374] dem neuen demokratischen Staat durch die verfassungsgebende Nationalversammlung angepasst und die Gemeindewahlordnung per Notverordnung am 14. März 1919[375]. Weiterhin kann auch nur eine einzige Wahlvorschlagsliste erstellt werden, was den Ausfall der Wahl als Konsequenz hat. In vielen Orten wird davon Gebrauch gemacht, was im „Kinzigtäler" so beschrieben wird.

> *Die hier organisierten politischen Parteien haben eine gemeinsame Wahlvorschlagsliste für die Gemeindewahlen aufgestellt.*[376]

Warum diese Umgehung einer Wahl stattfindet und man so dem Wähler das demokratische und 1919 reformierte Wahlrecht, weg vom Klassenwahlrecht, wieder nehmen möchte, wird hier ebenso begründet:

> *Die Parteien sind in dieser Vorschlagliste in der Stärke vertreten, welche dem Wahlergebnis der Nationalversammlungswahlen entspricht. Die rechnerisch verbleibenden Abstimmungsreste wurden durch gütliche Vereinbarung vergeben.*
>
> *Die Vertrauensmänner der Parteien waren bei den Verhandlungen von dem Gedanken geleitet, unserer Gemeinde die bei den Gemeindewahlen erfahrungsgemäß entstehende Erbitterung zu ersparen und in dieser schweren Zeit tiefster nationaler Erniedrigung die dringend notwendige innere Geschlossenheit in der Gemeinde zu erhalten*.[377]

Man mag dies später als undemokratisch bezeichnen, doch wird das damals schon in der Zeitung entsprechend kommentiert:

> *Denjenigen, welche sich berufen fühlen, diese Vereinbarung als undemokratisch zu bezeichnen, sei bemerkt, daß jeder Wahlberechtigte Gelegenheit hatte, in einer der politischen Organisationen von seinem Vorschlags- und Abstimmungsrecht freiesten Gebrauch zu machen. Wenn er dies nicht getan hat, so liegt die Schuld nicht am neuen Wahlrecht, sondern lediglich an seiner eigenen Person.*[378]

In Schiltach schließen die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten einen Kompromiss und einigen sich auf eine gemeinschaftliche Liste. Jedoch wird von den Unabhängigen Sozialdemokraten eine besondere Liste eingereicht, so dass in Schiltach eine Wahl stattfinden muss.[379]

Beklagt wird in der Zeitung ebenfalls der „Parteizank".

> *Wärest du doch geblieben, wo Du schließlich nicht zu vermeiden warst – im politischen Leben des Landes selbst. In der Gemeinde hätte man bei gutem Willen ohne Dich zurechtkommen müssen.*
>
> *Das Bild der Eintracht vergangener Zeiten ist unseren Blicken entschwunden. Nicht das Wohl der Gemeinde ist heute allein mehr bestimmend für die Wahlen der bürgerlichen Körperschaften, Parteirücksichten verdrängen zum Teil das Gefühl der Verantwortlichkeit Einzelner gegen Alle.*

---

[374] Abänderung der Gemeinde- und Städteordnung im Hinblick auf die Gemeindewahlen 1919; Badisches Gesetzes- und Verordnungsblatt, Jahrgang 1919, 203f. Badische Landesbibliothek; online unter file:///D:/MyFiles/Vortr%C3%A4ge/Revolution/1919badisches_Gesetzes-und_Verordnungs-Blatt.pdf.
[375] Badisches Gesetzes- und Verordnungsblatt, Jahrgang 1919, 212f.
[376] Der Kinzigtäler vom 14.05.1919. Stadtarchiv Wolfach.
[377] Ebd.
[378] Ebd.
[379] Der Kinzigtäler vom 21.05.1919.

Es wird auch so gehen, gewiß; nur wäre es anders wohl etwas schöner und einem kleinen Städtchen – indem wir ja doch zusammengehören – wohlanständiger gewesen.[380]

Ohne „Parteizank“ geht es in Lehengericht ab. Zur Gemeinderatswahl wird nur eine Liste eingereicht, „so daß ein Wahlgang sich erübrigt[…]“[381]. Gemeinderäte für die nächsten Periode werden Jakob Bühler zum Pflug, Andreas Reutter, Gütler im Rohrbach, Johann Gg. Bühler, Hofbauer Vor Reichenbächle, Christian Bühler auf dem Kienbronn, Mathias Schmalz, Gütler im Kienbächle und Gottlieb Haißt, ein Säger.

Am 29. Juni wird in Lehengericht nochmals eine Wahl abgehalten. Von 400 Wahlberechtigten stimmen 262 ab. 256 Stimmen fallen auf den bisherigen Bürgermeister und *Konradsbauer* im Sulzbach, Jakob Friedrich Bühler.[382]

In Schiltach, wo nun getrennte Listen zur Wahl antreten, findet am 1. Juni1919 die Wahl für die 36 Sitze der damaligen *Stadtverordneten* statt und am 15. Juni die Wahl für die 8 Sitze der *Gemeinderatsmitglieder*. Die Zahl der Einwohner beträgt 1.902, die Anzahl der Wahlberechtigten 1.054 bei der Stadtverordnetenwahl, 1.066 bei der Gemeinderatswahl.

Bei der Stadtverordnetenwahl erhält die DDP 293 Stimmen (15 Sitze), die SPD 200 Stimmen (10 Sitze), die *bürgerliche Wahlvorschlagliste* 159 Stimmen (8 Sitze) und die USPD 62 Stimmen (3 Sitze).[383]

Bei der Gemeinderatswahl 14 Tage später taucht die USPD nicht im Erhebungsbogen auf, ist also folglich nicht angetreten. Die bürgerliche Wahlvorschlagliste hat zusammen mit der DDP eine *gemeinsame deutsch. demokratische u. bürgerliche Wahlvorschlagliste*, so dass zu dieser Wahl nur zwei Listen zur Wahl anstehen. Die bürgerliche Liste gewinnt mit 481 Stimmen vor der SPD mit 360 Stimmen. Beide Listen erreichen je 4 Sitze im Gemeinderat. Das kann man „in der Provinz“ als Absage an linke Ideen und ein Rätesystem interpretieren.

Für die bürgerliche Liste ziehen in den Gemeinderat ein:

- der Bauunternehmer Georg Müller[384]
- der Bäckermeister Friedrich Wagner
- der Kaufmann Emil Stählin
- der Metzgermeister Adolf Wolber

Für die SPD:

- der Maurer Johann Lutz
- der Platzmeister Friedrich Höhn
- der Weber Hermann Faißt
- der Metallarbeiter Christian Wolber

Verlassen müssen oder nicht mehr angetreten sind die bisherigen Mitglieder Wilhelm Lehmann, Georg Bühler, Wilhelm Trautwein, Fritz Karlin, Heinrich Wöhrle und Jakob Maurer. Ausgeschieden ist auch mit der Wahl der Volksratsvertreter Wilhelm Probst. Mit Christian Wolber als

[380] Der Kinzigtäler vom 03.06.1919.
[381] Der Kinzigtäler vom 01.07.1919.
[382] Ebd.
[383] Der Kinzigtäler vom 03.06.2019.
[384] Fälschlicherweise ist der Name bei Morgenstern fälschlicherweise als „Georg Aurely“ gelesen. Morgenstern 2018, 52.

Volksratsvertreter, jetzt für die SPD, und Georg Müller sind nur noch zwei aus dem alten Gemeinderat vertreten.

Was die Revolution nicht veränderte

> *Die SPD als ihr bedeutendster Repräsentant war jedoch zugleich verantwortlich für die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Ordnung und die Einbindung der alten Eliten. Diese Bürde, einerseits die Erwartungen der eigenen Anhängerschaft zu erfüllen und andererseits der staatspolitischen Räson nachzukommen, lastete während der Weimarer Republik immer wieder auf der Sozialdemokratie und prägte ihr ambivalentes Verhältnis zur Novemberrevolution von 1918/19 – eine der komplexesten Phasen der deutschen Geschichte.*[385]

„Die Demokratie ist immer in Gefahr. Besonders in Europa". Sie lebt von der Krise. „Sie muss jeden Tag aufs Neue hervorgebracht werden."[386]

Was hat die Revolution nicht erreicht? Betrachten wir es vom Ende, dann hat sie keine dauerhafte Demokratie zustande gebracht. Betrachten wir es von linker Seite, dann hat sie kein Rätesystem erreicht. Betrachten wir es von rechter Seite, dann war sie Verrat am deutschen Volk. Dazwischen die zerbrechliche Blume Demokratie, die täglich frisch gegossen werden muss.

Nicht geschafft hat sie, dass grundlegend demokratisches Gedankengut beim Volk ankam. Doch ist es menschlich, dass man nach dem verlangt, was man nicht hat, als dass man das schätzt, was man erreicht hat? Die Revolution hat nicht erreicht, dass man zu ihr stand, sie in Schutz nahm, sie verteidigte, sich für sie einsetzte. Zu sehr divergierten die Wünsche der Deutschen, zu sehr und radikal versuchten Minderheiten, der Mehrheit ihren Willen aufzuzwängen, und zu sehr beeinträchtigten die äußeren Umstände mit der unerwarteten militärischen Niederlage, den Friedensbedingungen, der Inflation und der Weltwirtschaftskrise die Etablierung eines demokratischen Systems.

Betrachten wir ganz nüchtern, was die Revolution erreicht hatte und was nicht. Sturz der Monarchie, Etablierung eines parlamentarischen Systems mit freiheitlich-demokratischer Verfassung und umfassenden Menschenrechten und der Beginn eines modernen Sozialstaats[387] können wir zu den positiven Errungenschaften des revolutionären Umsturzes rechnen. Nicht erreicht wurde der Austausch der Führungspersönlichkeiten der Reichswehr, die eine unkontrollierbare Macht neben der Staatsgewalt in Folge hatte, eine Kontrolle der Schwerindustrie und der Landjunker im Osten.

Die Revolution wurde oder wird aus Sicht von 50 oder 100 Jahren später beurteilt, Kritik an ihr geäußert oder die Revolution gar verunglimpft. Vieles weiß man in der Geschichte Jahre später besser als zum Zeitpunkt der Entscheidung. Viele Historiker und Experten sind nie Politiker gewesen, die Entscheidungen treffen mussten.

So lassen wir einfach einen Mann zu Wort kommen, der die Revolution aus erster Nähe miterlebt und mitgestaltet hat, Philipp Scheidemann:

> *Gegen wen hätten die Volksbeauftragten eigentlich energischer sein sollen? Gegen die Reaktion, also gegen die Männer von rechts? Die waren doch spurlos verschwunden! Was*

[385] Friedrich-Ebert-Stiftung: Novemberrevolution und Weimarer Republik.
[386] Heller, Ágnes, ungarische Philosophin, in: Europas Weg in den Faschismus, Zeitgeschichte Nr. 3 2013, 79.
[387] Zypries, Brigitte: Weimar - die unterschätzte Verfassung. In: Bundesministerium der Justiz: Die Weimarer Verfassung – Wert und Wirkung für die Demokratie, 19.

man unter irgendeiner Reaktion hätte verstehen können, existierte gar nicht - nirgends. Die Offiziere, Beamten und Angestellten aller Art flossen über vor Loyalität, sie gaben jede gewünschte Versicherung ab und hätten jeden Eid geleistet, genau so, wie sie fünf Jahre früher ihrem Kaiser, fünfzehn Jahre später Adolf Hitler ewige Treue geschworen haben. Hätten sie energischer sein sollen, gegen links? Die Volksbeauftragten hielten die bolschewistischen Elemente im Zaum und vereitelten alle russischen Experimente, Deutschland ist vom Bolschewismus verschont geblieben, weil die Sozialisten ihn 1918 ferngehalten haben. Das sei auch gegenüber denen festgestellt, die das jetzt für einen Fehler ansehen und aus taktischen Gründen nicht wünschen, daß man daran erinnert. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die Anhänger Liebknechts mit großen und kleinen Maschinengewehren, mit Minenwerfem, selbst mit Kanonen, die sie auf gepanzerten Automobilen mitführten, bewaffnet waren. Hinter der Regierung stand irgendwelche bewaffnete Macht zunächst überhaupt nicht. Die Volksbeauftragten täuschten den Anhängern Liebknechts eine militärische Macht vor, die sie gar nicht hatten. Die Volksbeauftragten waren jedoch entschlossen, unter keinen Umständen das Feld zu räumen, weil das die Auslieferung Deutschlands an den Bolschewismus bedeutete.[388]

Stolz war Scheidemann, dass sie die Revolution so gegen die Widerstände gestalten konnten, dass es zu einer Nationalversammlung kam.

Heilfroh mußten die Volksbeauftragten unter den obwaltenden Umständen sein, als sie die Nationalversammlung zustande gebracht und damit einer gesetzmäßig gewählten Volksvertretung die Verantwortung für jede Neugestaltung übertragen konnten.[389]

Inwiefern die SPD Fehler im Umgang mit der Reaktion begangen hat, beschreibt er so:

Wenn wirkliche Klarheit geschaffen werden soll über die Frage, ob die Leitung der SPD nicht selbst diese oder jene Unterlassungssünde gegenüber der Reaktion auf dem Kerbholze hat, dann muß zurückgegriffen werden auf die Zeit, von der mit Recht gesagt werden darf, daß man das Eisen hätte schmieden müssen, so lange es heiß war. Mit anderen Worten: die Republik hätte felsenfest ausgebaut werden müssen, solange das noch angängig war, nämlich zur Zeit des ersten Reichspräsidenten. In den ersten sieben Jahren der Republik wäre viel durchzusetzen gewesen, das später nicht mehr erreicht werden konnte. Die Republik hat unendlich viel versäumt und gerade in den kritischen Kinderjahren wurden Konzessionen der bedenklichsten Art gemacht.[390]

In dem Aufruf war der Vorwurf erhoben worden, daß es ein historischer Fehler der intakten SPD gewesen ist, 1918 die Staatsmacht mit dem gesamten alten Apparat zu übernehmen. Nachdem wir jetzt geschildert haben, wie die Regierung der Volksbeauftragten unter den schlimmsten Umständen zustandegekommen ist, soll nunmehr an einem Beispiel gezeigt werden, wie die Volksbeauftragten von der Entente an die Kette gelegt waren, wie wenig sie schon acht Tage nach ihrer »Machtübernahme« in der Lage waren, den alten Apparat der Bürokratie auszuräumen. Allerdings, wäre die Arbeiterschaft einig gewesen, dann hätte nicht nur im Innern unendlich viel durchgesetzt, sondern auch die Entente hätte gezwungen werden können, sich anders zu verhalten.[391]

Was während der gesamten Weimarer Republik nicht erreicht werden konnte, war eine Identifizierung der Bevölkerung mit diesem demokratischen System. Ohne Krisen und mit mehr Zeit

[388] Scheidemann 2002, 110.
[389] Ebd.
[390] Ebd., 112.
[391] Ebd.

wäre es möglich gewesen, so aber hätte es einer Hirnwäsche bedurft, einer Kapitulation mit Besetzung von Deutschland wie nach dem 2. Weltkrieg oder einer diktatorischen Indoktrination.

> *Die grundsätzliche Misere der Weimarer Republik konnte allerdings auch Ebert nicht lösen: Der jungen Demokratie mangelte es an demokratischen Überzeugungstätern. Zum Nachfolger Eberts wählten die Deutschen im April 1925 denn auch Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, einen alten, reaktionären Antidemokraten.*[392]

Man muss schon zugeben, dass das deutsche Volk mehr Revolution nicht wollte. Und unter keinen Umständen wollte die überwiegende Mehrheit eine Revolution nach russischem Vorbild. Somit ist das Volk auch für die Folgen der gebremsten Revolution verantwortlich. Die Angst vor dem Bolschewismus war größer als die Angst vor dem Verlust der Demokratie.

Von bestimmter Seite wird gerne geschrieben, dass man doch vor einer Bolschewisierung, vor einem Kommunismus nach russischen Model, überhaupt keine Angst hätte haben müssen.

Auch der Spiegel schrieb 1968, dass „nicht einmal im Ansatz“ „die deutschen Räte irgend etwas außer dem Namen und der Spontanität ihrer Entstehung gemein mit den Sowjets des Jahres 1918“ gehabt hätten.[393] Und auf der gleichen Seite zeigt er auf, was die Arbeiter- und Soldatenräte in Sachsen forderten: Enteignung des Privateigentums, Übernahme der Produktion durch das Proletariat, Abschaffung aller bürgerlichen Gerichte, absolute Herrschaft der Arbeiterklasse.

Und 2014 stand im Spiegel:

> *Dieses Modell mag der zeitgenössischen Wahrnehmung entsprochen haben, doch die Gefahr eines bolschewistischen Deutschland existierte nicht. Die Anhänger der radikalen Linken waren wenige, isoliert und schlecht organisiert. Zwar sah der bolschewistische Revolutionär Lenin in Deutschland den Schlüssel zur Weltrevolution. Doch das war eine Wunschvorstellung. Die deutschen Räte waren von moderaten Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern dominiert.*[394]

Nach diesem Artikel hätte also keine Gefahr eines bolschewistischen Umsturzes bestanden. Doch wie war es in Russland gelaufen? Um die beschwichtigenden Thesen einer Nichtgefahr durch Räte zu entlarven, sei abschweifend kurz der russische Ablauf geschildert.

Im November 2017 fanden Wahlen zur *Konstituierenden Versammlung* in Russland statt. Die Mehrheit der Sitze erreichten die Sozialrevolutionäre mit 299 Sitzen vor den Bolschewiki mit 168 Sitzen bei insgesamt 703 Sitzen. Die Bolschewiki stellten also nur knapp 24% der Deputierten. Diese trat am 5. Januar 1918 zusammen. Eine von den Bolschewiki eingebrachte Resolution zur Anerkennung der Sowjets als legale Regierung Rußlands wurde erwartungsgemäß von der breiten Mehrheit der Versammlung abgelehnt. Daraufhin erklärte das Exekutivkomitee der Sowjets die Versammlung am Folgetag für aufgelöst und versperrte den Gewählten den Zugang.

> *Lenin erklärt vor dem Exekutivkomitee, man habe lediglich „den Willen des Volkes ausgeführt, den Willen, der da lautet: Alle Macht den Sowjets!“ Zwar gibt er zu, die Konstituierende Versammlung einst selber gefordert zu haben, doch seien die Sowjets inzwischen „als*

---

[392] Mohr, Joachim: Vaterlandstreuer Gesell. In: Spiegel Geschichte: Die Weimarer Republik, 2014, 43; http://www.spiegel.de/spiegel/spiegelgeschichte/d-129494122.html.
[393] Malanowski, Wolfgang: November 1918:“Kartoffeln - keine Revolution“, Spiegel, 46/1968, 106.
[394] Sontheimer, Michael: Blutiger Beginn in: Spiegel Geschichte, 5-2014, 31; http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/129494118. Auch in Klußmann, Uwe und Mohr, Joachim: Die Weimarer Republik, München, 2015, 43.

revolutionäre Organisationen des Volkes zu etwas unvergleichlich Höherem als alle Parlamente der ganzen Welt" geworden.[395]

Lenin hatte schon vorher kundgetan, dass die Republik der Sowjets eine „höhere Form des Demokratismus" darstelle.

> *Die Versammlung repräsentiere nicht den Volkswillen, da die Mehrheit des Volkes weder Reichweite noch Bedeutung der Oktoberrevolution habe erkennen können. Die „Interessen dieser Revolution" stünden „höher als die formalen Rechte der Konstituierenden Versammlung", deren Einberufung ein „Verrat an der Sache des Proletariats" wäre.*[396]

Welche „Demokratie"-Vorstellungen insofern die Minderheit der Sowjets, die Räte, schon demonstriert hatten, um die russischen Sozialdemokraten und die Mehrheit der gewählten Delegierten auszuschalten, war den deutschen Sozialdemokraten eine Lehre gewesen und in den Tagen der deutschen Revolution noch immer in den Köpfen.

Nur Jahrzehnte später aber scheint dies vergessen zu sein. Eine demokratische Legitimation, mit der das Rätesystem immer wieder angepriesen wird, hat beispielhaft in Russland nie stattgefunden.

> *Es gab früher zahlreiche und es gibt auch heute noch einige Kritiker der Novemberrevolution, die in einem Rätesystem ein mögliches basisdemokratisches Bollwerk gegen den Nationalsozialismus sehen wollen. Diese Kritiker vermögen aber nicht zu erklären, wie sich die Räte als progressives Gremium bei den bestehenden Mehrheiten, die sich bereits bei den Wahlen 1919 und vor allem 1920 abzeichneten, hätten behaupten wollen, es sei denn, man hätte ihnen den Charakter einer Avantgarde zugebilligt.*[397]

Kollektive Biographie der Teilnehmer beider Rätekongresse

In den ersten Revolutionswochen bezogen die Räte eindeutig Stellung für eine parlamentarische Demokratie und für die Einberufung einer Nationalversammlung und gegen ein Rätesystem. „Darüber hinaus forderten sie jedoch auch eine parlamentarisch-demokratische Neuordnung weiter Bereiche der Gesellschaft; dies bedeutete vor allem die Forderung nach einer ‚Demokratisierung' der Bürokratie und Verwaltung sowie des Heeres und - als Kernstück alter Arbeiterforderungen - die Sozialisierung der Industrie"[398] In die Verwaltungsarbeit griffen sie eher selten ein, kontrollierten aber deren „weitgehend unveränderten Organe".[399]

In der Forschung ist man sich heute einig, dass die Räte im Wesentlichen nicht bolschewismus-freundlich waren, oder man kann sogar sagen, sie waren antibolschewistisch eingestellt. Nur eine kleine Anhängerschar der extremen Linke hatte ein bolschewistisches Deutschland als Ziel. Die Räte verstanden sich als „lokale und regionale Sachverwalter der Koalitionsregierungen aus MSPD und USPD und nicht, wie zuvor geurteilt wurde, als deren Kontrahenten".[400]

Um die Entscheidungen der Räte in Deutschland verstehen zu können, wurde in den letzten Jahrzehnten einiges an Forschungsarbeit geleistet.

---

[395] Jaecker, Tobias: Die konstituierende Versammlung 1918 in Russland; Hausarbeit zum Proseminar „Das Jahr 1917 in Rußland", Berlin, 1997.
[396] Ebd.
[397] Braun, Bernd: Friedrich Ebert. Er schritt voran. In: Zeit online, 14.11.2018; https://www.zeit.de/2018/47/friedrich-ebert-spd-demokratie-parteigeschichte/komplettansicht.
[398] Roß 1999, 22.
[399] Ebd., 15.
[400] Ebd., 14.

Eine hochinteressante Analyse der Teilnehmer der beiden Rätekongresse Dezember 1918 und April 1919 führte Bettina Roß durch.[401] Der *I. Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands* fand vom 16. bis 20. Dezember 1918 und der *II. Rätekongreß der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrate Deutschlands* vom 8. bis 14. April 1919 statt.[402]

> *Mit Hilfe der Methode der kollektiven Biographie wurde versucht, der grundlegenden Frage nachzugehen, ob es einen solchen Zusammenhang zwischen den Entscheidungen und Handlungen der Delegierten der beiden Reichsrätekongresse und ihren biographischen Merkmalen gibt und, wenn ja, wie sich dieser gestaltet.*[403]

Bei der kollektiven Biographie werden als Hauptquellen der Forschung die Biographien bzw. die Lebensläufe herangezogen, in diesem Fall bei den Teilnehmern der beiden Rätekongresse.[404]

So konnte Roß anhand der kollektiven Biographie zeigen, „daß die überwiegende Mehrzahl der Delegierten aus dem sozialdemokratischen Milieu stammte“ und „die meisten Delegierten in der Zeit des Aufstiegs der Sozialdemokratischen Partei im Kaiserreich geprägt und politisch sozialisiert worden“ waren. Fast 40% der Kongressmitglieder waren sog. Arbeiterbeamte (d.h. unmittelbar oder mittelbar in den Arbeiterorganisationen hauptamtlich beschäftigte Personen), die meisten davon in einer Gewerkschaft beschäftigt. Ein Großteil stammte aus Preußen und da aus „traditionell sozialdemokratischen Schwerpunkten“, nämlich den Industriestädten. Eine Vielzahl der Delegierten war „bereits seit längerer Zeit in der SPD und/oder einem Gewerkschaftsverband organisiert“ und „mit deren Zielen und Programmen ebenso vertraut“ „wie mit den Organisationsstrukturen und Verfahrensweisen der Versammlungen dieser Arbeiterorganisationen“.[405]

Sie waren also nicht neu auf dem politischen Parkett, verfügten also bereits über diesbezügliche Erfahrungen und Vorkenntnisse.[406]

> *Für die Gruppe der Soldaten kam aufgrund ihrer besonderen Situation darüber hinaus ihre Funktion in den SRen (Anm.: Soldatenräten) sowie ihr politisches Agieren in der revolutionären Phase zum Zug*e.[407]

So zeigte sich bei der Organisation und dem Verlauf der Kongresse, dass sich die Delegierten „in starkem Maße an bekannten Strukturierungsweisen der Parteitage und/oder -versammlungen der SPD sowie der Reichs- und Länderparlamente“ „orientierte“.[408]

> *Insbesondere die Bildung von Fraktionen und die damit verbundenen Implikationen, die den einzelnen Delegierten in seinem Handlungsspielraum deutlich einschränkten, verweisen auf die Tradition der SPD in den Länder- und Reichsparlamenten. Nur durch eine geschlossene und einig agierende Fraktion konnten eigene Ziele und Vorstellungen in Opposition zu anderen parteipolitischen Gruppierungen nachhaltig eingebracht werden.*[409]

---

[401] Roß 1999.
[402] Der 1. Kongress ist weiter oben abgehandelt. Wer sich mehr für die Abläufe der beiden Kongresse interessiert, findet bei Bettina Roß eine lesenswerte Lektüre.
[403] Ebd., 336.
[404] Ebd., 33.
[405] Ebd., 336.
[406] Ebd., 337.
[407] Ebd.
[408] Ebd.
[409] Ebd.

Erkennbar im Falle der Delegierten der *Reichsrätekongresse* ist, „daß grundsätzlich auf das Beschreiten eines auch für die damalige Zeit legalen, d. h. innerparlamentarischen Weges zur Durchsetzung von Zielen gesetzt wurde und nicht auf außerparlamentarische Aktionen".[410]

> *Die wichtigste Entscheidung des 1.Kongresses betraf die Entscheidung für die Nationalversammlung und eines diesbezüglichen Wahltermins und damit die Ablehnung der Einführung eines Rätesystems. Darüber hinaus wurde die Sozialisierung von hierfür „reifen" Industrien beschlossen sowie in der Frage der Kommandogewalt ein Forderungskatalog angenommen, der mit seiner Realisierung die Grundstrukturen der bestehenden Militärverhältnisse nachhaltig verändert hätte. In den beiden zuletzt genannten Beschlüssen verfolgte der Kongreß eine politische Linie, die von derjenigen der MSPD-Parteispitze deutlich abwich.*[411]

Die Entscheidung des 1. Kongresses für eine sofortige Sozialisierung der hierfür „reifen" Industrien kann auf die programmatische Tradition der SPD zurückgeführt werden, aber auch, dass die Delegierten „jener Tradition verhaftet waren", und nun als „oberste Ziel und Kernstück sozialdemokratischer Programmatik" dies „nun durchgesetzt wissen wollten".[412]

> *Die Delegierten des 2.Kongresses beschlossen, die Räte auf wirtschaftlichem Gebiet zu institutionalisieren und einen Räteaufbau zu schaffen, dessen oberste Spitze eines hierarchisch aufgebauten Systems von Betriebs- und Branchenräten eine Kammer der Arbeit darstellen sollte. Somit wurden die Räte, die bislang ihren Aufgabenbereich auf militärischem oder politischem Gebiet hatten, abgeschafft. In der Frage der Sozialisierung entschied der 2.Kongreß im Gegensatz zum vorangegangenen Rätekongreß, diese Frage der Regierung zu überweisen.*[413]

Im Gegensatz zum 1. Kongress standen die Belange, die den militärischen Bereich betreffen, nicht mehr wie im Dezember 1918 zur Debatte. Ursache war die fortgeschrittene Demobilisierung und der damit verbundene Abbau der Soldatenräte.

> *Somit kamen beide Versammlungen der an sie von den Organisatoren gerichteten Aufgabenstellung trotz aller revolutionärer Wirrnisse und Unruhen in seriöser Weise nach, die kaum den revolutionären Hintergrund der Ereignisse erahnen läßt*.[414]

Obwohl die MSPD auf beiden Kongressen deutlich in der Mehrheit war, konnte sie nicht vollständig ihre Vorstellungen durchsetzen. Vor allem auf dem 2. Kongress zeigte sich aber, dass „sich das politische Klima zwischen den sozialistischen „Schwesterparteien" extrem verschlechtert hatte und eine starke Polarisierung eingetreten war.[415]

In den wichtigen Entscheidungen beider Kongresse, „der Frage der zukünftigen Staatsordnung", folgten die Delegierten „mehrheitlich ihr Parteiführung", was weniger der Parteidisziplin geschuldet war sondern einfach den politischen Grundwerten dieser Delegierten entsprach.[416]

Verständlicherweise wollten aber auch die „mehrheitlich mehrheitssozialdemokratisch orientierten Delegierten ihrer Parteispitze, die immerhin die Regierung stellte, [ihrer Parteispitze] nicht in den Rücken fallen".[417] Anhand der biographischen Anamnese konnte gezeigt werden, dass „das Kriterium

---

[410] Ebd.
[411] Ebd., 338.
[412] Ebd., 339.
[413] Ebd., 338.
[414] Ebd., 338.
[415] Ebd., 340.
[416] Ebd.
[417] Ebd., 342.

der parteipolitischen Loyalität [aber] eindeutig übertroffen [wurde] vom Kriterium der Prägung durch Kriegsteilnahme und -erfahrung".[418]

Gründe für das Scheitern der Republik

Lassen wir erst Philipp Scheidemann aus dem Exil resümieren:

> *Die objektiven Ursachen auch des zweiten politischen Zusammenbruches in Deutschland waren von unerhörter Schwere. Die Frage, ob ein anderes Volk den mehr als vierjährigen Krieg und sein unglückliches Ende, dann die revolutionären Wirren, die grausame Belastung durch das Versailler Diktat, zwischendurch die Putsche von rechts und links, nachher die Ruhrbesetzung, die Inflation und schließlich die furchtbare Wirtschaftskrisis länger hätte ertragen können, oder schon früher zusammengebrochen wäre, kann unerörtert bleiben. Dagegen kann man von jedem, der über das deutsche Volk und seine beiden Zusammenbrüche schreibt, verlangen, daß er auch die in dieser Schrift wenigstens teilweise skizzierten Nöte und Bedrängnisse würdigt. Was das deutsche Volk in den letzten zwanzig Jahren an materieller Not und seelischer Bedrängnis ertragen hat, ging weit über alles Erträgliche hinaus.*[419]

Den Grund für den „großen Zusammenbruch im Jahre 1918", also für die Revolution von 1918 und den Beginn der Weimarer Republik, sah er in der „unmittelbaren Folge des verlorenen Krieges". Den Grund für das Ende der Weimarer Republik, für den „Hitlerumsturz", schrieb er den „Kriegsnachwirkungen und der Weltwirtschaftskrise" zu.

Gründe für das Scheitern der Republik liegen also ganz anders, als wie der Artikel in der *Ortenau* über Schiltach suggeriert.

Einer der prominentesten Historiker der Republik ist Andreas Wirsching. Er sieht vor allem drei Probleme[420]:

1. Probleme in der Weimarer Reichsverfassung
    a. Man wollte die demokratischste Verfassung und schuf drei Möglichkeiten zu wählen (Reichstag, Reichspräsident und Volksentscheid), auch weil man keine Parlamentsabsolution wollte, aus Angst vor einer linken Mehrheit
    b. Die drei idealtypischen Modelle (repräsentativ, präsidial und direktdemokratisch) haben der Weimarer Republik nicht gut getan, da sie sich am Ende gegenseitig blockierten. Sie waren der Geburtsfehler der Weimarer Republik.
    c. Artikel 25 (Auflösung) und Artikel 53 (Ernennung und Absetzung durch Reichspräsident) gaben dem Reichspräsidenten fast diktatorische Macht
    d. Artikel 48 (Notverordnung) führte dazu, dass oft und am Ende nur noch damit regiert wurde
2. Wirtschafts- und Sozialgeschichtliche Probleme
    a. Wirkung der Inflation, die Sparer und Kapitalbesitzer enteignete, aber nicht Schuldner und Hausbesitzer und damit die Gesellschaft spaltete.
    b. Die brutale Wirtschafts- und Finanzkrise 1929 mit 6 Millionen Arbeitslosen
    c. Verbunden damit eine soziale Deklassierung durch alle Schichten
3. Der Modus der Verheißung

[418] Ebd., 339.
[419] Scheidemann 2002, 151.
[420] Wirsching, Andreas: Das Ende von Weimar: Woran zerbrach die erste deutsche Demokratie? Vortrag in Freiburg, 24.1.2019.

a. Drei schwere Ereignisse, die zu privaten Abwärtsbewegungen führten und eine tiefe Sehnsucht nach Normalität hervorriefen, aber auch populistischen Verheißungen und Versprechen auf die Zukunft die Tore öffneten.

Erschwerend für die junge Republik kamen die Schwerindustrie Rhein-Ruhr sowie der Bund der Landwirte, die eine andere Republik wollten. Nicht an die demokratische Leine wurden die ostelbischen Junker[421] gelegt. Und die Justiz blieb auf dem rechten Auge „halb- bis vollblind“[422].

Viele Fehler wurden aus späterer oder heutiger Sicht gemacht. Das wird in der Literatur ausführlichst beschrieben. Fast alle Staatssekretäre der Oktoberregierung blieben nach der Novemberrevolution in ihren Ämtern statt sie auszutauschen. Man verzichtete darauf, „die Leitungsbereiche der großen Ministerien des Reichs und der Länder von vornherein mit eigenen Leuten zu besetzen und dadurch systematisch unter Kontrolle zu bringen“[423]. Man ersetzte nicht die führenden Köpfe des Beamtenapparates und der Justiz, diese „Bollwerke des Obrigkeitsstaates“[424] mit demokratiegesonneneren Persönlichkeiten.

Die Massen warteten auf solche Zeichen. Ein politisches Aufräumen durch Austausch in den Führungsetagen der Reichs- und Landesbehörden wäre solch ein Zeichen gewesen, dass die Sozialdemokraten in der Frage der Macht nun ernst machten. Aber diese Zeichen kamen nicht.[425]

> *Der bekannte Theologe und Kulturphilosoph Ernst Troeltsch begreift sehr bald, welchen Fehler die führenden Sozialdemokraten hier begehen: Sie verkennen, was Herrschaft bedeutet, auch und gerade eine demokratische; eine Republik muss gefestigt sein, beschützt und sich durchzusetzen wissen: „Daß Demokratie auch ihrerseits Herrschaft, und zwar starke Herrschaft, sein muß, nur eben auf Volksvertrauen und nicht auf Militär und Standesprivilegien gestützt, das will oben und unten den Leuten nicht in den Sinn, ja, das erscheint ihnen in seltsamer Verblendung über das Wesen aller Herrschaft ... geradezu als undemokratisch. In Wahrheit kann aber nur Herrschaftsgrund und Herrschaftsmittel verändert sein, nicht Notwendigkeit und Wesen der Herrschaft selbst."*[426]

Man arbeitete mit Personen zusammen, die Tage zuvor noch die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten in Berlin verboten und am 9.11. sogar noch den Gebrauch der Schusswaffe angeordnet hatte, wie dem preußischen Kriegsminister Heinrich Schëuch, der „die Forderung nach seiner Demission ungerührt an sich abperlen“ ließ und erwiderte: „Nein, ich bleibe auf meinem Posten“[427]. Auch Hindenburg, „diese walrossbärtige Verkörperung des deutschen Unglücks“[428], blieb in der OHL, rettete sich als Hauptverantwortlicher seiner Militärdiktatur mit Ludendorff für den verlorenen Krieg und die vielen Toten hinüber in die Weimarer Republik. Unverständlicherweise

---

[421] Laut Wikipedia: Die Großgrundbesitzer dieser Gegend trugen die umgangssprachliche Bezeichnung Ostelbier oder Junker und spielten im alltäglichen Leben eine bestimmende Rolle. Oft beherrschten sie das Gebiet auch politisch und bestimmten als ehemalige Herrschaftselite Preußens weite Teile der gesamtdeutschen Politik mit. So gab es in den mehr als 10.000 Gutsbezirken, die einen bedeutenden Teil der Fläche Ostelbiens ausmachten und bis Ende der 1920er Jahre bestanden, keine kommunalen Interessenvertretungen wie in den übrigen Gemeinden. Der Begriff „ostelbische Junker“ bezeichnete eine bestimmte Gesellschaftsschicht der adligen Grundbesitzer und wurde oft im Sinne von „reaktionär“ verwendet.
[422] Wirsching, Andreas: Das Ende von Weimar: Woran zerbrach die erste deutsche Demokratie? Vortrag in Freiburg, 24.1.2019.
[423] Käppner 2017, 249.
[424] Käppner 2017, 245.
[425] Käppner 2017, 257.
[426] Käppner 2017, 250. Zit. nach Kolb: Arbeiterräte, 407.
[427] Käppner 2017, 248.
[428] Käppner 2017, 245.

forderte nur der Linksaußen Barth im Kabinett seine Verhaftung. Vergeblich. Seine Neutralisierung hätte vieles verhindern können.

> *Der weitgehende Verzicht auf einen gründlichen Umbau von Staat und Verwaltung hat seinen Preis, und für die Revolution ist dieser Preis zu hoch. Auf diese Weise bleiben im Gefüge des Staates große Inseln des Gestrigen zurück, so unberührt, als habe niemals ein Sozialist oder Demokrat den Fuß auf sie gesetzt.*[429]
>
> *Das Militär wird daraus als der berüchtigte „Staat im Staate" hervorgehen, mit einem Kosmos eigener Wertvorstellungen und politischer Ziele, beide unvereinbar mit Freiheit und Demokratie*.[430]
>
> *Die Regierung der Volksbeauftragten züchtet die Todfeinde der jungen Republik, welche sie gerade errichtet, selbst heran; das ist gewiss nicht ihre Absicht und doch das Ergebnis ihrer Politik*.[431]

Dazu kam eine Gewalt, die in der Weimarer Republik normal war. Man hatte sich daran gewöhnt. Oder wie der Simplicissimus karikierte, die Deutschen haben sich beim Kriegführen vom Ausland vollständig unabhängig gemacht. Die Weimarer Republik hatte ein endemisches Gewaltpotential in sich[432].

Und damit wollen wir uns der Wende in der relativ friedlichen Revolution zuwenden.

Die postrevolutionäre Gewalt

Unmittelbar nach der Revolution ging Ebert davon aus, dass die Revolution vollendet war und dass kein Widerstand vom alten System mehr zu erwarten war.

Auf die Frage eines holländischen Reporters (zitiert im „Vorwärts"), ob das neue republikanische System noch größere Kämpfe zu bestehen haben würde, ehe es sich endgültig befestigen könnte, antwortete Reichskanzler Ebert:

> *Unser Sieg ist fast unblutig, ich möchte fast sagen, leicht und vollständig gewesen. Daß die alten Gewalten sich noch einmal zum Kampfe um die Macht stellen könnten, scheint mir gänzlich ausgeschlossen. Deutschlands künftige Staatsform ist die Republik, und der freie deutsche Volksstaat wird sich glücklich fühlen, im Völkerbunde der freien Nationen ein gleich geachtetes Mitglied zu werden*.[433]

Ein entscheidender Fehler der Weimarer Regierenden war der Umgang mit dem Militär, und das war vor allem Eberts Umgang mit dem Militär. Dieses Militär war im November 1918 zerschlagen. Kaum kehrte es nach Hause zurück, löste es sich auf wie Schnee in der Sonne. Und doch kam es bereits am 10.11. zu dem schon beschriebenen Bündnis zwischen Ebert und Groener, teils auch *Ebert-Groener-Pakt* genannt. Obwohl dieses Zusammengehen zweier Männer aus augenscheinlich völlig konträren Lagern jedem unverständlich und verhängnisvoll erscheinen muss, so wird es doch unterschiedlich bewertet. Eine weiterreichende Diskussion kann es – trotz der enormen Wichtigkeit aufgrund der Folgen – hier nicht umfassend geben. Nur stichprobenweise seien hier Argumente aufgeführt.

---

[429] Käppner 2017, 256.
[430] Käppner 2017, 257.
[431] Käppner 2017, 257.
[432] Ebd.
[433] Karlsruher Zeitung vom 13.11.1918 (No. 265).

Die Zeit schreibt 1975:

> *Man hat Ebert Vorwürfe über diese Zusammenarbeit mit der Obersten Heeresleitung gemacht, aber wie hätte er ohne die Hilfe des Heeres damals das Chaos verhüten können? Eine republikanische Schutztruppe konnte nicht über Nacht aus dem Boden gestampft werden; den aus dem Felde heimkehrenden Arbeitern stand nicht der Sinn nach abermaligem Militärdienst. Wie schwierig die Lage war, zeigte sich an den „Freikorps", die allerorten entstanden und in denen sich alle Arten von Abenteurern zusammenfanden. Beim Kapp-Putsch sollte es sich noch bitter rächen, daß es der neuen Regierung nicht mehr gelungen war, die Soldateska besser zu kontrollieren. Eberts enger Freund Gustav Noske, dem er die Organisation der Wehrmacht anvertraut hatte, verlor darüber Amt und guten Namen.*[434]

2018 findet man folgenden Kommentar in der Zeit:

> *Der viel gescholtene Ebert-Groener-Pakt, der nach Ansicht mancher Kritiker dem preußischen Militarismus wieder Tür und Tor geöffnet hat, gehört nicht zu diesen Fehlentscheidungen. Jede Regierung muss sich auf Ordnungskräfte stützen. Am 10. November 1918 hatte General Wilhelm Groener die Loyalität der Obersten Heeresleitung gegen die Zusage angeboten, dass die Revolutionsregierung die bolschewistische Gefahr bekämpfen werde (die letztlich geringer war, als es die Protagonisten einschätzten). Wer als Regierungsmitglied ständig bedroht wurde und um sein Leben fürchten musste, neigte vermutlich dazu, die zugespitzte revolutionäre Situation in Berlin auf das gesamte Reich zu übertragen.*[435]

Im Spiegel ist 2014 zu lesen:

> *Es ist eine bittere Ironie der Geschichte, dass Ebert und die Reichsregierung, weil sie über keine eigenen loyalen Soldaten verfügen, auf Truppen rechter Extremisten zurückgreifen müssen, die die Demokratie genauso verachten wie jene Linksradikalen, gegen die sie eingesetzt werden.*
>
> *Doch der Preis dafür ist hoch. Ebert schließt einen Pakt mit General Wilhelm Groener, dem zweithöchsten Offizier der Obersten Heeresleitung: Die Armeeführung ist der Revolutionsregierung gegenüber loyal, damit im Land für Ruhe und Ordnung gesorgt werden kann. Die Regierung wiederum lässt die Armee in Ruhe und mischt sich nicht in deren innere Autonomie ein.*
>
> *Für viele Linke wird Ebert deshalb zum „Arbeiterverräter" und „Agenten der Bourgeoisie".*[436]

Kritischere Äußerungen findet man im Spiegel von 1968:

> *Ebert kalkulierte: Nur mit Hilfe des Generalstabs war es möglich, die Millionen Soldaten des Westheeres innerhalb der von den Alliierten gesetzten Frist über die Rhein-Brücken in die Heimat zurückführen und vor Gefangenschaft zu bewahren.*
>
> *Das war richtig. Als falsch aber erwies sich die andere Überlegung Eberts, daß nämlich nur mit Hilfe der alten Armee die befürchtete Revolte der Linksradikalen niedergehalten werden könne. Als die Rebellion der Spartakisten begann, war die alte Armee längst davongelaufen.*
>
> *Um die Armee bei Laune zu halten, machte Ebert Zugeständnisse, die er später nicht mehr zurücknehmen konnte. Er stärkte die Position des Offizierskorps und schwächte das einzig mögliche Gegengewicht, die Soldatenräte.*[437]

---

[434] Hirsch, Felix: Ein deutscher Lincoln oder der Stalin der SPD? In: Die Zeit, 10/1975; Zeit online https://www.zeit.de/1975/10/ein-deutscher-lincoln-oder-der-stalin-der-spd/komplettansicht.
[435] Braun, Bernd: Friedrich Ebert. Er schritt voran. In: Zeit online, 14.11.2018.
[436] Mohr, Joachim: Vaterlandstreuer Gesell. In: Spiegel Geschichte: Die Weimarer Republik, 2014, 43.

Und sehr deutlich äußert sich Gietinger:

> *Die Sozialdemokratie verbündete sich auf Gedeih und Verderb mit den Kriegsverbrechern des Ersten Weltkrieges. Dies konnte nur zu weiteren Verbrechen führen.*[438]

Es ist anzunehmen, dass Ebert die Absprachen mit Groener nicht gegen die Revolution traf. Er musste sich mit der einzig noch bestehenden Machtstruktur verbünden, um eine machtpolitische Basis für die neue Regierung zu haben.

> *Das Bündnis kam wohl auch zustande, weil Ebert aufgrund Revolution die Gefahr von links größer einschätzte als sie tatsächlich war. Ebert hätte auch ohne die OHL eine Machtbasis gehabt, denn die Revolutionäre waren überwiegend sozialdemokratisch. Doch dies erkannte weder Ebert noch der Rest der Parteiführung. Zu diesem Zeitpunkt brauchten sich beide Seiten gegenseitig, um ihren politischen Status aufrechtzuerhalten*.[439]

Da die späteren Äußerungen Groeners im Dolchstoßprozess mit Vorsicht zu werten sind und auch keine Quellen zu dem besagten Telefonat vorliegen, sei mehr eine Wertung bezüglich der Folgen gestattet.

> *Es ist also nicht vorbehaltlos von einem Verrat zu sprechen, aber ebenfalls kann [man] Ebert auch nicht von einer Verantwortung bei dem Vorgehen gegen die Revolution freisprechen. Ob nun Verrat oder nicht, die Fehlentscheidungen Eberts und der Führung der MSPD in diesen Tagen wirkten sich Entscheidend auf die spätere Entwicklung der Weimarer Republik aus. Die Passivität und das Zögern, das Offizierskorps zu entmachten oder umzugestalten führten dazu, das die Armee während der gesamten Weimarer Republik ein eigenständiger politischer Faktor blieb, der sich keiner Regierung verpflichtet fühlte und letztendlich zu einem eigenständigen politischen System als ,,Staat im Staate" wurde. Doch auch die OHL zog Konsequenzen aus dem Scheitern der militärischen Aktionen und vertraute im folgenden nur noch auf die aufgestellten Freiwilligenverbände, die Freikorps, die bei den Januarkämpfen zum ersten Mal massiv eingesetzt wurden. Die daraus resultierenden, verheerenden Folgen für den weiteren Verlauf der Weimarer Republik sind hinlänglich bekannt.*[440]

Warum wird das hier so ausführlich besprochen? Weil die Folgen so schwerwiegend für den weiteren Verlauf der Revolution und der Weimarer Republik sind und weil deswegen die Dimension ihrer Wichtigkeit eine ganz andere ist, als die Kritik, die von Morgenstern an der „badischen Provinz“ in der *Ortenau* [441] geäußert wird.

Philipp Scheidemann urteilt später:

> *Ohne die Militärfrömmigkeit Eberts und die Gutgläubigkeit Noskes hätte die junge Republik den Kapp-Putsch*[442] *gar nicht erlebt. Die Frechheit von rechts nahm ersichtlich zu, besonders in*

---

[437] Malanowski, Wolfgang: November 1918:“Kartoffeln - keine Revolution“, Spiegel, 47/1968, 137.
[438] Gietinger, Klaus: November 1918 – Der verpasste Frühling des 20. Jahrhunderts, Hamburg, 2018, auch als e-book.
[439] Nikolajczyk, Alexander: Verrat an der Revolution? Das Bündnis Ebert - Groener und seine Entwicklung bis 1918., München, 1999; https://www.grin.com/document/98110.
[440] Nikolajczyk, Alexander: Verrat an der Revolution? Das Bündnis Ebert - Groener und seine Entwicklung bis 1918., München, 1999; https://www.grin.com/document/98110.
[441] Morgenstern 2018.
[442] Der Kapp-Putsch vom 13. März 1920 war ein nach 100 Stunden gescheiterter, konterrevolutionärer Putschversuch gegen die nach der Novemberrevolution geschaffene Weimarer Republik. Anführer war General Walther von Lüttwitz mit Unterstützung von Erich Ludendorff aus der ehmaligen OHL. Der Putschversuch brachte das republikanische Deutsche Reich an den Rand eines Bürgerkrieges und zwang die sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung zur Flucht aus Berlin. Die meisten Putschisten waren

den Kreisen, der auf Grund des Versailler Diktats zur Entlassung gekommenen Offiziere wurde immer deutlicher gegen die Regierung gewählt.[443]

Erwähnt wird hier Gustav Noske[444], der schon in Kiel beim Matrosenaufstand für Ruhe sorgte und nach dem Ausscheiden der USPD Volksbeauftragter für Heer und Marine und später Reichswehrminister im ersten Kabinett Scheidemann wurde, „ein Hardliner im Kampf um Ruhe und Ordnung“[445], eine „präfaschistische Figur“[446]. Ihm wird ebenfalls ein gehöriges Maß Schuld beim Scheitern der Revolution bzw. der Weimarer Republik zugeschoben.

Bis heute ist der Sozialdemokrat Gustav Noske der umstrittenste Politiker seiner Partei und eine der umstrittensten Figuren der deutschen Zeitgeschichte. Er ging als "Retter Deutschlands", "Arbeiterverräter" und "Bluthund" in die Geschichte ein.[447]

Der Vielgescholtene wird aber von Philipp Scheidemann in Schutz genommen:

Nach mancher Richtung hin ist dem späteren Reichswehrminister Unrecht geschehen. Wahr ist, daß er sich, besonders im Fall des preußischen Oberst Reinhardt, […], und dann wieder besonders vor dem Kapp Putsch schwer geirrt hat, aber er hatte vorher Erfahrungen machen müssen, die gewiß alles andere als erfreulich waren und manchen seiner Irrtümer erklärlicher erscheinen lassen.[448]

Sehr wohl gab es die Möglichkeit, das Militär, zumindest die Führungsschichten auszutauschen. In Württemberg stellte sich z. B. Generalmajor Christof von Ebbinghaus unaufgefordert der provisorischen Regierung zur Verfügung, weil er „mit dem Programm, welches die beiden sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaften aufgestellt, vollkommen einverstanden sei“[449].

Und das Aufstellen einer Revolutionsarmee wäre ebenso möglich gewesen. So liefen viele der 50.000 Soldaten am 9.11.18 zu den Sozialdemokraten über. Sie unterstützten die MSPD am Folgetag, als der USPD-Mann Barth versuchte, die Macht im Berliner Vollzugsrat an sich zu reißen. Sie verhalfen der MSPD zur Mehrheit im Vollzugsrat. Aber mit den Soldatenräten wollte Ebert zwar paktieren, aber nicht Politik machen. So gab es nur schwache Ansätze zum Aufbau einer demokratischen Armee.[450]

Parteigenossen und SPD-treue Veteranen wurden zur Bildung einer 10.000 Mann starken Republikanischen Soldatenwehr aufgerufen. Aber es meldeten sich nur ein paar hundert.

Hierzu auch nochmals Scheidemann:

---

aktive Reichswehrangehörige oder ehemalige Angehörige der alten Armee und Marine, insbesondere der Marinebrigade Ehrhardt, die sich nach dem Ersten Weltkrieg in reaktionären Freikorps organisierten, sowie Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP). Einen großen Anteil am Scheitern des Putsches hatte, neben der bewaffneten Gegenwehr der Proletarier und Uneinigkeit der Militärs über die eigentliche Zielsetzung des Putsches, unzweifelhaft der Generalstreik – der größte in der deutschen Geschichte. (lt Wikipedia).

[443] Scheidemann 2002, 141.

[444] Gustav Noske, * 9. 7.1868 in Brandenburg an der Havel; † 30.11.1946 in Hannover, deutscher Politiker der SPD und der erste sozialdemokratische Minister mit der Zuständigkeit für das Militär in der deutschen Geschichte und bis Julius Leber der letzte.

[445] Sträter, Winfried: Der Spartakusaufstand: Ein deutsches Drama, Deutschlandfunk Kultur, Beitrag vom 6.1.2010.

[446] Gietinger, Klaus. Aus: Liebknecht-Luxemburg-Ehrung, Beilage der JW vom 12.1.2019.

[447] Malanowski, Wolfgang:„Einer muß der Bluthund werden“. In: Spiegel, 13/1988,77.

[448] Scheidemann 2002, 138.

[449] Engehausen & Weber 2018, 38.

[450] Malanowski, Wolfgang: November 1918:“Kartoffeln - keine Revolution“, Spiegel, 48/1968, 127.

Noske sollte eine Reichswehr aufbauen und war ehrlich bemüht, seine Truppe in der Hauptsache aus sozialdemokratischen Arbeiten und Arbeitersöhnen zu rekrutieren. Er wollte auffordem zum Eintritt in die Wehr und gab deshalb für die Arbeiterzeitungen entsprechende Werbeinserate auf. Was geschah? Abgesehen von wenigen Ausnahmen, lehnten die sozialdemokratischen Blätter die Aufnahme der Inserate ab, denn man wollte nichts mehr wissen vom Militarismus. Die Folgen dieser kurzsichtigen Haltung waren sehr böse, denn es traten nun fast ausschließlich Bauernsöhne und Söhne von Angestellten und Beamten, aber auch ehemalige Unteroffiziere in die Reichswehr ein.[451]

Und er kritisiert diese Verweigerungshaltung, dass viele Arbeiter leider zu ihrem eigenen Schaden nicht den Unterschied zwischen einer demokratischen Wehr der Republik und dem Kaiserlichen Militarismus begriffen hätten.[452]

So nimmt das Schicksal seinen Verlauf, die Scheidemann später so kommentiert:

Das Verhältnis Eberts zu den höheren Offizieren ist der Republik teuer zu stehen gekommen…

Die Dreistigkeit der reaktionären Offiziere und Beamten nahm zu, je mehr die Überzeugung sich durchsetzte, daß man der Regierung auf der Nase herumtanzen und sie nach Belieben beschimpfen könne.[453]

6. Dezember 1918

Soldaten wollen an einer Berliner Kreuzung einen Demonstrationszug von Spartakisten aufhalten. Nachdem plötzlich Schüsse fallen, ist die Bilanz 18 Tote und viele Verletzte.

Die chaotischen und blutigen Ereignisse des 6. Dezember 1918 markieren aber den Beginn eines unwiderruflichen Vertrauensverlustes vieler Arbeiter und Soldaten in Ebert und seine Regierung nicht nur wegen der Toten auf der Chausseestraße, sondern auch wegen seiner uneindeutigen Haltung gegenüber den Möchtegernputschisten in Uniform. Hier setzt eine verhängnisvolle Spirale der Radikalisierung ein: Je größer die Kluft nach links und je massiver der Protest von Spartakisten und linken Unabhängigen wird, desto mehr neigen die regierenden Mehrheitssozialisten zu der Ansicht, der Bolschewismus drohe und das Militär werde im Notfall doch noch gebraucht. Aber es ist gerade diese Nähe zu des Kaisers Generälen, welche die Kluft so tief werden lässt.[454]

Zur selben Zeit gibt es einen erfolglosen Versuch durch Soldaten, den Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates Groß-Berlin festzusetzen und Ebert die alleinige Exekutivgewalt zu übertragen.[455] Die Besetzung des preußischen Landtages, Sitz des Vollzugsrates, endet durch das couragierte Eingreifen von Barth, der die Soldaten zur Ordnung ruft. „ Stillgestanden, wenn zu Ihnen im Dienst ein Mitglied der Regierung tritt.“ Zusammen mit anderen Einheiten marschieren Matrosen der Volksmarinedivision[456] zur Reichskanzlei und sprechen Friedrich Ebert öffentlich ihre Unterstützung aus. Geplant war der Putsch „im Westentaschenformat“ im Außenministerium.

7. Dezember 1918

Als Reaktion auf das Massaker ziehen Liebknecht und seine Anhänger … mit Maschinengewehren durch die Siegesallee. Der Aufzug verbreitet Angst und Schrecken. Voller

[451] Scheidemann 2002, 138.
[452] Ebd.
[453] Ebd., 139.
[454] Käppner 2017, 272.
[455] Jones, Mark: „Entsetzliche Knallerei“. In: ZEIT Geschichte 1918/19 Die deutsche Revolution, 62f.
[456] Bewaffnete Formation revolutionärer Matrosen, die am 11.11.1918 gegründet wurde, anfangs Ebert unterstützte, dann aber nach links schwenkte. Unter der Befehlsgewalt des neuen Polizeipräsidenten von Berlin, Emil Eichhorn (USPD) als bewaffnete Ordnungsmacht zur Verfügung gestellt.

Furcht, die Spartakisten könnten die Macht übernehmen, schmieden Angehörige der Regierung Notfallpläne, wie sie Berlin jederzeit verlassen können... Die Angst, Deutschland könne wie Russland in Bolschewismus und Bürgerkrieg abgleiten, nähert sich dem Höhepunkt.[457]

Zur gleichen Zeit plant die Oberste Heeresleitung jedoch einen größeren Putsch als wie der vom 6.12., um die Ebert-Regierung „fest in den Sattel zu setzen“[458]. Groener sieht dabei vor, die Gewalt den Arbeiter- und Soldatenräten zu entreißen, Berlin zu entwaffnen und von Spartakiden zu säubern. Er versucht Ebert für die Militäraktion zu gewinnen, doch dieser zögert. Nun klemmt sich Hindenburg dahinter und macht Druck bei Ebert, weil er doch „als treuer deutscher Mann“ sein „Vaterland über alles liebe“[459] Er fordert u. a., dass die militärische Kommandogewalt allein bei den Kommandobehörden liege und dass die Soldatenräte aus der Truppe verschwinden.

Da anscheinend dies Ebert immer noch gefügig macht, handelt die OHL eigenmächtig und lässt unter strengster Geheimhaltung die Vorausabteilungen von zehn Frontdivisionen in die Reichshauptstadt einrücken. Als dies Ebert gemeldet wird, erklärt er, dass er dafür sorgen werde, dass „nur Berliner Einheiten einmarschieren und nur geringe Mengen Munition ausgegeben werden“.

„Groener aber sieht das OHL_Komplott gefährdet und verstärkt den Druck auf den Volksbeauftragten. „Die OHL muss erst Ebert energisch den Rücken steifen“.[460]

Im Namen Hindenburgs lässt Groener Ebert bestellen, und das ist schlichte unverschämte Erpressung, dass wenn der Vollzugsrat nachgebe, „dann sieht der Generalfeldmarschall im Vollzugsrat eine Tyrannei der Spartakus- und Liebknecht-Anhänger und der schlimmsten Feinde des deutschen Volkes“ und droht ganz unverblümt, dass er es dann für seine Pflicht halte, „den Vollzugsrat mit allen Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen, zu bekämpfen.“[461]

Nun gibt Ebert nach, sprich er lässt sich von der OHL erpressen, und akzeptiert den Einzug der Truppen und die Entwaffnung der Zivilbevölkerung, lehnt aber die Forderung nach standrechtlicher Erschießung ab, weil die SPD schon immer gegen die Todesstrafe gewesen sei.

Groener schert sich keinen Deut um Eberts Bitte, sondern befiehlt, „nötigenfalls alle entgegenstehenden Anweisungen von Regierungsorganen oder militärischen Stellen, auch des Kriegsministers, abzulehnen“[462] und der für die Operation vorgesehene Generalleutnant Arnold Lequis ordnet die Erschießung von jedem an, der mit Waffe angetroffen wird.

10. Dezember 1918

Wie vorgesehen rückt die Garde-Kavallerie-Division mit schwarz-weiß-roten Fähnchen in Berlin ein. Ebert begrüßt sie, ob kuschend vorm Militär oder taktisch geschickt, wie es auch der Kaiser nicht besser gekonnt hätte.

Nie haben Menschen Größeres geleistet und gelitten als Ihr … Kein Feind hat euch überwunden …[463]

Aber Groeners und Hindenburgs Putsch scheitert, oder besser gesagt, löst sich einfach auf, indem die Truppen „einen derartigen Drang nach Hause“ entwickeln, „daß mit diesen zehn Divisionen absolut

[457] Jones, Mark: „Entsetzliche Knallerei“. In: ZEIT Geschichte 1918/19 Die deutsche Revolution, 63.
[458] Malanowski, Wolfgang: November 1918:“Kartoffeln - keine Revolution“, Spiegel, 48/1968, 116.
[459] Ebd.
[460] Ebd., 118.
[461] Ebd.
[462] Ebd.
[463] Ebd., 119.

nichts anzufangen war“[464]. Nicht an den sozialdemokratischen Machthabern scheitert er, sondern an den kriegsmüden Soldaten, „die weder für Revolution noch für Restauration zu haben waren“.[465]

Doch wenn jemand geglaubt hätte, dass Ebert nun mit dem Militär bricht oder die Rädelsführer in der Obersten Heeresleitung gar verhaftet, sieht sich getäuscht. Als sei nichts geschehen, konspiriert er weiter mit der alten Armee und radikalisiert so die Linke.

23. Dezember 1918

Nachdem nach verschiedenen Vorkommnissen der Rat der Volksbeauftragten die Volksmarinedivision verkleinern will und Soldzahlungen verweigert hat, und Otto Wels als Stadtkommandant von Berlin plant, die zuverlässigen Teile in die republikanische Reichswehr einzugliedern und den Rest bei Zahlung einer Abfindung zu entlassen, versuchen wütende Matrosen, die Reichskanzlei abzuriegeln und die Regierung festzusetzen. Otto Wels wird in Geiselhaft genommen und misshandelt.

Anders als bisher verweigert Ebert nicht mehr den Einsatz von Gewalt zur Herstellung der Ordnung. Als Ebert von der Gefangennahme und Misshandlung von Wels erfährt, wendet er sich an das preußische Kriegsministerium und bittet um militärische Hilfe. Zum ersten Mal darf die Oberste Heeresleitung militärisch gegen Aufständische losschlagen und die Garde-Kavallerie-Schützen-Division wird nach Berlin beordert.

24. Dezember 1918

„Blutweihnacht“. Die Gardedivision verwandelt das östlich Ende von Unter Linden in ein Kriegsgebiet. Gegen Mittag aber ergibt sich die Division den rebellierenden Matrosen und muss abziehen. Es gibt Tote, wobei eine erhebliche Differenz zwischen Gerüchten und Wirklichkeit herrscht. Die Regierung muss der Volksmarinedivision daraufhin erhebliche Zugeständnisse machen. Das Wichtigste aber scheint die Soldzahlung zu sein.

> *Für viele Beobachter ist mit dem Weihnachtsgefecht der Tiefpunkt der Revolution erreicht. Das Gerücht geht um, Hunderte von Menschen seien getötet worden – nicht ungewöhnlich für eine Massenpanik, die ausbricht, wenn Gewalt in die zivile Welt eindringt… Man munkelt, die Gewaltherrschaft von Luxemburg und Liebknecht habe bereits begonnen.*[466]

29. Dezember 1918

Beide Seiten versammeln ihr Unterstützer auf der Straße: „Berlin Mitte wird zur Bühne für ein Plebiszit der Massen über die Zukunft von Deutschland.“[467]

> *Tausende jubeln am Moltke-Denkmal Bernhard Dernburg zu, einem der Gründer der liberalen Deutschen Demokratischen Partei, als dieser ausruft: „ Wir dürfen es nicht länger dulden, daß von 2000 Spartakisten ganz Berlin terrorisiert wird, und wir müssen aufs dringendste von der Regierung verlangen, daß sie ihre Machtmittel gebraucht un nicht, wie bisher, unbenutzt an der Wand hängen läßt. Kann sie das nicht, so ziehen wir alle noch einmal gern den feldgrauen Rock an, um die Ordnung und Ruhe herzustellen.“*[468]

Unter dem Druck der Anhänger und nachdem der Zentralrat die Frage der Unabhängigen, ob er die Weisung an den Kriegsminister billige, bejaht[469], verlassen die Unabhängigen Sozialdemokraten Haase, Dittmann und Barth den Rat der Volksbeauftragten. Es kommt nach 1916 zum fatalen

---

[464] Ebd., 121.
[465] Ebd.
[466] Ebd. 64.
[467] Ebd. 64.
[468] Ebd. 64.
[469] Winkler 1993, 54.

erneuten Bruch der Sozialdemokraten. Ersetzt werden die Unabhängigen durch Gustav Noske und Rudolf Wissel.

2. Januar 1919

Kriegsminister Schëuch, der sein Entlassungsgesuch als preußischer Kriegsminister zum 15. Dezember 1918 eingereicht hatte, wird durch den Oberst Wilhelm Reinhard[470] ersetzt.

> *Nachdem General Scheuch später durch den württembergischen Oberst Reinhardt ersetzt worden war, hatten die übrigen Volksbeauftragten mitunter den Eindruck, daß Ebert den alten Offizieren mehr Verständnis entgegenbrachte, als den Vertretern der Soldatenräte. Jedenfalls war er diesen gegenüber ebenso fest, wie er den Offizieren gegenüber nachgiebig war.*[471]

4. Januar 1919

An Weihnachten hatte sich der Berliner Polizeipräsident Emil Eichhorn auf die Seite der Meuterer gestellt. Offen erklärte er, dass er eine Zusammenarbeit der USPD mit dem Spartakusbund favorisierte, aus dem in eben diesen Tagen die KPD hervorging. Dem preußischen Innenminister und Ministerpräsidenten Paul Hirsch teilte er mit, dass er ihn nicht als weisungsberechtigt anerkenne. Damit war er als Polizeipräsident unhaltbar geworden. So wird er am 4. Januar entlassen. Die Entlassung aber erkennt er nicht an. Die von ihm selbst aufgebaute Sicherheitswehr rückt von ihm ab, vielleicht auch weil die Gegenseite mehr Lohn verspricht.

Am Abend entlädt sich die aufgestaute Spannung der vergangenen Tage auf einer Sitzung der Revolutionären Obleute und der Berliner USPD, die „eigentlich in keinem Verhältnis zum Anlass steht“[472]. „Aber der Zorn in der linken Arbeiterschaft muss heraus“.

5. Januar 1919

In der "Rote Fahne", dem Zentralorgan der neu gegründeten KPD, erscheint ein Bericht über die angeblich heimtückische Absetzung Eichhorns durch die führenden MSPD-Politiker Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann, die die Arbeiter damit angeblich „um den letzten Rest der revolutionären Errungenschaften“ bringen wollen. Folge ist eine Großdemonstration für seine Wiedereinsetzung. Vom Balkon des Polizeipräsidiums herab hält Eichhorn eine Rede, in der er ausruft „Ich habe mein Mandat von der Revolution erhalten und werde es nur der Revolution zurückgeben […] Ich verlasse mich auf die Macht des Proletariats.“

Nachdem das Band, das die Anhänger der Arbeiterbewegung mühsam zusammenhielt, die sozialistische Einheitsregierung, gerissen ist, ist die gemeinsame Aktion von USPD, Obleute und KPD „ein Fanal neuer ‚Einigkeit‘“[473].

Diese Demonstration von mehreren Zehntausend Menschen ist die größte seit Beginn der Novemberrevolution. Jetzt beginnt der Januaraufstand.

> *Für die radikalen Sozialisten, die entschlossen sind, nach russischem Vorbild die Macht zu ergreifen, scheint die Stunde gekommen. Am späten Abend des 5. Januar besetzen bewaffnete Arbeiter verschiedene Pressehäuser im Berliner Zeitungsviertel. In dieser Nacht*

---

[470] Wilhelm Reinhardt, vom 3. Januar bis September 1919 letzter Kriegsminister Preußens. Als Einziger aus der Reichswehrführung wollte er während des Putsches von 1920 militärisch gegen die Putschisten vorgehen. Nach dem Putsch schied er am 27. März 1920 aus dem Amt als Chef der Heeresleitung aus. Sein Nachfolger wurde ausgerechnet Seeckt, der beim Putsch nicht Soldaten auf Soldaten schießen lassen wollte.
[471] Scheidemann 2002, 138.
[472] Käppner, 2017, 387.
[473] Ebd 388.

erklärt eine Koalition radikaler Gruppen in Berlin, zu der Karl Liebknecht gehört, den 6. Januar zum ersten Tag eines Arbeiteraufstands. Er wird keine Woche dauern.[474]

Die führenden Leute der Obleute, der USPD und der KPD kommen am Abend zu einer Sitzung zusammen, um das weitere Vorgehen zu bestimmen. Die meisten der Anwesenden unterstützen die Besetzung des Berliner Zeitungsviertels und sind dafür, jetzt den Kampf gegen die sozialdemokratische Regierung aufzunehmen. Ein provisorischer Revolutionsausschuss zum Sturz der Regierung und für die Übernahme der Macht wird beschlossen. „Für Liebknechts Lager scheinen die größten Hoffnungen plötzlich wahr zu werden."[475]

In der Reichskanzlei ist man entsetzt. Hatte die MSPD-Führung gedacht, mit der Absetzung von Eichhorn die Verhältnisse konsolidieren zu können, befürchtet man nun wieder wie im Vorjahr den bolschewistischen Umsturz. Dieses Mal zu Recht.

6. Januar 1919

Eine der meistgelesenen Darstellungen des Aufstands - Sebastian Haffners Die verratene Revolution - führt in bemerkenswerter Weise in die Irre, wenn es um die folgenden Ereignisse geht. Haffner sieht den 6. Januar 1919 als echte Chance für die Arbeiter, an die Macht zu kommen, und gibt ihren radikalen Führern die Schuld am Scheitern einer zweiten Revolution Was diese Darstellung übersieht, ist die Tatsache, dass die Radikalen am 6. Januar nicht allein auf der Straße sind: Tausende Unterstützer der Regierung blockieren die Wilhelmstraße und verlangen nach Waffen, um die Regierung zu schützen. Während es dieser gelingt, ihre Anhänger zu mobilisieren, bröckelt die Unterstützung für die Radikalen.[476]

Am Nachmittag wird auf Antrag der Fraktion der MSPD im Vollzugsrat der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrat die Freigabe des „Vorwärts", dessen Pressehaus auch von den Spartakisten besetzt wurde, sowie die vollständige Pressefreiheit gefordert.

Weil es so kennzeichnend für die Einstellung der MSPD ist, sollen hier Auszüge aus dem Protokoll wiedergegeben werden.[477]

> *Otto Frank [SPD]: … Der Genosse Däumig behandelt es so, als wenn er der Meinung ist, daß heute durch die Revolution noch keinerlei Umstellung in dem Gang der politischen Verhältnisse stattgefunden hat. Er behandelt es so von dem Grundsatz aus, daß die augenblicklich herrschende Regierung so zu behandeln wäre wie die frühere kapitalistische Regierung. … Wir stehen nicht auf dem Standpunkt, daß man immer Gefahr wittern muß. Weiter stehen wir aber auch auf dem Standpunkt, daß in revolutionären Zeiten auch der Grundsatz Geltung haben darf, daß eine einzelne Gruppe mit Gewalt ihre Meinung [nicht] der Mehrheit der Bevölkerung aufdrängen kann und darf…*
>
> *Genosse Däumig steht ebenso wie ein Teil der Arbeiterschaft auf dem Standpunkt, daß nur der geschlossen vorwärts treibende Teil der Arbeiterschaft das revolutionäre Recht hätte, über diese Dinge in rechtlicher Weise zu entscheiden. Er stellt hier die Minderheit über die Mehrheit, die Diktatur über die Demokratie.*
>
> *Maynz [SPD]: Wir haben auch weiter den Standpunkt vertreten, daß die Pressefreiheit eine Errungenschaft der Revolution ist, ganz gleich, was es ist. Es kann jeder das Recht haben zu schreiben, was notwendig ist. (zur Forderung der Besetzer, dass man die Zeitungen weiter*

[474] Jones, Mark: „Entsetzliche Knallerei". In: ZEIT Geschichte 1918/19 Die deutsche Revolution, 64.
[475] Käppner, 2017, 392.
[476] Jones, Mark: „Entsetzliche Knallerei". In: ZEIT Geschichte 1918/19 Die deutsche Revolution, 64.
[477] Engel, Gerhard & Holtz, Bärbel & Huch, Gaby & Materna, Ingo: Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19, 134f. Zitiert nach: 6. Januar 1919, BAP R201, A.u.S.Räte, Nr. 26, Blatt 59-78.

erscheinen lassen wolle, wenn die Redaktionen gewillt wären, einen Zensor sich auf die Nase setzen zu lassen)

Wir beugen uns nicht restlos der Diktatur des Spartakusbundes, weil wir die Meinung haben, daß wir die Mehrheit der Berliner Bevölkerung auf unserer Seite haben.

Der Antrag wird gegen den Vorsitzenden Müller (Veteran der Obleute) und Däumig (von USPD zur KPD gewechselt) angenommen. Ebenso angenommen wir die Stellungnahme des Vollzugsrats zur Entlassung des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn.

Nicht unerwähnt bleiben soll die Warnung des Vorsitzenden Richard Müller[478] bei der Resolution gegen Eichhorn.

Ich möchte sie darauf aufmerksam machen, …Eine solche Erklärung wird zweifellos eine Antwort von Seiten der USPD-Mitglieder des Vollzugsrats nicht ausbleiben lassen. Wenn Sie das heraufbeschwören wollen, so ist das sehr bedauerlich.

„Für die Linke aber ist der Symbolgehalt dieser Entlassung ungeheuer – mit Eichhorn soll die Revolution endgültig niedergerungen werden.“[479]

Der Revolutionsausschuss ruft die Berliner Arbeiterschaft zu einem Generalstreik für den 7. Januar und zum Sturz der Restregierung Eberts auf.

7. Januar 1919

Dem Aufruf folgen etwa 500.000 Menschen, die in die Innenstadt strömen. Eine große Menschenmenge sammelt sich auf den Straßen und Berliner Plätzen. Sie nimmt aber in den Folgetagen weder an Kämpfen teil noch wird sie von den Streikführern beteiligt.

In den Folgetagen versammeln sich Hunderttausende in den Straßen und gehen, da die Verantwortlichen sich nicht auf das weitere Vorgehen einigen können, abends unverrichteter Dinge wieder nach Hause. An diesen beiden Tagen hätten sie nach Einschätzung des Publizisten Sebastian Haffner die Chance gehabt, durch Übernahme der Reichskanzlei die Regierung der Volksbeauftragten zu stürzen.

Der KPD-Führer Karl Liebknecht befürwortet, einen Bürgerkrieg zu entfesseln: Der Rat der Volksbeauftragten soll mit Waffengewalt gestürzt und damit die für den 19. Januar angesetzten ersten freien Wahlen zur Nationalversammlung verhindert werden. Zugleich versuchen die KPD-Vertreter, einige der in Berlin stationierten Regimenter, vor allem die Volksmarinedivision, auf ihre Seite zu ziehen. Dies gelingt jedoch nicht, weil die meisten der Soldaten bereits zu Hause sind, weil sie sich entweder als neutral erklären oder weil ihre Loyalität dem bisherigen Rat der Volksbeauftragten gilt. Auf der anderen Seite stellt sich ein Teil der Berliner Bevölkerung, insbesondere des Bürgertums, hinter die Regierung Ebert, folgte einem Streikaufruf und sicherte Regierungsgebäude seit dem 6. Januar als lebende Schutzschilde.

Die Verhandlungen zwischen den Aufständischen und der Regierung scheitern an der beiderseitigen Kompromissunfähigkeit: Der Rat der Volksbeauftragten verlangt die Räumung der besetzten Zeitungsgebäude, die Aufständischen beharren auf der Wiedereinsetzung Eichhorns. Ohne den Vorwärts ist die Sozialdemokratie gewissermaßen mundtot, und genau das wollen die

[478] Richard Müller, * 9. 12.1880 in Weira; † 11. 5.1943 in Berlin, wichtige Rolle als einer der Protagonisten der Revolutionären Obleute vor allem im Vorfeld und Verlauf der Novemberrevolution als Verfechter einer deutschen Räterepublik, Vorsitzender des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte Großberlin.
[479] Käppner 2017, 387.

Aufständischen[480]. Die Besatzer wollen aber lieber tot unter den Trümmern des Gebäudes begraben sein als abzuziehen.

„Die Mehrheitssozialdemokraten entscheiden sich für eine Demonstration der Staatsmacht.“[481] „Können wir unseren Willen nicht durchsetzen, so ist die Blamage desto größer. Wenn wir jetzt die Sache durch Verhandlung erledigen, so geht sie wahrscheinlich in zwei bis drei Tagen wieder los.“[482] Damit ist die Chance zur gewaltfreien Beilegung des Konflikts vertan.

8. Januar 1919

Die Revolutionären Obleute, der Zentralvorstand der Berliner USPD und der KPD verlangen in einem gemeinsamen Aufruf den Kampf gegen „die Judasse in der Regierung. […] Sie gehören ins Zuchthaus, aufs Schafott. […] Gebraucht die Waffen gegen eure Todfeinde.“

> *Das ist ein Aufruf zum Mord, an dem keine spätere Verklärung etwas ändern wird.*[483]

Die Revolutionsleitung erklärt sich selber zur Regierung und verkündet:

> *„An jeden Proletarier ergeht der Donnerruf des unerbittlichen Geschicks: Auf zum letzten, zum entscheidenden Kampf... zum vernichtenden Schlage, der zerschmettern muß die blutbesudelten Ebert-Scheidemann!“*[484]

Der Rat der Volksbeauftragten fordert daraufhin die Bevölkerung zum Widerstand gegen die Aufständischen und deren beabsichtigte Regierungsübernahme auf und veröffentlichte ein Flugblatt, in dem sie verkündet:

> *Mitbürger!*
>
> *Spartakus kämpft jetzt um die ganze Macht. Die Regierung, die binnen zehn Tagen die freie Entscheidung des Volkes über sein eigenes Schicksal herbeiführen will, soll mit Gewalt gestürzt werden. Das Volk soll nicht sprechen dürfen. Seine Stimme soll unterdrückt werden. Die Erfolge habt ihr gesehen. Wo Spartakus herrscht, ist jede persönliche Freiheit und Sicherheit aufgehoben. Die Presse ist unterdrückt, der Verkehr lahmgelegt. Teile Berlins sind die Stätte blutiger Kämpfe, andere sind schon ohne Wasser und Licht. Proviantämter werden gestürmt, die Ernährung der Soldaten- und Zivilbevölkerung wird unterbunden.*
>
> *Die Regierung trifft alle notwendigen Maßnahmen, um die Schreckensherrschaft zu zertrümmern und ihre Wiederkehr ein für allemal zu verhindern. Entscheidende Handlungen werden nicht mehr lange auf sich warten lassen. Es muß aber gründliche Arbeit getan werden, und die bedarf der Vorbereitung: Habt nur noch kurze Zeit Geduld. Seid zuversichtlich, wie wir es sind, und nehmt euren Platz entschlossen bei denen, die euch Freiheit und Ordnung bringen werden. Gewalt kann nur mit Gewalt bekämpft werden. Die organisierte Gewalt des Volkes wird der Unterdrückung und der Anarchie ein Ende machen. Einzelerfolge der Feinde der Freiheit, die von ihnen in lächerlicher Weise aufgebauscht werden, sind nur von vorübergehender Bedeutung. Die Stunde der Abrechnung naht!*[485]

Ebert übergibt Gustav Noske den Oberbefehl über die Truppen in und um Berlin mit der Vollmacht, den Aufstand niederzuschlagen. Noske schreibt später, dass er gesagt habe: "Meinetwegen. Einer muss der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht".

---

[480] Ebd. 396.
[481] Jones, Mark: „Entsetzliche Knallerei“. In: ZEIT Geschichte 1918/19 Die deutsche Revolution, 66.
[482] Käppner 2017, 396.Zit. n. Miller, Regierung der Volksbeauftragten, 201.
[483] Ebd. 398.
[484] Ebd. 398, zit. nach Ritter/Miller: Revolution, 178.
[485] Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Bd. 3., 67.

Die Masse der Arbeiterschaft folgt dem Aufruf zum Generalstreik zur Verhinderung der Gegenrevolution; sie will aber von militärischen Kämpfen nichts wissen. Sie verlangt im Gegenteil nach wie vor die Einheit der sozialistischen Kräfte und fordert am 9. Januar bei einer Großversammlung im Humboldthain den Rücktritt aller für den "Brudermord" verantwortlichen Führer. Als Verantwortliche für die Situation werden sowohl die Regierung Ebert, aber auch Ledebour und Liebknecht angesehen. Zahlreiche in den Betrieben entstandene Resolutionen fordern das Ende der Straßenkämpfe und die Schaffung einer Regierung, in der alle sozialistischen Parteien vertreten sein sollten.

Wie so viele Gründer neuer Staaten „setzen“ die Mehrheitssozialdemokraten jedoch auf „Gewalt, um eine Botschaft zu senden: Wir werden vor nichts zurückschrecken und jeden besiegen, der unsere rechtmäßige Herrschaft bedroht“[486]. Resigniert schreibt der kluge alte Sozialdemokrat Kautsky:

> *Rein militärisch durfte die Regierung es sich gestatten, die Verhandlungen praktisch abzulehnen. Sie war gewiß die stärkere und sicher, des Aufstandes Herr zu werden. Aber ganz abgesehen von Rücksichten der Menschlichkeit hat sie damit den sicheren Boden unter den Füßen verloren. Wohl geht sie siegreich aus dem Kampf hervor,... aber nur dadurch, daß die bürgerlichen und militärischen Faktoren, mit deren Hilfe sie triumphiert, noch mehr an Macht gewinnen. Die Gefahr besteht nun, daß die Regierung durch die Logik der Tatsachen immer weiter nach rechts gedrängt wird.*[487]

Käppner betrachtet dies als „Epitaph auf die Revolution - und auf das kurze Leben der noch jungen Demokratie“.[488]

Was folgt ist eine bis 1923 anhaltende Aufeinanderfolge von blutigen Kämpfen der Niederschlagung von Aufständen und Neuerstehung von Aufständen, Putschen und Räterepubliken und nochmaligen Niederschlagungen, durchgeführt im Wesentlichen von brutalen Freikorps, da man an der Loyalität regulärer Truppen zweifelt. Dass man von oben Offiziere und Soldaten anweist, äußerste Gewalt anzuwenden und gegenüber dem Feind keine Gnade zu zeigen, und dass maßgebliche Politiker, einschließlich Sozialdemokraten und Liberale, diese Gangart unterstützen, „ist eine der großen Tragödien der deutschen Revolution von 1918/19“[489].

Sie führt bis zum Abflauen der Kämpfe zu einer Stabilisierung der Weimarer Republik, die Frage ist nur zu welchem Preis. Die SPD geht aus ihr so geschwächt vor, dass sie nie mehr zu ihrer anfänglichen Stärke zurückfindet, denn die Arbeiterschaft ist gespalten in SPD und KPD. Die Reichswehr ist wieder erstarkt und die Freikorps gehen in rechtsradikalen Kampfverbänden auf. Und das bürgerliche Lager fühlt sich in der Gefahr des Bolschewismus bekräftigt und votiert entsprechend.

Nichtsdestotrotz finden am 19. Januar 1919 die Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung statt. Um den revolutionären Nachwirren in Berlin zu entgehen, tritt diese am 6. Februar in Weimar zusammen, deshalb Weimarer Republik. Diese wählt am 11. Februar Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten. Ebert ernennt am 13. Februar eine Regierung unter Philipp Scheidemann, die erste legitime, nachrevolutionäre Regierung.

Die neue Weimarer Verfassung, die das Deutsche Reich zu einer demokratischen Republik macht, wird mit den Stimmen von MSPD, Zentrum und DDP verabschiedet und am 11. August 1919 vom Reichspräsidenten unterzeichnet.

Damit ist auf Reichsebene die Revolution von 1918/19 abgeschlossen.

---

[486] Jones, Mark: „Entsetzliche Knallerei“. In: ZEIT Geschichte 1918/19 Die deutsche Revolution, 66.
[487] Ebd. 398, zit. nach Die Freiheit, 13.01.1919.
[488] Ebd. 398.
[489] [489] Jones, Mark: „Entsetzliche Knallerei“. In: ZEIT Geschichte 1918/19 Die deutsche Revolution, 70.

Ende der Revolution

Die Frage, die man sich stellen kann, ist: wann war die Revolution wirklich zu Ende? War sie zu Ende mit der Konsolidierung der neuen demokratischen Regierung als Nachfolgerin einer monarchischen Regierung oder war sie erst zu Ende mit all den weiteren Aufständen und blutigen Niederschlagungen, die man auch als Gegenrevolution bezeichnen kann? Dann würde sich die Revolution bis zum Ende der Inflation, also bis Ende 1923 erstrecken. Oder war sie zu Ende, als die Linksradikalen ihre eigene Revolution starteten.

Für Ebert war sie schon mit dem 11.11. „vollendet". Der „Vorwärts" berichtete von einem Interview mit dem Holländisch Nieuws Bureau:

> *Die Sache der Freiheit hat in Deutschland einen ihrer größten Siegestage erlebt. Deutschland hat seine Revolution vollendet.*[490]

Auch die Karlsruher Zeitung sah sie in ihrem Kommentar vom 13.11. „zu einem gewissen Abschluß gelangt".[491]

War der Zusammenbruch des politischen Systems der Monarchie und die Umwandlung in ein rein parlamentarische Demokratie eine Revolution, die von der Masse des Volkes mitgetragen wurde, das lässt sich leicht auch aus der Wahlbeteiligung und der Zustimmung bei den verschiedenen Wahlen ablesen, so waren die folgenden revolutionären Abschnitte mit der zeitweiligen Bildung von Räterepubliken, auch wenn man sie als "Zweite Revolution"[492] bezeichnet, Umsturzversuche von radikalisierten Minderheiten, die ihre Zielsetzungen in der Demokratisierung aber auch der Beibehaltung des gesellschaftlichen Systems nicht erfüllt sahen.

Wenn man sich die weitere Geschichte der Weimarer Republik anschaut, und hier kann vor allem das Buch von Winkler[493] empfohlen werden, dann wird man verwundert sein, wie diese Republik es überhaupt bis 1933 geschafft hat, ohne vorher von einem diktatorischen Regime abgelöst zu werden. Das deutsche Volk und die deutschen Regierungen waren solch immensen Problemen ausgesetzt, die wenn man sie sich detailliert anschaut, übermenschliche Kräfte erforderten, um sie erfolgreich meistern zu können.

Angesichts der Probleme von damals erscheinen Probleme in Deutschland von heute von so geringfügiger Natur, dass man sich wundert, über was man sich überhaupt aufregt. Die Bedingungen des Versailler Friedensvertrages, die Besetzung des Rheinlandes, die dadurch bedingte Hyperinflation, die Arbeitslosigkeit, die unkontrollierbare zweite Macht im Staat, die Reichswehr, die erstarkte dritte Kraft im Staat, die Schwerindustrie, die völlig divergierenden Vorstellungen der Bevölkerung und Parteien über Gesellschafts- und Staatssystem, die mangelnde Kompromissfähigkeit von links und von rechts außen, die enttäuschten Hoffnungen und die Zurechtstutzung der gesellschaftlichen Verhältnisse auf deutlich unterdurchschnittlich zum Vorkriegsniveau bei fehlendem etablierten und stabilisiertem demokratischen System waren eine ständige Bedrohung und Belastung für die wechselnden Regierungen, die oft nur mit Notverordnungen erforderliche Maßnahmen ergreifen und durchsetzen und sich so über Monate hinweg im Amt halten konnten.

Die Betrachtung der Revolution von 1918 in diesem Artikel endet bezüglich Deutschland somit im Frühjahr 1919 mit den durch Wahlen legitimierten Parlamenten und Verfassungen.

---

[490] Karlsruher Zeitung vom 13.11.1918 (No. 265).
[491] Ebd.
[492] Schmidgall 2012, 254.
[493] Winkler 1993.

Schlussbetrachtung

Nicht gerechtfertigt ist der Vorwurf, dass die Schiltacher, stellvertretend für die badische Provinz, nicht genügend revolutionär gewesen wären, und falsch ist, dass aufgrund fehlender aktiver Unterstützer in Schiltach die Republik gescheitert ist.

Eine Revolution ist „ein schlagartig sich ereignender politischer Umsturz, der Verhältnisse radikal verändert. In Abgrenzung zu länger wirkenden Prozessen, die man dann eher als Reform bezeichnen würde“[494]. Die Revolutionen fanden in anderen Städten statt: in Kiel, in Berlin, in den Landeshauptstädten, für Baden in Karlsruhe. Was folgte, und das war die Reform der Revolution, war die Etablierung des demokratischen Systems nach der Beseitigung der Monarchie.

Die wichtigen Entscheidungen, aber auch die verhängnisvollen Fehlentscheidungen, wurden auf einer anderen Ebene und nicht „in der Provinz“ gefällt. Zu Recht haben die Schiltacher nicht mehr revolutionäre Macht auf kommunaler Ebene an sich gerissen oder eigenmächtig gewisse Bevölkerungsgruppen „sozialisiert“, sprich ihres Eigentums beraubt. Wenn jeder seine eigene Revolution spielt, versinkt ein Land in Chaos und Anarchie. Auch eine Revolution benötigt ordnende Hände. Und die Provinzler unterwarfen sich den ordnenden Händen des Rats der Volksbeauftragten, der vorläufigen Volksregierung in Baden und nachweislich den Anordnungen des badischen Arbeiter-, Bauern- und Volksrats Badens.

Die Schiltacher zeigten durchaus in der Folgezeit der Revolution ein demokratisches Verhalten mit überdurchschnittlicher Wahlbeteiligung und Wahl demokratischer Parteien. Und sie bewiesen ihre republikfreundliche Gesinnung mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Für Schiltach sind keine linksradikalen Aufstände und keine räterepublikanischen Bestrebungen bekannt, was wahrlich nicht ihnen als Vorwurf gereichen kann sondern mehr für ein kluges und weitsichtiges Verhalten spricht.

Schiltach hat die Revolution vollzogen, wie sie in Baden vollzogen wurde, vernünftig und friedlich. Ein unblutiger Übergang von der Monarchie zur Demokratie. In Ordnung und ohne Anarchie. Und dafür gebührt Schiltach und der „badischen Provinz“ Lob und nicht Kritik.

Der Appell der revolutionären Regierung von Baden an das badische Volk forderte, „Ruhe und Ordnung zu bewahren“ und der neuen Regierung Folge zu leisten. Und genau das hat Schiltach auch getan.

Wichtig für das Verständnis, warum die Menschen damals so und nicht anders handelten, ist das Wissen um ihre Wünsche und Ängste und die Kenntnisse über den Kontext, in dem die unterschiedlichen Veränderungen in Deutschland abliefen. Wir heute sind meilenweit von damals entfernt und wissen aus dieser Distanz und dem Rückblick auf die Zeit, die auf die revolutionären Ereignisse folgte, manches besser.

Etliche Fehlentwicklungen der Revolution von 1918/19 sind in diesem Artikel aufgeführt worden. Auch um zeigen, wo sich diese abspielten. Nämlich nicht in der „badischen Provinz“.

Und trotzdem muss nochmals betont werden, wie wichtig diese Revolution für Deutschland war und was sie an grundlegenden positiven Änderungen uns Deutschen gebracht hat.

Manche werden noch immer der vergebenen Chance, Deutschland in ein Rätesystem umzuwandeln nachtrauern. Es mag ihnen gestattet sein. Wir dürfen froh sein, dass es nicht geschehen ist. Keine

[494] Kurator Oliver Sänger in einem Interview in: Drei Umstürze im Südwesten; https://www.landeskunde-baden-wuerttemberg.de/umstuerze_im_suedwesten.html.

einzige Räterepublik hat sich durchgesetzt. Rätesystem und Kommunismus haben sich auf keinem Land der Erde bewährt. Einschränkung der Menschenrechte, keine Gewaltenteilung, weniger Wohlstand sind nur einige der Nachteile gegenüber parlamentarischen Demokratien

Wohlstand des Proletariats, der arbeitenden Bevölkerung, kann vor allem im Rahmen eines demokratischen Systems mit sozialer Marktwirtschaft viel besser erreicht werden wie in sozialistischen Staatssystemen.

Die redlichen Sozialdemokraten haben in einer Übergangsphase von der Monarchie zur Republik gegen den Willen einer Minderheit das bürgerlich-demokratische System, das auch dem Mehrheitswillen der Bevölkerung entsprach, durchgesetzt. Gedankt hat man es ihnen leider nicht.

Herauszuheben sind die Früchte der Revolution.

Da ist zum einen die Nationalversammlung.

> *Ein herausragendes Ereignis der deutschen Demokratiegeschichte ist die Weimarer Nationalversammlung schon deshalb, weil sie der erste und einzige in Deutschland je allgemein und demokratisch gewählte Verfassungskonvent war. Sie war und bleibt verbunden mit der Einführung des Frauenwahlrechts, mit dem das politisch eher rückständige Deutschland sogar hochangesehenen, etablierten Demokratien in Nachbarstaaten voraus war - eine der wenigen nachhaltigen Errungenschaften der Weimarer Demokratie.*[495]

Und dann die Verfassung der Weimarer Republik.

> *Erst seit einigen Jahren widerfährt der Weimarer Verfassung mehr Gerechtigkeit. Inzwischen wird deutlich, dass vieles von dem, was uns heute selbstverständlich ist, erstmals in Weimar verfassungsrechtlich verankert wurde: Republik, Demokratie und Frauenwahlrecht. Viele politische Ziele, die erst Generationen später realisiert wurden oder noch heute unsere Politik prägen, wurden damals formuliert*.[496]

Nicht mehr ein Monarch, der Kaiser, oder auf Landesebene der Großherzog oder König, ist der Souverän, sondern das Volk allein. Und nur das wäre schon eine Revolution wert gewesen. Und weil vieles heute so selbstverständlich ist, muss hier nochmals betont werden:

> *Die Weimarer Verfassung hat aus Deutschland eine Republik gemacht. Das Staatsoberhaupt wird gewählt und nicht mehr per Erbfolge in einer Dynastie bestimmt. Die Weimarer Verfassung hat aus Deutschland eine Demokratie gemacht. Alle politische Macht muss auf die Entscheidung des Volkes zurückgeführt werden. Erstmals wird der Grundsatz der Volkssouveränität verwirklicht. Die Weimarer Verfassung hat die parlamentarische Regierung eingeführt: Der Kanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und er braucht dazu das Vertrauen des Parlamentes*.[497]
>
> *… vieles von dem, was heute für uns selbstverständlich ist, verdanken wir der Weimarer Republik. Die Männer und Frauen, die sich damals unter schwierigen Umständen für Deutschlands erste Demokratie engagierten, sind heute unserer Erinnerung wert.*[498]

---

[495] Lammert, Norbert, von 2005-2017 Bundestagspräsident: Statement auf: https://www.weimarer-republik.net.
[496] Schultheiß, Michael & Lasch, Sebastian: Einleitung. In: Bundesministerium der Justiz: Die Weimarer Verfassung – Wert und Wirkung für die Demokratie, 5.
[497] Zypries, Brigitte: Weimar - die unterschätzte Verfassung. In: Bundesministerium der Justiz: Die Weimarer Verfassung – Wert und Wirkung für die Demokratie, 19.
[498] Maß, Heiko, Bundesminister des Auswärtigen: Statement auf: https://www.weimarer-republik.net.

Und weil die Demokratie oft zu wenig geschätzt wird[499], sei hier auf die Besonderheiten der Demokratie verwiesen:

> *Wir, das Volk, alle, ein fantastisches Konzept!*
>
> *Demokratie ist ein Menschheitstraum, kein Alleinherrscher mehr, keine Despoten*.[500]

Hervorzuheben sind aber auch, dass die Weimarer Verfassung der Auftakt zum modernen Sozialstaat war. In ihrem zweiten Hauptteil finden sich wichtige politische Maximen, die von beeindruckender Modernität sind. Dank den Sozialdemokraten.

Aber Demokratie benötigt Menschen, die sie leben und unterstützen. Und deshalb darf man die Revolution und daraus resultierende Weimarer Verfassung und die damit verbundene Revolution nicht von hinten, von ihrem Scheitern betrachten. Die Verfassung „wäre unter den weitaus günstigeren Bedingungen ab 1948/49 wahrscheinlich nicht gescheitert. Ob unser so viel gelobtes Grundgesetz andersherum die Krisen der Weimarer Republik wirklich hätte bewältigen können, ist mehr als fraglich."[501]

Die Verfassung der Weimarer Republik hat auf Deutschlands Weg zu einer freiheitlichen Demokratie einen enormen Beitrag geleistet. Nachdem sie lange Jahre geschmäht wurde, werden die Weimarer Republik und ihre Verfassung heute gerechter bewertet und man erkennt nun an, dass „die erste deutsche Republik und ihre Verfassung ein wichtiger und wertvoller Teil der deutschen Demokratie- und Freiheitsgeschichte sind"[502].

Doch wie sagt Andreas Voßkuhle:

> *Demokratien sind lernende Systeme. Sie sind Systeme, die um ihre Nichtperfektion wissen und die immer versuchen, sich zu optimieren, sich zu verbessern, unter veränderten Gegebenheiten.*[503]

Es wäre somit ungerecht, der Weimarer Republik und ihren Erzeugern, v. a. den Sozialdemokraten, ihre mangelnde Perfektion vorzuwerfen und das noch aus heutiger Sicht.

> *Voran bringt uns die Auseinandersetzung, der Dissens. Wir einigen uns auf Spielregeln, den Grundkonsens, die Verfassung. Und dann wird gestritten, um die Standpunkte, das bessere Argument.*[504]

Die Sozialdemokraten und die ersten provisorischen Regierungen arbeiteten auf verfassungsgebende Versammlungen, auf freie Wahlen und auf eine Verfassung hin, was linke, rätegesinnte Kräfte verhindern wollten. Diese revolutionären Regierungen präsentierten Verfassungen, gute, nicht perfekte Verfassungen. Leider war das deutsche Volk noch nicht so weit, ihnen gerecht zu werden.

> *Doch es mangelte an demokratischer Kultur, an selbstbewussten Parlamentariern und einem freiheitlich-demokratischen Geist, der die Verfassung mit Leben gefüllt hätte…*
>
> *Eine Verfassung kann alle Freiheiten der Welt garantieren, sie kann liberal sein, demokratisch. Aber sie muss auch von der Mehrheitsgesellschaft zu einer Art Bibel der Republikaner erkoren*

---

[499] Allensbach-Umfrage vom Januar 1919: 58 Prozent der Befragten in Ostdeutschland stimmten nicht zu, dass die in Deutschland gelebte Demokratie die beste Staatsform sei. In Westdeutschland waren dies 23 Prozent!
[500] Warum wir unsere Demokratie verteidigen müssen. https://www.youtube.com/watch?v=IKklact70sY.
[501] Waldhoff, Christian, https://detektor.fm/politik/100-jahre-weimarer-republik.
[502] Zypries, Brigitte: Weimar - die unterschätzte Verfassung. In: Bundesministerium der Justiz: Die Weimarer Verfassung – Wert und Wirkung für die Demokratie, 18.
[503] Voßkuhle, Andreas, Präsident des Bundesverfasssungsgerichts. In: Warum wir unsere Demokratie verteidigen müssen.
[504] Warum wir unsere Demokratie verteidigen müssen.

werden. Erst dann kann es die garantierte Freiheit auch tatsächlich geben. Es gibt kein höheres Wesen, das eine Verfassung schützen kann. Dass müssen die Bürger selbst tun.[505]

Und wer immer noch nicht davon überzeugt ist, ob die führenden Leute um Ebert und Scheidemann den richtigen Weg einschlugen, dem sei kurz vor Schluss noch Folgendes gesagt:

> *Einen Wahrheitsanspruch auf den richtigen Weg kennzeichnen autoritäre und diktatorische Systeme. Demokratien hingegen leben von der politischen, durchaus mühsamen Auseinandersetzung, dem Ringen um immer wieder neue Mehrheiten für die notwendige Verbindung von gesellschaftlicher Solidarität und individueller Freiheit*.[506]

2019 und zum Ende dieses Artikels gibt die Bundesministerin für Justiz, Katarina Barley, uns auf den Weg:

> *Die Geschichte der Weimarer Republik erinnert uns an wertvolle Errungenschaften der ersten deutschen Demokratie. Aber sie lehrt uns auch, wie zerbrechlich Demokratie und Rechtsstaat werden können, wenn Populisten Ängste schüren und die Menschen gegeneinander aufhetzen. Das doppelte Jubiläumsjahr 2018/19 ist eine gute Gelegenheit, sich der Werte unseres Grundgesetzes zu vergewissern und offen zu diskutieren, wie eine verantwortungsbewusste Politik die Bürgerinnen und Bürger noch besser für die Vorzüge eines Lebens in Frieden, Freiheit und Solidarität begeistern kann.*[507]

Epilog

> *Statt mit dem Wissen heutiger Historiker über bessere Alternativen ungeschehener Geschichte zu sinnieren und vergleichsweise simple Narrative des Erfolgs oder des Scheiterns zu formulieren, um diese dann den früheren Akteuren vorzuhalten, sollte die Forschung die damaligen Sichtweisen, Erwartungen und Erfahrungen ins Zentrum rücken.*[508]

Ein Anliegen dieses Artikels war, die Schiltacher Ereignisse in Folge der Revolution 1918 in einen Kontext mit den revolutionären Vorgängen in Deutschland und in Baden zu setzen, um zu verstehen, warum sich die Schiltacher so verhielten und nicht anders. Doch es zeigte sich, dass man dem Kontext nicht gerecht werden würde, wenn man ihn nicht in dieser Ausführlichkeit schildert. Schiltacher Entscheidungen hingen von badischen Umständen und badische von Berliner Umständen ab. Auch wurde im Verlaufe des Quellenstudiums klar, dass man Beschlüsse und Anordnungen der Räte nur verstehen kann, wenn man sich näher mit den Räten in Deutschland beschäftigt.

Es wäre alles so einfach gewesen, wenn ich nur auf eine einzige Quelle hätte verweisen können. Doch zeigt die Literatur unterschiedliche Schwerpunkte, so dass für diesen Artikel zahlreiche Quellen herangezogen wurden, um den Kontext ausreichend darzustellen. Auch wenn die eigene Forschungsarbeit sich nur auf Schiltach beschränkt, so bietet diese Publikation dem interessierten Leser auf beschränkten Seiten einen umfassenden Überblick über das revolutionäre Geschehen in Deutschland, Baden und einem Beispielort in der „badischen Provinz“.

---

[505] Rasche, Henning: Eine Verfassung für Feiertage, 13.11.2018, https://rp-online.de/politik/deutschland/weimarer-republik/die-verfassung-von-weimar-besser-als-gedacht_aid-34469385.
[506] Eith, Prof. Dr. Ulrich: Überfällige Flurbereinigung, Artikel im Offenburger Tageblatt vom 18.02.2019, 2.
[507] Barley, Katarina: Statement auf: https://www.weimarer-republik.net.
[508] Gallus, Alexander: Die umkämpfte Revolution, ZEIT Geschichte Nr. 6/2018, 20.

Dieser Beitrag soll jedoch nicht nur aufklären sondern auch zum Lesen weiterer Literatur anregen. Wer nicht viel lesen möchte, der erhält einen sehr guten Überblick im Heft *Zeitgeschichte 1918/19 Die deutsche Revolution*. Die Matrosenaufstände werden am besten in dem Buch von Sonja Kinzler und Doris Tillmann *Die Stunde der Matrosen* dargestellt. Für die Revolution 1918 kann ich Joachim Käppners *1918, Aufstand für die Freiheit, die Revolution der Besonnenen* und die Spiegelserie von 1968 *„Kartoffeln - keine Revolution"* von Wolfgang Malanowski empfehlen, für die Vorgänge in der Weimarer Republik Heinricht August Winklers *Weimar 1918-1933*.

Wer sich für Baden und Württemberg interessiert, für den führt kein Weg an dem kleinen Buch *Baden und Württemberg 1918/19* von Frank Engehausen und Reinhold Weber vorbei, was auch als kostenloses Ebook erhältlich ist. Mehr Bezug nur zu Baden und zu den Räten hat Markus Schmidgalls *Die Revolution 1918/19 in Baden*, das online abrufbar ist. Als unverzichtbar zum Verständnis der Räte hat sich *Volksbewegung und demokratische Neuordnung in Baden 1918/19* von den Rätespezialisten Peter Brandt und Reinhard Rürup erwiesen sowie die Kollektivbiographie von Sabine Roß *Politische Partizipation und nationaler Räteparlamentarismus.* Für veraltet erachte ich die Literatur von Sebastian Haffner und Karl-Dietrich Erdmann.

Betonen möchte ich, dass zu Andreas Morgenstern, der mir zu allen Zeiten im Archiv immer hilfreich zur Seite stand, kein persönlicher Konflikt besteht, auch wenn ich in diesem Artikel klar eine gegensätzliche Position zu seinem Aufsatz in der *Ortenau* beziehe. Ich möchte die unterschiedlichen Ansichten zur Revolution in Schiltach als wissenschaftlichen Disput gewertet wissen. Der Leser möge selber entscheiden, welche Sicht ihm sympathischer ist.

2013 hatte ich eine Publikation zum Jahr 1933 erstellt, *1933 – Schiltach und Lehengericht werden nationalsozialistisch*[509]. 1918 und 1933 sind zwei Kontrapunkte, die kaum gegensätzlicher sein können. 1918 der Beginn der Demokratie und der Weimarer Republik, 1933 deren Ende.[510]

Im Laufe des Literaturstudiums hat sich bei mir ein tiefer Respekt vor der Leistung der MSPD in Deutschland, aber vor allem in Baden herausgebildet, wie diese Führungsspitzen innerhalb kürzester Zeit eine Demokratie gegen Widerstand von Rechts und Links etablierten. Dass Fehler gemacht wurden, wird in meiner Untersuchung nicht verschwiegen. Von dieser Leistung haben noch heute wir alle unseren täglichen Nutzen. Die MSPD/SPD als demokratischste Partei Deutschlands hätte es verdient gehabt, mehr in der Wählergunst dafür honoriert zu werden. Aber auch von Historikern in ihrer Leistung entsprechend wertschätzend gewürdigt zu werden.

Die geschaffene Demokratie war noch nicht perfekt, aber sie hätte unter anderen Voraussetzungen eine gute Zukunft gehabt. Jedoch war das deutsche Volk noch nicht bereit für diese Demokratie und deshalb hatte ihr Scheitern vielleicht doch etwas Gutes, so dass wir Deutsche lernten, in einer Demokratie zu leben und sie zu schätzen. Aber bei allen Zeichen am Horizont wünsche ich uns allen, dass wir nicht verlernen, unsere Demokratie zu schätzen und zu schützen.

Helmut Horn, Schiltach, April 2019

Quellen:

[509] Horn, Helmut: 1933 – Schiltach und Lehengericht werden nationalsozialistisch; veröffentlicht auf der Homepage des Historischen Vereins Schiltach/Schenkenzell; http://www.geschichte-schiltach.de/files/2016-02-08_Helmut_Horn_Schiltach_Lehengericht_1933.pdf.

[510] Scheidemann 2002, 116-117. Auf diesen zwei Seiten zeigt er sehenswert, welche Errungenschaften die „Novemberverbrecher" dem deutschen Volk schenkten und wie sie ihm wieder durch die Nationalsozialsozialisten genommen wurden, die das gleiche Volk mit seiner Wahl an die Regierung gebracht hatte.

Brandt, Peter und Rürup, Reinhard: Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte in Baden 1918/19, Düsseldorf, 1980.

Brandt, Peter und Rürup, Reinhard: Volksbewegung und demokratische Neuordnung in Baden 1918/19, Sigmaringen, 1991.

Brandt, Peter: Der historische Ort der deutschen Revolution von 1918/19. Vortrag 7.11.2008 in Kiel. Zugänglich unter: http://www.kurkuhl.de/docs/peter-brandt_nov-rev_081107.pdf.

Deist, W.: Die Politik der Seekriegsleitung und die Rebellion der Flotte Ende Oktober 1918, Rothfels, H. & Eschenburg, T. (Hrsg.), *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, 4. Heft, 1966. Zugänglich unter: http://ifzmuenchen.de/heftarchiv/1966_4.pdf.

Engehausen, Frank und Weber, Reinhold: Baden und Württemberg 1918/19, Kriegsende – Revolution – Demokratie, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 2018. Als epub erhältlich bei https://www.lpb-bw.de/publikation3304.

Käppner, Joachim: 1918, Aufstand für die Freiheit, die Revolution der Besonnenen, München 2017.

Kuhl, Klaus: Die Rolle der deutschen Seeoffiziere während der Ereignisse im Oktober/

November 1918, 2014; http://www.kurkuhl.de/docs/flottenbefehl-und-seeoffiziere.pdf.

Morgenstern, Andreas: Kriegsende und Neubeginn in der „Provinz“ 1917-1919: Das Beispiel Schiltach. In: Die *Ortenau*, 98. Jahresband 2018.

Niess, Wolfgang: Die Revolution von 1918/19, der wahre Beginn der Demokratie, Berlin 2017.

Kinzler, Sonja und Tillmann, Doris: Die Stunde der Matrosen, Kiel und die deutsche Revolution 1918, Kiel 2018.

Malanowski, Wolfgang: November 1918: „Kartoffeln - keine Revolution“, Spiegel, in Fortsetzungen 45-50/1968.

Roß, Sabine: Politische Partizipation und nationaler Räteparlamentarismus. Determinanten des politischen Handelns der Delegierten zu den Reichsrätekongressen 1918/1919. Eine Kollektivbiographie. Köln, 1999.

Rürup, Reinhard: Demokratische Revolution und „Dritter Weg“. In: Geschichte und Gesellschaft 9. Jahrg., H. 2, Die Organisierung des Friedens: Demobilmachung 1918–1920 (1983), 279.

Scheidemann, Philipp: Das historische Versagen der SPD – Schriften aus dem Exil, Lüneburg 2002.

Schmidgall, Markus: Die Revolution 1918/19 in Baden, Karlsruhe, 2012. Als epub erhältlich bei http://books.openedition.org/ksp/2000.

taz am Wochenende: Historiker über die Novemberrevolution: Die Rettung der Revolution, 15.10.2018; http://www.taz.de/!5539955.

Wimmer, Günter: Adam Remmele, Ein Leben für die soziale Demokratie, Ubstadt-Weiher, 2009.

Winkler, Heinrich August: Weimar 1918-1933, die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München, 1993.

ZEIT Geschichte Nr. 6/2018: 1918/19 Die deutsche Revolution.

Inhaltsverzeichnis:

Die Revolution von 1918 und ihre Auswirkung auf Schiltach in Baden 1
Ende der Monarchie 5
Vor der Revolution 6
Die Vorgeschichte des Matrosenaufstandes 12
Die Revolution der Matrosen 14
31. Oktober 1918 14
1. November 1918 14
2. November 1918 14
3. November 1918 14
4. November 1918 15
5. November 1918 15
6. November 1918 15
7. November 1918 15
8. November 1918 15
9. November 1918 16
10.November 1918 16
11.November 1918 16
Die Revolution auf Reichsebene 16
9. November 1918 16
10. November 1918 21
11. November 1918 23
12. November 1918 23
15. November 1918 24
16. bis 21. Dezember 1918 24
Die Revolution in Baden 29
7. November 1918 30

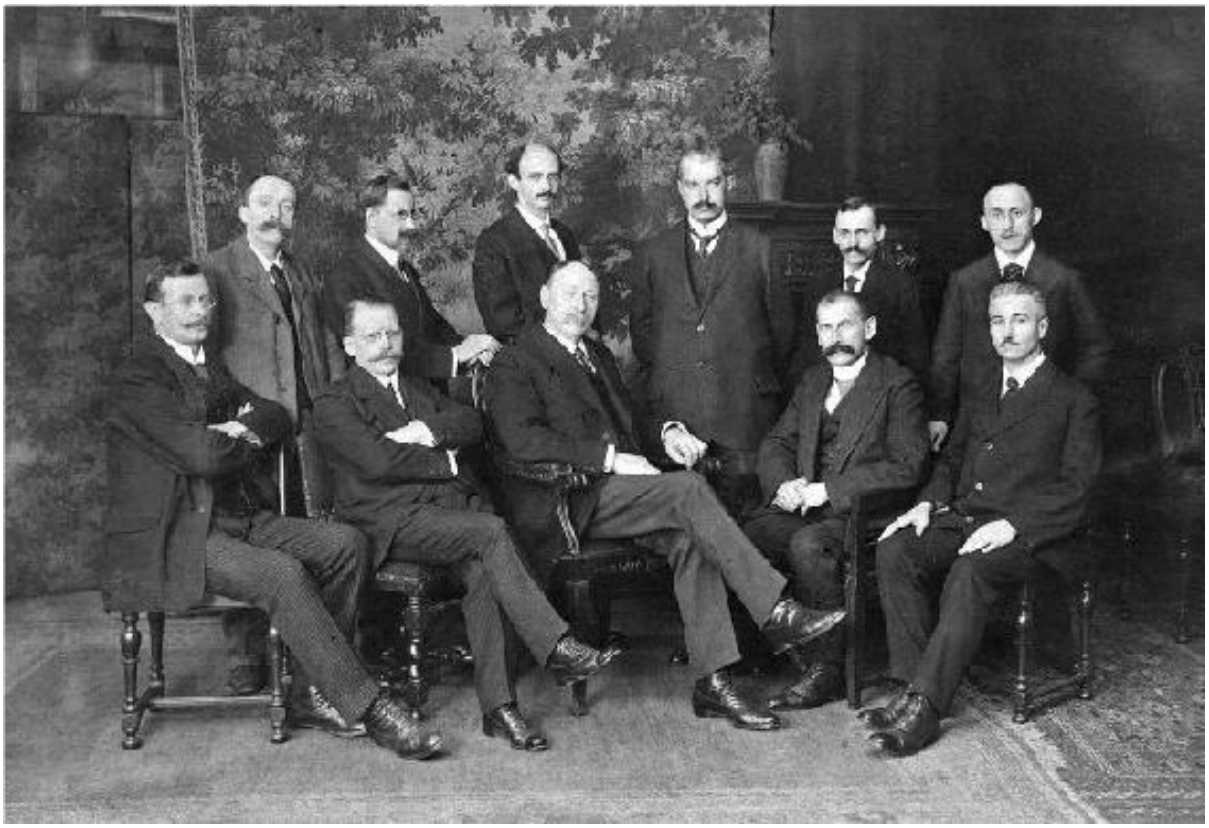
8. November 1918 30
9. November 1918 31
10. November 1918 34
11. November 1918 36
13. November 1918 37
14. November 1918 39
18. November 1918 39
21. und 22. November 1918 40
Konsolidierung der Revolution in Baden 41
Organisation der Räte 46
Aktiver Zeitzeuge Adam Remmele 52
Die Landesversammlungen der Räte von 1919: 53
Die Angst vor der bolschewistischen Gefahr 58
Die Revolutionen in Bayern 59
Die Revolution in Württemberg 61
4. November 1918 61
5. und 6. November 1918 61
9. November 1918 61
11. November 1918 62
16. November 1918 63
30. November 1918 63
8. Dezember 1918 63
11. Dezember 1918 63
21. und 22. Dezember 1918 63
5. Januar 1919 63
7. Januar 1919 64
12. Januar 1919 65
15. Januar 1919 65
23. Januar 1919 65
14. Februar 1919 65
7. März 1919 65
Die Revolution in Schiltach 65
Arbeiter- und Volksrat in Schiltach 66
Der Streit der Historiker 69
Was die Schiltacher wollten bzw. nicht wollten 70
Das Wahlverhalten in Schiltach und Lehengericht 72
Gemeindewahlen 73
Was die Revolution nicht veränderte 75

Kollektive Biographie der Teilnehmer beider Rätekongresse 78
Gründe für das Scheitern der Republik 81
Die postrevolutionäre Gewalt 83
6. Dezember 1918 87
7. Dezember 1918 87
10. Dezember 1918 88
23. Dezember 1918 89
24. Dezember 1918 89
29. Dezember 1918 89
2. Januar 1919 90
4. Januar 1919 90
5. Januar 1919 90
6. Januar 1919 91
7. Januar 1919 92
8. Januar 1919 93
Ende der Revolution 95
Schlussbetrachtung 96
Epilog 99
Quellen: 100
Inhaltsverzeichnis: 102

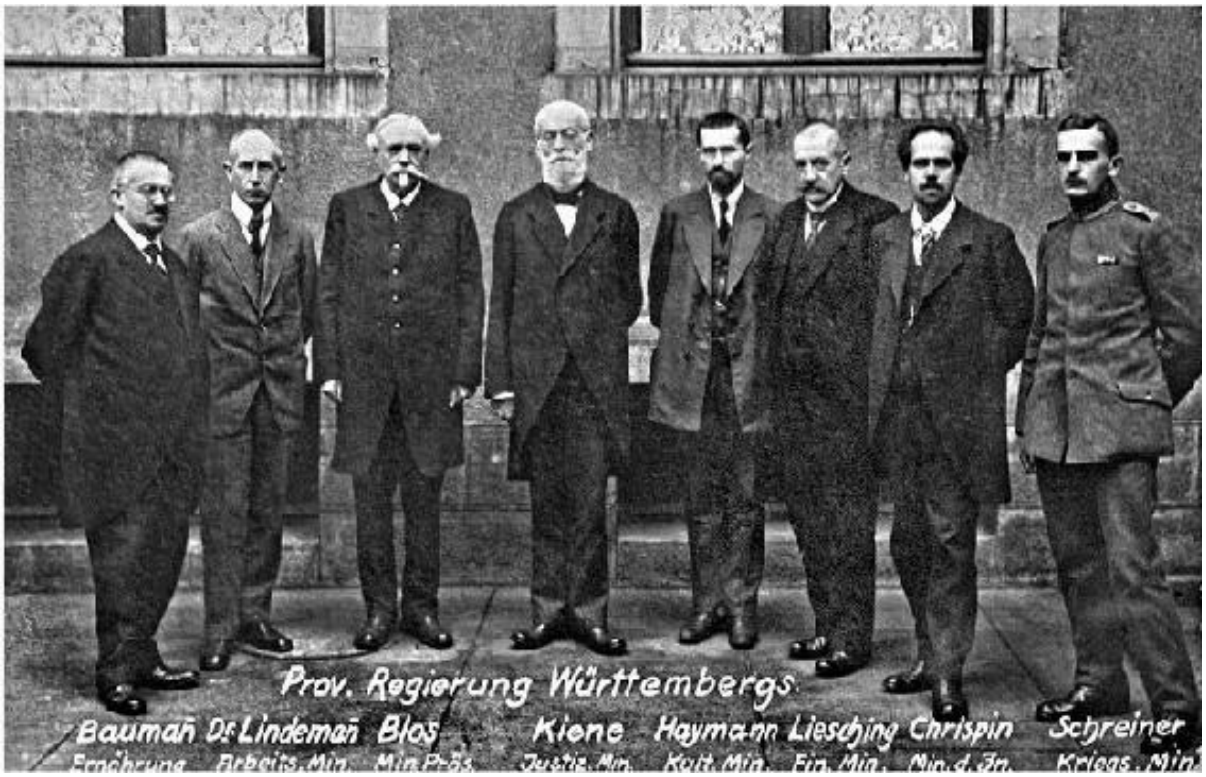
Autor:
Dr. Helmut Horn, Vor Kuhbach 14, 77761 Schiltach
history@praxis-drhorn.de

Auf folgender Homepage finden Sie weitere Aufsätze des Autors:

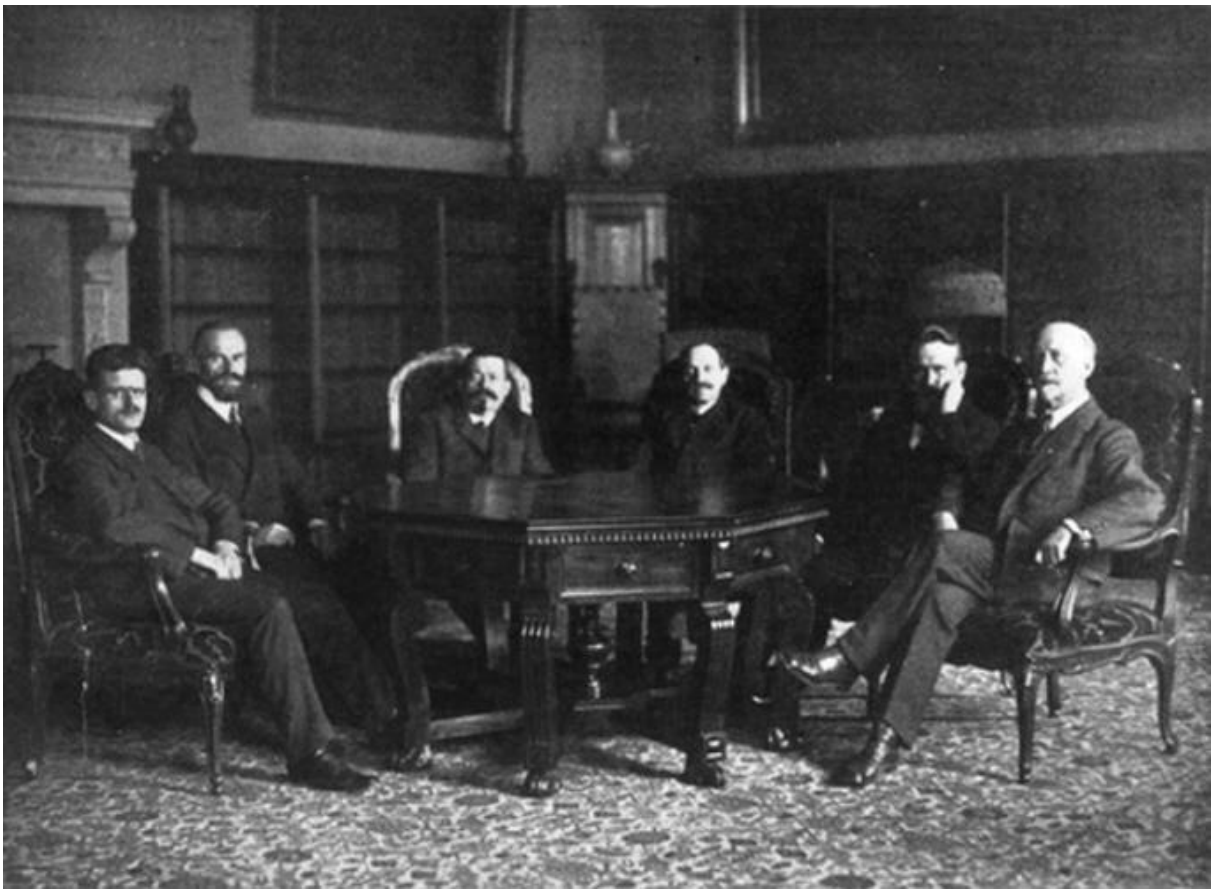
https://www.geschichte-schiltach-schenkenzell.de/themen/aufsaetze/aufsaetze.html.



Die vorläufige badische Regierung 1918. Stehend von links: Friedrich Stockinger, Leopold Rückert, Ludwig Marum, Hermann Dietrich, Adolf Schwarz, Hans Brümmer. Sitzend von links: Joseph Wirth, Gustav Trunk, Anton Geiß, Ludwig Haas, Philipp Matzloff.



Die provisorische Regierung Württembergs 1918/19. Von links: Julius Baumann, Hugo Lindemann, Wilhelm Blos, Johannes Baptist Kiene, Berthold Heymann, Theodor Liesching, Arthur Crispien und Albert Schreiner.



Der Rat der Volksbeauftragten, als er noch aus Politikern beider Parteien zusammengesetzt war. Von links: Emil Barth (USPD), Otto Landsberg (MSPD), Friedrich Ebert (MSPD), Hugo Haase (USPD), Wilhelm Dittmann (USPD), Philipp Scheidemann (MSPD).

Quelle Bilder:

Baden: Landesarchiv BW, GLAK J-Ac_B 116.

Württemberg: Landesarchiv BW, HStAS J 300 Nr. 739.

Reich: Von Unbekannt - http://www.ebert-gedenkstaette.de/pb/site/Ebert-Gedenkstaette/get/68382, Gemeinfrei, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=41738722.